

- **Rezession in Österreich hält sich hartnäckig.** Prognose für 2024 und 2025
- **Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft.** Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029
- **Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023**
- **EU-weite CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Optionen zur Einnahmenverwendung**

# WIFO ■ MONATSBERICHTE

## Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

## Editorial Board

**Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma**, Wirtschaftsuniversität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

**Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD**, Universität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber**, Central European University

## Impressum

**Herausgeber:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:**  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung  
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,  
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

**Satz:** Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Druck:** Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,  
A-8020 Graz

**Chefredakteur:** apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

**Lektorat:** Mag. Christoph Lorenz, BA •  
**Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

**Kontakt:** [redaktion@wifo.ac.at](mailto:redaktion@wifo.ac.at)

## Preise 2024

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 295 € • Einzelheft (Printversion): 29,50 €

## Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

**Medieninhaber (Verleger):** Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2024 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



## 97. Jahrgang, Heft 10/2024

### 535-548 ■ **Rezession in Österreich hält sich hartnäckig.** Prognose für 2024 und 2025

Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

Österreichs Wirtschaft verharrt 2024 in der Rezession, das reale BIP sinkt um voraussichtlich 0,6%. 2025 rechnet das WIFO mit einem Konjunkturimpuls aus dem Ausland. Während die Ausrüstungsinvestitionen im gesamten Prognosezeitraum schrumpfen werden, profitieren die Bauinvestitionen im kommenden Jahr vom Baukonjunkturpaket. Die Inflation geht zurück, die Realeinkommen steigen und die Konsumnachfrage wird sich beleben, sodass das BIP 2025 um 1% wachsen wird. Die Arbeitslosigkeit nimmt jedoch weiter zu. Das öffentliche Budgetdefizit entfernt sich zunehmend von den Maastricht-Vorgaben.

**Recession in Austria Persists Stubbornly.** Economic Outlook for 2024 and 2025

### 549 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

### 551-570 ■ **Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft.**

Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Mark Sommer

Österreichs Wirtschaft erholt sich nur langsam von der Rezession der Jahre 2023 (-1,0%) und 2024 (-0,6%). Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die Energiepreise und die Lohnstückkosten hierzulande höher. Dadurch wird insbesondere die energieintensive Exportwirtschaft auch mittelfristig Wettbewerbsnachteile haben. Die österreichische Wirtschaft wird daher jährlich um 0,2 Prozentpunkte schwächer wachsen als der Durchschnitt des Euro-Raumes. Das Trendwachstum beträgt laut der Methode der Europäischen Kommission ¾% p. a. (Ø 2010/2019 +1,1% p. a.). Für 2025/26 erwartet das WIFO ein reales Wirtschaftswachstum von 1% bzw. 1½%, für den gesamten Prognosezeitraum 2025/2029 von 1¼% p. a. (Ø 2010/2019 +1,6% p. a.). Der private Konsum dürfte ab 2025 anziehen, im Prognosezeitraum um durchschnittlich 1½% p. a. zulegen und so das Wirtschaftswachstum stützen. Der demografische Wandel verstärkt die Arbeitskräfteknappheit. Dies trübt einerseits die mittelfristigen Wachstumsaussichten, dämpft jedoch andererseits merklich die Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote unterschritt bereits 2022 das Vorkrisenniveau von 2019 und wird 2029 5,7% betragen. Der seit Ende 2021 beobachtete kräftige Preisauftrieb (2022 +8,6%, 2023 +7,8%,) verlangsamt sich 2024 auf 3,1%. Bis Mitte 2025 erreicht die Inflationsrate das 2%-Ziel der EZB und dürfte auch mittelfristig dort verharren (Ø 2025/2029 +2% p. a.). Die Defizitquote liegt 2025 bei 4% des nominellen BIP und im gesamten Prognosezeitraum bei durchschnittlich 3¼%. Folglich steigt die Staatsschuld von 80% (2024) bis 2029 auf 86½% des nominellen BIP.

**Competitive Disadvantages Slow Down Growth.** Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2025 to 2029

571-585 ■ **Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023**

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

Im Jahr 2023 stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Herstellung von Waren um 9,7% gegenüber dem Vorjahr. Dies impliziert eine deutliche Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten, sowohl gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (+3,3 Prozentpunkte) als auch gegenüber den EU-Handelspartnern (+1,9 Prozentpunkte). Auch verglichen mit dem wichtigsten Handelspartner Deutschland verschlechterten sich die relativen Lohnstückkosten (+4,6 Prozentpunkte). Lediglich gegenüber den osteuropäischen Handelspartnern war eine Verbesserung zu verzeichnen. Beeinflusst wird die Entwicklung gegenüber dem gewichteten Durchschnitt der Handelspartner vor allem durch eine schwächere Produktivitätsentwicklung in Kombination mit einer ungünstigen Entwicklung der Wechselkurse. Gegenüber Deutschland und den westeuropäischen Ländern resultiert die Verschlechterung hingegen vorrangig aus der dynamischeren Entwicklung der Arbeitskosten. In den letzten zehn Jahren wuchsen Österreichs Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren um 0,4 Prozentpunkte p. a. langsamer als im Durchschnitt aller Handelspartner, aber um 0,2 bzw. 0,5 Prozentpunkte schneller als in Deutschland bzw. in Westeuropa. Aufgrund der staatlichen Hilfsmaßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie bzw. zur Abfederung der hohen Inflation sind die Ergebnisse nach wie vor mit Vorsicht zu interpretieren.

**Significant Increase in Relative Unit Labour Costs in 2023**

587-598 ■ **EU-weite CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Optionen zur Einnahmenverwendung. Effekte auf Emissionen, Wirtschaft und Verteilung**

Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Mark Sommer, Gerhard Streicher

Obwohl mit dem Emissionshandelssystem 2 (ETS 2) die Einführung eines EU-weiten CO<sub>2</sub>-Preises für die Sektoren Gebäude und Verkehr bereits beschlossen wurde, sind detaillierte Analysen zu den makroökonomischen und verteilungspolitischen Auswirkungen bislang rar. Der vorliegende Beitrag stützt sich auf das makroökonomische Modell ADAGIO, um die Effekte der EU-weiten CO<sub>2</sub>-Bepreisung in sechs verschiedenen Szenarien zur Einnahmenrückvergütung zu simulieren. Mit Österreich und Polen stehen neben der EU 27 zwei Länder im Zentrum der Analyse, die sich hinsichtlich ihrer Energiesysteme und Wirtschaftsstruktur erheblich unterscheiden. Der Fokus liegt auf den makroökonomischen Effekten der CO<sub>2</sub>-Bepreisung einschließlich Rückvergütung, ihrem Beitrag zur Emissionsreduktion und auf ihren Verteilungswirkungen.

**EU-wide Carbon Pricing and Options for Revenue Recycling. Effects on Emissions, Economy and Distribution**

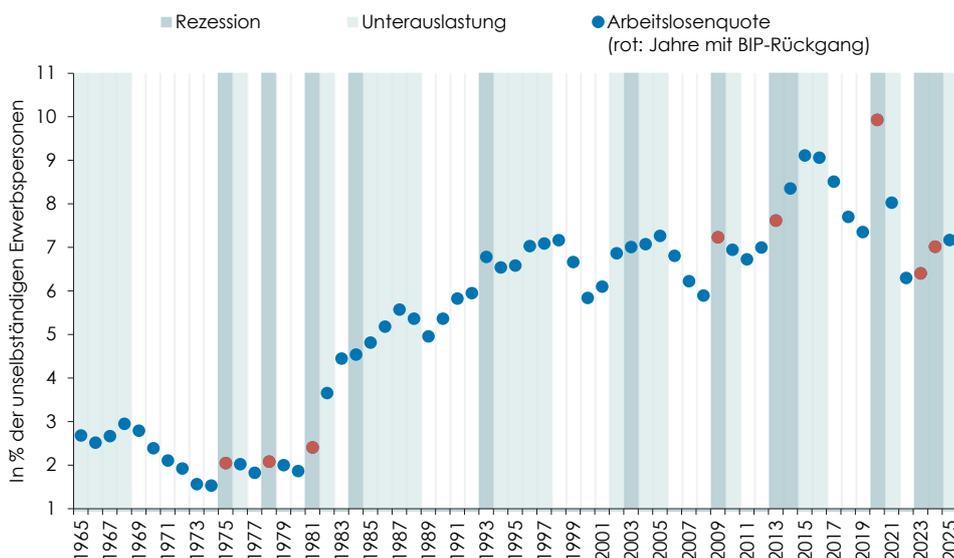
# Rezession in Österreich hält sich hartnäckig

## Prognose für 2024 und 2025

Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

- Österreichs Wirtschaft bleibt 2024 in der Rezession. Ab 2025 rechnet das WIFO mit einem Konjunkturimpuls aus dem Ausland.
- Während die Ausrüstungsinvestitionen im gesamten Prognosezeitraum schrumpfen, werden die Bauinvestitionen 2025 vom Baukonjunkturpaket profitieren.
- Die Inflation geht zurück und die Realeinkommen steigen.
- Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu, der private Konsum erholt sich langsam.
- Das Defizit in den öffentlichen Haushalten steigt anhaltend, wodurch ein nachhaltiger Budgetpfad verfehlt wird.

### Rezessionen in Österreich



**"Die derzeitige Rezession erstreckt sich über zwei Kalenderjahre und hält damit schon ungewöhnlich lange an."**

Eine Unterauslastung liegt vor, wenn die tatsächliche unter der potenziellen Wirtschaftsleistung liegt. Eine Rezession tritt ein, wenn die tatsächliche Wirtschaftsleistung besonders rasch unter die potenzielle Wirtschaftsleistung sinkt. In solchen Phasen nimmt die Arbeitslosenquote typischerweise zu (Q: Statistik Austria, Arbeitsmarktservice, WIFO).

# Rezession in Österreich hält sich hartnäckig

## Prognose für 2024 und 2025

Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

### Rezession in Österreich hält sich hartnäckig. Prognose für 2024 und 2025

Österreichs Wirtschaft verharrt 2024 in der Rezession, das reale BIP sinkt um voraussichtlich 0,6%. 2025 rechnet das WIFO mit einem Konjunkturimpuls aus dem Ausland. Während die Ausrüstungsinvestitionen im gesamten Prognosezeitraum schrumpfen werden, profitieren die Bauinvestitionen im kommenden Jahr vom Baukonjunkturpaket. Die Inflation geht zurück, die Realeinkommen steigen und die Konsumnachfrage wird sich beleben, sodass das BIP 2025 um 1% wachsen wird. Die Arbeitslosigkeit nimmt jedoch weiter zu. Das öffentliche Budgetdefizit entfernt sich zunehmend von den Maastricht-Vorgaben.

**JEL-Codes:** E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

**Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun ([astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at)), Martha Steiner ([martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 2. 10. 2024

**Kontakt:** Stefan Schiman-Vukan ([stefan.schiman-vukan@wifo.ac.at](mailto:stefan.schiman-vukan@wifo.ac.at)), Stefan Ederer ([stefan.ederer@wifo.ac.at](mailto:stefan.ederer@wifo.ac.at))

### Recession in Austria Persists Stubbornly. Economic Outlook for 2024 and 2025

Austria's economy will remain in recession in 2024, with real GDP expected to fall by 0.6 percent. In 2025, WIFO expects an economic impulse from abroad. While investment in machinery and equipment will shrink over the entire forecast period, construction investment will benefit from the construction stimulus package in the coming year. Inflation will fall, real incomes will rise, and consumer demand will pick up, meaning that GDP will grow by 1 percent in 2025. However, unemployment will continue to rise. The public budget deficit is increasingly moving away from the Maastricht targets.

Die österreichische Wirtschaft steckt weiter in der Rezession. Nach -1% im Vorjahr wird das reale BIP 2024 um 0,6% schrumpfen. Ähnlich wie Deutschland leidet auch Österreich unter der Investitionsflaute und der schwachen Nachfrage nach Investitionsgütern und Maschinen. Die Warenexporte nach Deutschland gingen im laufenden Jahr deutlich zurück. Allerdings dauert die Exportschwäche schon lange an und mit den sinkenden Zinsen ist eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen in Sicht. 2025 dürfte die Auslandsnachfrage etwas anziehen und in Österreich für Konjunkturimpulse sorgen, die auch die private Konsumnachfrage beleben.

Die Gesamtwirtschaft wird jedoch zunächst nur verhalten um 1% wachsen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden 2025 noch schrumpfen, nicht zuletzt da sich die Ertragslage der Unternehmen aufgrund der Rezession und wegen der Lohn- und Rohstoffpreissteigerungen verschlechtert hat. Die Arbeitslosenquote wird als Folge der Rezession auch 2025 noch steigen. Das Budgetdefizit entfernt sich nicht nur konjunkturbedingt zunehmend von einem nachhaltigen Pfad.

Eine zentrale Annahme der vorliegenden Prognose ist, dass die Auslandsnachfrage 2025 wieder anziehen wird, insbesondere aus Deutschland. Sollte die Nachfrage nach Investitionsgütern dagegen so schwach bleiben wie derzeit, könnte dies für Österreich ein drittes Rezessionsjahr zur Folge haben. Die Arbeitslosigkeit würde in diesem Fall stärker steigen als angenommen und die Konsumneigung der privaten Haushalte gedämpft bleiben. Ein weiteres Risiko geht für die Konjunktur im Euro-Raum von einer allzu raschen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aus, die durch das Inkrafttreten der europäischen Fiskalregeln droht.

Umgekehrt gibt es auch positive Aspekte und Aufwärtsrisiken: So scheint die Gasversorgung auch dann gesichert, falls ab 2025 kein russisches Erdgas mehr nach Österreich strömen sollte. Der Konsum könnte sich günstiger entwickeln als erwartet, wenn sich die finanzielle Situation der privaten Haushalte durch die stetigen Einkommenszuwächse so weit verbessert, dass sie wieder größere Ausgaben tätigen. Darüber hinaus könnte eine

gezielte Investitionsförderung durch die öffentliche Hand Ersatzinvestitionen in Richtung umweltfreundlicherer Produktions-

methoden anregen und so positive Multiplikatoreffekte auslösen.

## Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 6,3	+ 4,8	+ 5,3	- 1,0	- 0,6	+ 1,0	
Herstellung von Waren	- 7,5	+ 10,9	+ 6,7	- 1,8	- 4,1	+ 0,6	
Handel	- 2,9	+ 4,5	+ 0,7	- 5,7	- 1,7	+ 1,2	
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup> , real	- 7,6	+ 4,8	+ 4,9	- 0,5	+ 0,1	+ 1,2	
Dauerhafte Konsumgüter <sup>2)</sup>	- 1,6	+ 6,4	- 4,5	- 5,4	+ 1,0	+ 2,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	- 5,3	+ 6,0	+ 0,4	- 3,2	- 2,8	+ 0,2	
Ausrüstungen <sup>3)</sup>	- 6,9	+ 7,7	+ 1,9	+ 2,4	- 1,5	- 0,6	
Bauten	- 3,5	+ 4,1	- 1,3	- 9,3	- 4,4	+ 1,1	
Exporte, real	- 10,5	+ 9,5	+ 10,0	- 0,4	- 2,3	+ 2,4	
Warexporte, fob	- 7,6	+ 12,4	+ 6,0	- 0,4	- 3,5	+ 2,3	
Importe, real	- 9,6	+ 14,1	+ 7,1	- 4,6	- 1,9	+ 2,2	
Wareimporte, fob	- 6,6	+ 14,8	+ 3,0	- 7,4	- 4,0	+ 2,3	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	- 3,9	+ 6,8	+ 10,3	+ 5,6	+ 3,7	+ 3,1	
	Mrd. €	380,32	406,23	448,01	473,23	490,73	506,04
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	3,4	1,7	- 0,9	1,3	1,6	1,7
Verbraucherpreise		+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,1	+ 2,2
BIP-Deflator		+ 2,6	+ 1,9	+ 4,8	+ 6,6	+ 4,3	+ 2,1
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 8,2	- 5,7	- 3,3	- 2,6	- 3,7	- 4,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>4)</sup>		- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,7
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		9,9	8,0	6,3	6,4	7,0	7,2
Realwert des BIP pro Kopf <sup>5)</sup>		- 6,3	+ 3,8	+ 1,1	- 1,9	- 0,5	+ 0,7
Armutsgefährdungsquote <sup>6)</sup>	in %	14,7	14,8	14,9	15,4	15,7	15,6
Einkommensquintilsverhältnis <sup>7)</sup>	Verhältniszahl	4,0	4,3	4,3	4,4	4,5	4,5
Treibhausgasemissionen <sup>8)</sup>		- 7,6	+ 4,9	- 6,0	- 6,4	- 3,6	- 1,0
	Mio. t CO <sub>2</sub> -Äquivalent	73,91	77,53	72,84	68,15	65,68	65,04

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> WIFO-Berechnung anhand der Anteile der dauerhaften Konsumgüter nach dem Inlandskonzept. – <sup>3)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – <sup>4)</sup> Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>5)</sup> Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – <sup>6)</sup> Anteil der Personen in privaten Haushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (60% des nationalen verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens. Ab 2023: Prognose. – <sup>7)</sup> S80/S20: Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. Ab 2023: Prognose. – <sup>8)</sup> 2023: Schätzung gemäß Umweltbundesamt. Ab 2024: Prognose.

## 1. Weltwirtschaft gewinnt allmählich an Schwung

Die Weltwirtschaft entwickelt sich nach wie vor uneinheitlich. In den USA blieb die Konjunktur im 1. Halbjahr 2024 robust. In China bremsen die Krise auf dem Immobilienmarkt und der private Konsum die Expansion. Im Euro-Raum dagegen belebte sich die Nachfrage etwas. Haupttreiber des Wachstums der Weltwirtschaft waren die Dienstleistungen. Aber auch die Industrieproduktion und der Welthandel zogen in der ersten Jahreshälfte etwas an. In der Folge verteuerten sich Rohstoffe zu Jahresbeginn leicht. Insgesamt expandierte die weltweite Produktion im 1. Halbjahr 2024 in ähnlichem Tempo wie im Jahrzehnt vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie.

In den USA legte der private Konsum im Frühjahr erneut kräftig zu. Die Bauinvestitionen, die zuvor über mehrere Quartale die

Konjunktur gestützt hatten, gingen dagegen zurück. Auch auf dem Arbeitsmarkt gibt es Anzeichen für eine Konjunkturabschwächung. So hat sich der Beschäftigungsaufbau verlangsamt, während die Arbeitslosenquote seit Jahresbeginn 2024 gestiegen ist. Die Inflation sinkt und lag zuletzt knapp über 2½%. Im September löutete die Federal Reserve die Zinswende ein und senkte den Leitzins um ½ Prozentpunkt.

Im Euro-Raum stieg das BIP in den ersten beiden Quartalen 2024 um jeweils ¼% gegenüber dem Vorquartal. Dazu trugen insbesondere die Exporte bei, wogegen der private Konsum kaum zunahm und die Investitionen deutlich zurückgingen. Während die Wirtschaftsleistung in Spanien im Frühjahr kräftig expandierte, nahm sie in Frankreich und Italien nur mäßig zu. In Deutschland war sie

**In den USA dürfte die Konjunktur ihren Höhepunkt überschritten haben.**

**Im Euro-Raum schwächelt vor allem Deutschland, während Spaniens Wirtschaft boomt.**

sogar wieder leicht rückläufig. Die Industrie befindet sich im Euro-Raum weiterhin im Abschwung. Der Arbeitsmarkt zeigt sich dagegen trotz der anhaltenden Konjunkturschwäche robust, die Arbeitslosenquote ist bislang

stabil. Allerdings schwächt sich das Beschäftigungswachstum tendenziell ab. Die Inflation, die im laufenden Jahr zwischenzeitlich stagniert hatte, sank im August wieder und ging im September sogar auf 1,8% zurück.

## Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2023 in %		2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Waren- exporte <sup>1)</sup>	Welt-BIP <sup>2)</sup>						
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	68,4	14,5	- 5,6	+ 6,2	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,7
Euro-Raum	52,4	10,1	- 6,1	+ 6,2	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,4
Deutschland	29,1	3,2	- 4,1	+ 3,7	+ 1,4	- 0,3	- 0,0	+ 0,9
Italien	6,1	1,8	- 9,0	+ 8,3	+ 4,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1
Frankreich	3,6	2,2	- 7,4	+ 6,9	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,3
MOEL 5 <sup>3)</sup>	15,0	2,1	- 3,2	+ 6,2	+ 4,5	+ 0,2	+ 2,4	+ 3,2
Polen	3,7	1,0	- 2,0	+ 6,9	+ 5,6	+ 0,2	+ 3,2	+ 3,5
Ungarn	3,6	0,2	- 4,5	+ 7,1	+ 4,6	- 0,9	+ 1,6	+ 3,0
Tschechien	3,6	0,3	- 5,3	+ 4,0	+ 2,8	- 0,1	+ 1,2	+ 2,9
USA	7,3	15,6	- 2,2	+ 6,1	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,8
Schweiz	5,2	0,4	- 2,1	+ 5,6	+ 3,0	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,3
Vereinigtes Königreich	2,7	2,2	- 10,4	+ 8,7	+ 4,3	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,8
China	2,5	18,7	+ 2,2	+ 8,4	+ 3,0	+ 5,2	+ 4,6	+ 4,2
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet <sup>4)</sup>		51	- 1,9	+ 7,1	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,6
Exportgewichtet <sup>5)</sup>	86		- 5,0	+ 6,3	+ 3,3	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,8
Marktwachstum Österreich <sup>6)</sup>			- 6,1	+ 11,0	+ 5,7	- 3,2	+ 0,7	+ 3,8
<b>Annahmen zur Prognose</b>								
Rohölpreis								
Brent, \$ je Barrel			43,2	70,8	98,9	82,2	80	72
Erdgaspreis								
Dutch TTF, € je MWh			9,5	45,9	121,5	40,6	33	39
Strompreis Österreich								
Base, € je MWh			33,2	107,2	261,6	102,2	79	94
Peak, € je MWh			36,0	116,8	275,5	103,9	81	103
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,141	1,184	1,054	1,082	1,11	1,11
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz <sup>7)</sup> , in %			0,0	0,0	0,6	3,8	4,1	3,1
Sekundärmarktzinssatz Deutschland, in %			- 0,5	- 0,4	1,1	2,4	2,4	2,1

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, IWF, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Österreichische Warenexporte. – <sup>2)</sup> Kaufkraftgewichtet. – <sup>3)</sup> Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – <sup>4)</sup> EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2023. – <sup>5)</sup> EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2023. – <sup>6)</sup> Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – <sup>7)</sup> Fixzinssatz.

### 1.1 Ausblick: Konjunkturabschwächung in den USA, Erholung im Euro-Raum

Die Weltwirtschaft dürfte im Prognosezeitraum nur langsam an Fahrt gewinnen. In den USA dürfte sich die Konjunktur etwas abkühlen. Nicht nur der Arbeitsmarkt verliert an Schwung, auch die Reallohnzuwächse fielen zuletzt etwas geringer aus. Zugleich ist die Teuerung rückläufig und das Verbrauchervertrauen ungebrochen hoch, sodass der private Konsum eine wichtige Wachstumsstütze bleiben dürfte. Auch die Investitionen dürften weiter zulegen, während von der Fiskalpolitik angesichts des hohen Defizits kaum noch Impulse zu erwarten sind. Alles in allem wird die Wirtschaftsleistung der USA 2025 mit

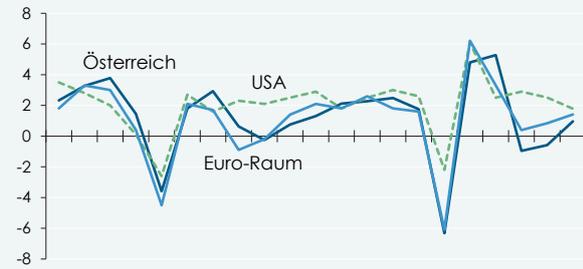
+1,8% etwas schwächer zulegen als im laufenden Jahr.

In China ist die Inlandsnachfrage nach wie vor gedämpft, während ein lebhaftes Exportwachstum weiterhin stützend wirkt. Chinesische Unternehmen scheinen jetzt mehr Vorleistungsgüter für die inländische Produktion selbst herzustellen als in den Jahren vor der COVID-19-Pandemie. Darüber hinaus haben die Energiekrise in Europa und die niedrige Kapazitätsauslastung in China die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Unternehmen gegenüber ihren europäischen Konkurrenten verbessert. Insgesamt dürfte die chinesische Wirtschaft jedoch weder 2024 noch 2025 um mehr als 5% wachsen.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

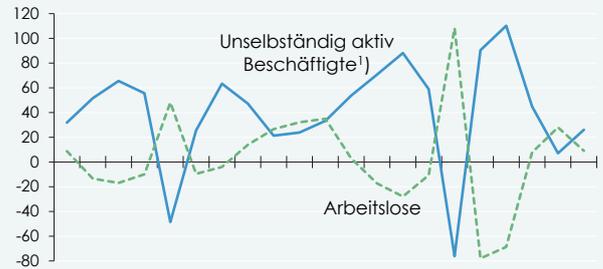
**Wirtschaftswachstum**

In %



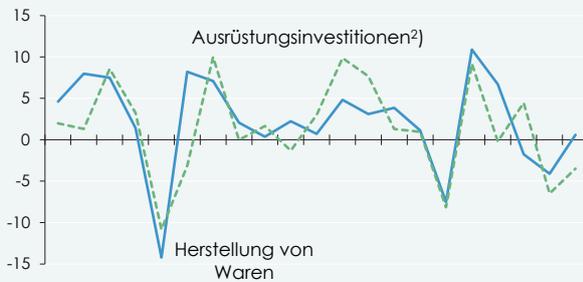
**Beschäftigung und Arbeitslosigkeit**

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



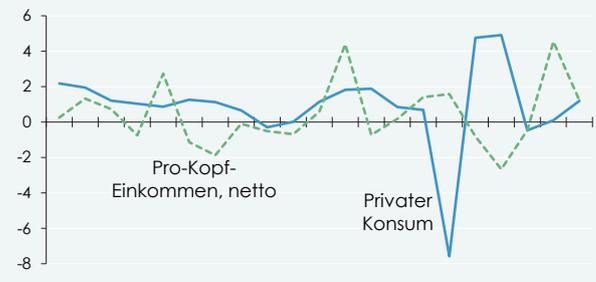
**Produktion und Investitionen**

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



**Konsum und Einkommen**

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



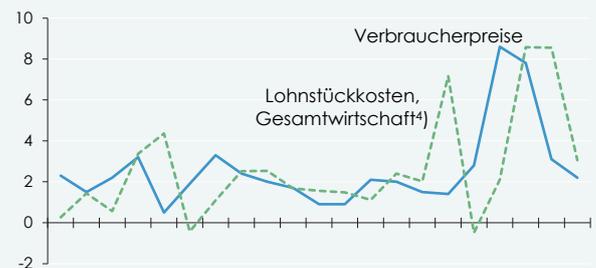
**Kurz- und langfristige Zinssätze**

In %



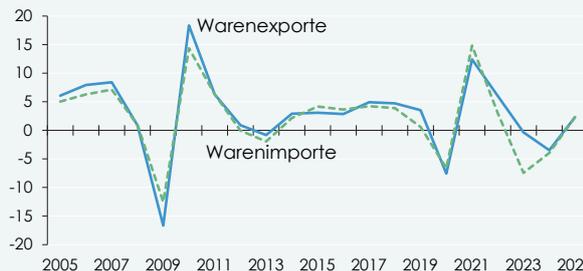
**Preise und Lohnstückkosten**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



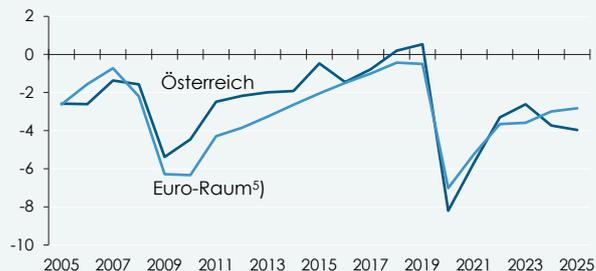
**Außenhandel (laut Statistik Austria)**

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



**Finanzierungssaldo des Staates**

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 4) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – 5) Prognose: Europäische Kommission.

**Kräftige Einkommenszuwächse ermöglichen im Euro-Raum eine Ausweitung des Konsums.**

Im Euro-Raum dürften sich die Reallohnzuwächse allmählich in einer Belebung des privaten Konsums niederschlagen. Dazu tragen der robuste Arbeitsmarkt und die gesunkene Inflation bei. Die Industriekonjunktur wird allerdings nur langsam Fahrt aufnehmen, auch weil die Investitionen erst allmählich anziehen. Von der Fiskalpolitik sind im Prognosezeitraum kaum Konjunkturimpulse zu erwarten, da viele der in den Vorjahren beschlossenen Stützungsmaßnahmen ausgelaufen sind und die teilweise hohe Staatsverschuldung wieder stärker in den Fokus der

Wirtschaftspolitik rückt. In Summe wird die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum 2024 nur um 0,8% und 2025 um 1,4% zunehmen.

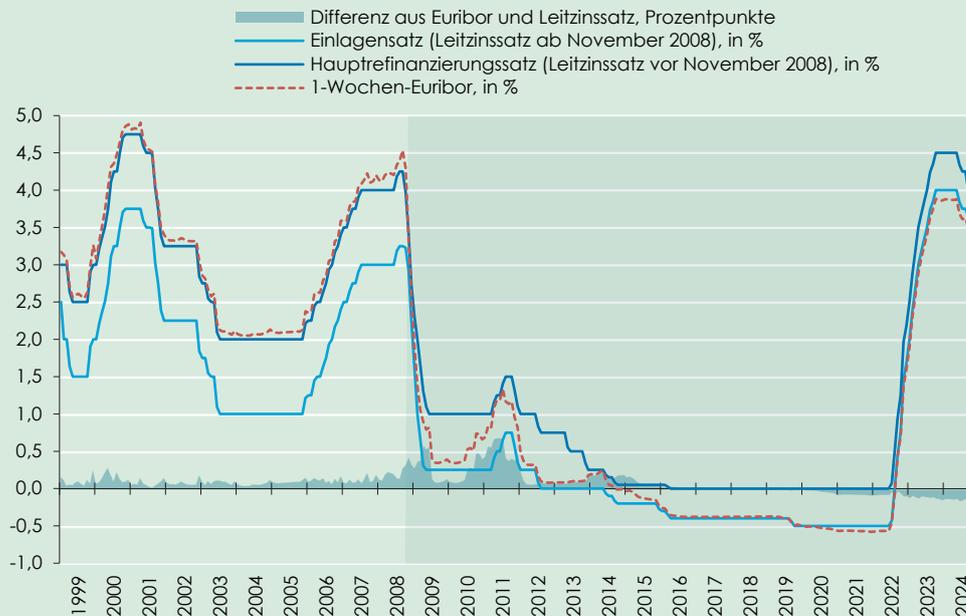
In Deutschland wird die Wertschöpfung 2024 stagnieren und 2025 um lediglich 0,9% wachsen, da die deutsche Industrie besonders unter der schwachen weltweiten Warennachfrage leidet. Allerdings dürften auch in Deutschland die steigenden Realeinkommen die Konsumnachfrage stützen.

**Zur asynchronen Leitzinssenkung der EZB**

Die EZB operiert mit drei kurzfristigen Zinssätzen: dem Einlagensatz, dem Hauptrefinanzierungssatz und dem Spitzenrefinanzierungssatz. Der Spitzenrefinanzierungssatz ist geldpolitisch weitgehend unbedeutend, da die Banken die Spitzenrefinanzierungsfazilität in erster Linie zur Deckung ihres kurzfristigen Liquiditätsbedarfs, z. B. zur Erfüllung der durchschnittlichen Mindestreserveanforderungen, nutzen.

Die für die geldpolitische Transmission relevanten Geldmarktsätze orientierten sich bis Ende 2008 am Hauptrefinanzierungssatz der EZB. Auf dem Höhepunkt der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 wurde das Zuteilungsverfahren für Zentralbankgeld von einem Bieterverfahren um begrenzte Mittel mit ungewissem Ausgang auf eine sichere Vollzuteilung aller nachgefragten Mittel zu einem festen Zinssatz umgestellt. Dies führte zu einer Überschussliquidität auf dem Geldmarkt und dämpfte den Wettbewerb um kurzfristige Mittel. Seit Ende 2008 orientieren sich die Geldmarktsätze am Einlagensatz der EZB. Dieser stellt eine (elastische) Untergrenze dar, da es sich für Banken grundsätzlich nicht lohnt, Gelder über Nacht zu einem niedrigeren Zinssatz auf dem Interbankenmarkt zu verleihen als zu jenem, zu dem sie sie bei der EZB sicher deponieren können. In anderen Worten: Von 1999 bis Ende 2008 war der Hauptrefinanzierungssatz der Leitzinssatz der EZB, seither ist es der Einlagensatz (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Zinssätze im Euro-Raum



Q: EZB, European Money Markets Institute, Macrobond.

Zuletzt nahmen immer weniger Banken an den Hauptrefinanzierungsgeschäften der EZB teil, da der Zinssatz mittlerweile hoch ist, während gleichzeitig noch viel Überschussliquidität im Umlauf ist. Um die Attraktivität der Zentralbankgelder zu erhöhen, verringerte die EZB im September 2024 den Abstand zwischen dem Einlagensatz und dem Hauptrefinanzierungssatz von 0,5 auf 0,15 Prozentpunkte, indem sie letzteren um 0,6 Prozentpunkte senkte, den geldpolitisch relevanten Einlagensatz jedoch nur um 0,25 Prozentpunkte. Die asynchrone Leitzinssenkung ist somit ein Versuch, die Wirksamkeit der Geldpolitik in Zeiten hoher Überschussliquidität zu erhöhen.

## 2. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die vorliegende Prognose berücksichtigt wirtschaftspolitische Maßnahmen, die bereits verabschiedet oder hinreichend spezifiziert wurden und deren Umsetzung somit als wahrscheinlich gilt.

### 2.1 Geldpolitik wird allmählich gelockert

Aufgrund der rückläufigen Inflation und der Konjunkturschwäche im Euro-Raum senkte die EZB den Einlagensatz, der seit Mitte 2022 um 4,5 Prozentpunkte angehoben worden war, im Juni und September 2024 um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 3,5%. Das WIFO rechnet im Prognosezeitraum mit drei weiteren

Leitzinssenkungen um jeweils 0,25 Prozentpunkte, sodass der Einlagensatz Ende 2025 bei 2,75% und damit noch geringfügig über dem konjunkturneutralen Gleichgewichtszinssatz nach Holston-Laubach-Williams liegen wird. Zusätzlich wird die EZB ihr Staatsanleihenportfolio schrittweise verkleinern, indem sie Tilgungszahlungen nicht mehr reinvestiert. Dieses "Quantitative Tightening" hatte bisher keinen Einfluss auf die Renditen und dürfte diesen auch im Prognosezeitraum nicht entwickeln. Vielmehr bleibt die Zinsstrukturkurve, gemessen am Hauptrefinanzierungssatz und der Sekundärmarktrendite auf deutsche Bundesanleihen, invers.

**Der Leitzinssatz bleibt über dem konjunkturneutralen Niveau.**

Übersicht 3: **Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen**

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	In % des BIP					
<b>Fiskalpolitik</b>						
Finanzierungssaldo des Staates <sup>1)</sup>	- 8,2	- 5,7	- 3,3	- 2,6	- 3,7	- 4,0
Primärsaldo des Staates	- 6,9	- 4,6	- 2,4	- 1,4	- 2,4	- 2,6
Staatseinnahmen	49,1	50,3	49,7	50,1	50,7	50,7
Staatsausgaben	57,3	56,0	53,0	52,7	54,5	54,7
Schuldenstand des Staates <sup>1)</sup>	83,2	82,4	78,4	78,6	80,1	82,4
	In %					
<b>Geldpolitik</b>						
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,5	0,3	3,4	3,6	2,9
Sekundärmarktrendite <sup>2)</sup>	- 0,2	- 0,1	1,7	3,1	3,0	2,9

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Laut Maastricht-Definition. – <sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

### 2.2 Öffentliche Haushalte entfernen sich weiter von Maastricht-Vorgaben

Die Staatsausgabenquote, die 2023 52,7% des BIP betrug, steigt im laufenden Jahr auf 54,5% und 2025 auf 54,7% der Wirtschaftsleistung. Demgegenüber wird die gesamtstaatliche Einnahmenquote mit 50,7% des BIP in beiden Prognosejahren nur geringfügig über dem Niveau von 2023 (50,1%) liegen. Damit verschlechtert sich der Finanzierungssaldo deutlich von -2,6% (2023) auf -3,7% (2024) bzw. -4,0% (2025) des BIP. Die Staatsverschuldung wird von 78,6% (2023) auf 80,1% (2024) und 2025 weiter auf 82,4% des BIP ansteigen, womit Österreich die Vorgaben des Europäischen Fiskalpaktes deutlich verfehlen wird. Obwohl die Mehrbelastungen durch die Hochwasserkatastrophe im September 2024 voraussichtlich nicht in die Bewertung einfließen, könnte der aktuelle Budgetpfad zu einem Defizitverfahren wegen übermäßiger Verschuldung führen.

Der deutliche Anstieg der Ausgabenquote im Jahr 2024 ist zum Teil auf die Fortführung diskretionärer Maßnahmen zur Abfederung der Energie- und Inflationskrise sowie auf die Erhöhung des Klimabonus zurückzuführen. Hinzu kommen inflationsbedingte Mehraus-

gaben für Pensionen, valorisierte Sozialleistungen, Vorleistungen und Personalkosten, die zeitverzögert auf die hohen Preissteigerungen der Vorjahre reagieren. Auch neue Verpflichtungen der Länder und Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs ("Zukunftsfonds") treiben die Ausgabendynamik. Trotz sinkender Zinsen steigen die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte auf 1,3% (2024) bzw. 1,4% des BIP (2025) und engen den finanziellen Spielraum ein. Die zusätzlichen Ausgaben infolge der Hochwasserkatastrophe sind derzeit schwer abzuschätzen. Der Katastrophenfonds wurde auf 1 Mrd. € aufgestockt und wird durch 0,5 Mrd. € aus dem Kohäsionsfonds ergänzt.

Die nachlassende Einnahmendynamik ist vor allem auf den Rückgang der Inflation und die schwache Konjunktur zurückzuführen. Die verhaltene Entwicklung des privaten Konsums und ein schwächeres Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme im Jahr 2025 dämpfen die Einnahmen aus Verbrauchsteuern und Sozialbeiträgen. Mit der Abschaffung der kalten Progression durch die Anpassung der Tarifgrenzen an die Teuerung entfielen auch die inflationsbedingten Mehreinnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer, die in der Vergangenheit häufig zu

**Das Defizit im Staatshaushalt wird 2025 nicht nur konjunkturbedingt weiter anschwellen.**

einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beigetragen hatten. Auch die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer werden

nach mehreren Jahren starken Wachstums konjunkturbedingt und infolge der Tarifreform stagnieren.

### 3. Österreichs Wirtschaft verharrt in der Rezession

Die österreichische Wirtschaft erlitt im II. Quartal 2024 erneut einen Rückschlag, das BIP sank real um 0,4% gegenüber der Vorperiode<sup>1)</sup>. Damit hielt die seit Mitte 2022 beobachtete Konjunkturschwäche an. In der Sachgütererzeugung schrumpfte die Wertschöpfung das sechste Quartal in Folge. Die internationale Nachfrage nach Industriegütern ist nach wie vor äußerst

schwach, worunter insbesondere darauf spezialisierte Länder wie Österreich oder Deutschland leiden. Aber auch in wichtigen Dienstleistungsbereichen wie Handel und Verkehr ist die Wertschöpfung in den letzten beiden Jahren deutlich zurückgegangen. Stabilisierend wirkten vor allem die öffentlichen, aber auch einige weniger konjunktur-reagible private Dienstleistungen.

#### Übersicht 4: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<b>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</b>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,54	4,42	4,33	4,33	+ 6,8	- 2,7	- 2,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	74,08	72,39	69,42	69,83	+ 6,4	- 2,3	- 4,1	+ 0,6
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,44	10,21	10,21	10,21	+ 2,7	+ 8,1	± 0,0	± 0,0
Bauwirtschaft	17,66	16,34	15,75	15,91	- 3,4	- 7,5	- 3,6	+ 1,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	42,27	39,88	39,20	39,67	+ 0,7	- 5,7	- 1,7	+ 1,2
Verkehr	19,17	18,69	18,50	18,60	+ 14,6	- 2,5	- 1,0	+ 0,5
Beherbergung und Gastronomie	10,15	10,70	10,89	11,14	+ 79,0	+ 5,4	+ 1,8	+ 2,3
Information und Kommunikation	15,63	16,10	16,27	16,35	+ 3,6	+ 3,0	+ 1,0	+ 0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	18,33	16,85	17,29	17,42	+ 5,9	- 8,1	+ 2,6	+ 0,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,19	31,33	31,49	31,64	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen <sup>1)</sup>	36,47	36,20	35,91	36,27	+ 8,2	- 0,7	- 0,8	+ 1,0
Öffentliche Verwaltung <sup>2)</sup>	58,62	59,89	61,39	62,01	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen <sup>3)</sup>	8,51	8,92	8,92	9,01	+ 20,5	+ 4,7	± 0,0	+ 1,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>4)</sup>	344,99	340,92	338,94	341,80	+ 6,1	- 1,2	- 0,6	+ 0,8
Bruttoinlandsprodukt	385,07	381,39	379,16	382,83	+ 5,3	- 1,0	- 0,6	+ 1,0

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – <sup>2)</sup> Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – <sup>3)</sup> Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – <sup>4)</sup> Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

**Österreich steckt weiter in der Rezession, die Inflation sinkt.**

**Die hohen Lohnsteigerungen belasten die Unternehmen, hatten jedoch bisher keine Konsumbelebung zur Folge.**

Die Inflation hat sich in den letzten Monaten deutlich verlangsamt und betrug im September laut Schnellschätzung von Statistik Austria 1,8%, womit der Inflationsabstand zum Euro-Raum verschwunden ist. Solange die Inflation in Österreich nicht unter den Durchschnitt des Euro-Raumes sinkt, werden die Preisunterschiede, die aus der Überinflation der letzten Monate resultieren, jedoch nicht wettgemacht. Dies belastet die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie; der real-effektive Wechselkurs für Industriewaren stieg 2023 um 3,4% und damit so kräftig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Aber

auch die Ertragslage der Unternehmen hat sich verschlechtert.

Die hohen Lohnabschlüsse für das Jahr 2024 belasten nicht nur die heimischen Unternehmen, sondern hatten bisher – entgegen der WIFO-Prognose vom Juni 2024 – auch noch keinen nennenswerten Anstieg der Konsumausgaben zur Folge. Dafür dürften Faktoren verantwortlich sein, die in der letzten Prognose unterschätzt wurden: Erstens nimmt das Vorsichtssparen mit steigender Arbeitslosigkeit zu. Zwar hat sich das Verbrauchervertrauen in den letzten Monaten aufgehellt

<sup>1)</sup> Die vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde von Statistik Austria am 4. September 2024 veröffentlicht. In der Zwischenzeit wurde am 30. September auch die Jahresrechnung 2023 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung publiziert. Darin wurde eine Benchmarkrevision durchgeführt, die die Ergebnisse ab dem Jahr 1995 betrifft. Die daran angepasste Quartalsrechnung wird erst am 18. Okto-

ber 2024 veröffentlicht. Damit ist die für die vorliegende Prognose herangezogene Quartalsrechnung nicht mit den neu veröffentlichten Jahresdaten kompatibel. Obwohl die Quartalsmuster in der Prognoseerstellung berücksichtigt wurden, verzichtet das WIFO in der vorliegenden Prognose auf die Darstellung des Konjunkturbildes sowie die Übersicht zur technischen Zerlegung und Revision der BIP-Prognose.

und vor allem die eigene finanzielle Situation wird wieder besser eingeschätzt. Allerdings rechnen immer mehr Befragte mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Zum anderen begünstigt das höhere Zinsniveau die Ersparnisbildung. Die für den Prognosezeitraum prognostizierte Sparquote von über 11% liegt zwar um knapp 3 Prozentpunkte über dem Wert von 2023, entspricht aber in etwa dem Niveau der Jahre 2007/08 unmittelbar vor Beginn der Niedrigzinsphase. Eine dritte mögliche Erklärung für die stockende Ausgabenbereitschaft besteht darin, dass die privaten Haushalte die Lohnerhöhungen bzw. die staatlichen Unterstützungsleistungen als nicht nachhaltig ansehen und das zusätzliche Einkommen daher lieber sparen als ausgeben.

Trotz des starken Anstiegs der Lohnstückkosten ist der Arbeitsmarkt noch recht robust. Nennenswerte Beschäftigungszuwächse gab es zuletzt allerdings nur mehr im öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Bereich. So expandiert die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung, aber auch im Gesund-

heits-, Pflege- und Erziehungswesen. In der Privatwirtschaft schrumpft die Beschäftigung dagegen. Zwar entstehen in einigen weniger konjunktur reagiblen Dienstleistungsbranchen immer noch zusätzliche Arbeitsplätze, diese Ausweitungen werden aber durch Rückgänge in anderen Branchen, insbesondere im sekundären Sektor, überkompensiert.

### 3.1 Konjunkturimpulse 2025 aus dem Ausland

Die österreichische Wirtschaft wird 2024 das zweite Jahr in Folge schrumpfen und sich ebenso lange in einer Rezession befinden (siehe Kasten "Wirtschaftswachstum und Rezession"). Nach einem Rückgang um 1% im Vorjahr wird das reale BIP dieses Jahr um 0,6% abnehmen. 2025 werden Österreichs Exporte mit dem Anziehen der Auslandsnachfrage wieder zulegen. Der exportgetriebene Aufschwung wird 2025 aber noch schwach ausfallen (BIP real +1,0%), da die Investitionen stagnieren und die Konsumnachfrage verhalten bleibt.

**Die Beschäftigung steigt nur noch im öffentlichen Sektor.**

#### Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	267,35	267,36	267,78	270,69	+ 3,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,1
Private Haushalte <sup>1)</sup>	191,09	190,19	190,38	192,66	+ 4,9	- 0,5	+ 0,1	+ 1,2
Staat	76,27	77,17	77,41	78,02	- 0,6	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,8
Bruttoinvestitionen	103,95	90,43	88,14	88,39	+ 4,9	- 13,0	- 2,5	+ 0,3
Bruttoanlageinvestitionen	93,51	90,50	87,95	88,09	+ 0,4	- 3,2	- 2,8	+ 0,2
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	30,18	31,52	29,47	28,44	- 0,2	+ 4,4	- 6,5	- 3,5
Bauten	40,95	37,16	35,52	35,91	- 1,3	- 9,3	- 4,4	+ 1,1
Sonstige Anlagen <sup>3)</sup>	22,46	22,40	23,64	24,34	+ 4,9	- 0,3	+ 5,5	+ 3,0
Inländische Verwendung	372,68	359,46	358,35	361,51	+ 3,6	- 3,5	- 0,3	+ 0,9
Exporte	232,70	231,72	226,46	231,78	+ 10,0	- 0,4	- 2,3	+ 2,4
Reiseverkehr	14,05	16,01	16,17	16,53	+ 98,5	+ 13,9	+ 1,0	+ 2,2
Minus Importe	220,75	210,61	206,68	211,32	+ 7,1	- 4,6	- 1,9	+ 2,2
Reiseverkehr	8,92	10,24	10,53	10,56	+ 69,8	+ 14,8	+ 2,9	+ 0,3
Bruttoinlandsprodukt	385,07	381,39	379,16	382,83	+ 5,3	- 1,0	- 0,6	+ 1,0
Nominell	448,01	473,23	490,73	506,04	+ 10,3	+ 5,6	+ 3,7	+ 3,1

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme. – <sup>3)</sup> Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Eine zentrale Prognoseannahme ist, dass die Konjunktur in Deutschland im Jahr 2025 wieder Trift fassen wird. Österreich und Deutschland erleben derzeit eine sehr ähnliche Rezession. Wie die vergleichbare Betroffenheit der beiden Länder und die Unterschiede zu anderen Nachbarländern zeigen, ist die weltweite Investitionsflaute die Ursache der Krise. Die Unsicherheit hinsichtlich der Energiepreisentwicklung, Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit neuen klimafreundlichen

Technologien sowie hohe Finanzierungskosten dämpfen weltweit, aber insbesondere in Europa die Investitionsbereitschaft. Zumindest die Finanzierungskosten werden mit den schrittweisen Leitzinssenkungen der EZB im kommenden Jahr sinken. Das ifo, das Partnerinstitut des WIFO in der Gemeinschaftsdiagnose für Deutschland, prognostiziert für 2025 ein Wachstum des deutschen BIP von 0,9%, die Gemeinschaftsdiagnose weist +0,8% aus.

**Der Außenhandel profitiert von einer Belebung der weltweiten Investitionsnachfrage.**

## Wirtschaftswachstum und Rezession

Erstmals in der Zweiten Republik wird die heimische Wirtschaft 2023 und 2024 in zwei aufeinander folgenden Kalenderjahren schrumpfen. Erlebt Österreich damit die längste Rezession der Nachkriegszeit? Um diese Frage zu klären, muss zunächst der Begriff "Rezession" definiert werden.

Die Konjunkturforschung kennt grundsätzlich zwei Ansätze zur Messung von Konjunkturzyklen (vgl. Breuer et al., 2018)<sup>1)</sup>: den Ansatz der "klassischen" Konjunkturzyklen und den Ansatz der Expansionszyklen. Der klassische Ansatz unterscheidet zwei Konjunkturphasen: Aufschwung und Rezession. Für eine Rezession muss ein deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung vorliegen. Aufschwünge sind jene Perioden, in denen die Wirtschaftsleistung mehr oder weniger stark wächst. Der klassische Ansatz konzentriert sich zwar auf das reale BIP, berücksichtigt aber auch andere makroökonomische Größen; die Konjunkturdatierung beruht also auf einem Expertenurteil. Für den Euro-Raum ist das Euro Area Business Cycle Network (EABCN), für die USA das National Bureau of Economic Research (NBER) maßgeblich.

Problematisch ist dieser Ansatz bei hohem oder schwankendem Potenzialwachstum. Ein hohes Potenzialwachstum weisen in der Regel Schwellenländer auf; China oder Indien würden sich nach klassischer Logik nie in einer Rezession befinden. Österreich ist hingegen ein Beispiel für Volkswirtschaften mit schwankendem Potenzialwachstum. Hatte es Anfang der 1970er-Jahre noch gut 5% p. a. betragen, so verringerte es sich 10 Jahre – bzw. zwei Öl- und eine Stahlkrise – später vorübergehend auf unter 2% p. a. Anfang der 1990er-Jahre erholte sich das Potenzialwachstum wieder und erreichte gut 3% p. a., bevor es sich nach Ausschöpfung der Globalisierungsvorteile und weiteren Krisen bei höchstens 1% p. a. einpendelte.

Vor diesem Hintergrund erscheint für Österreich der zweite Ansatz der Konjunkturmessung, jener der Expansionszyklen, sinnvoller. Dabei wird zunächst mit ökonomischen Methoden das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft ermittelt und mit der tatsächlichen Wirtschaftsleistung verglichen. Ist letztere geringer, liegt eine Unterauslastung vor. Eine Rezession liegt dann vor, wenn die Outputlücke, also die Differenz zwischen tatsächlicher und potenzieller Wirtschaftsleistung, nicht nur negativ ist, sondern sich auch rasch vergrößert, z. B. um zwei Drittel des Potenzialwachstums in einem Jahr (Sachverständigenrat, 2008, Kasten 2)<sup>2)</sup>.

Wendet man die Methode der Europäischen Kommission zur Berechnung des Wachstumspotenzials Österreichs an (wie etwa das WIFO in seinen mittelfristigen Prognosen), so ergibt sich wie im klassischen Ansatz für die Jahre 2023 und 2024 eine Rezession (Abbildung "Rezessionen in Österreich", S. 535). Es zeigt sich aber auch, dass es in der jüngeren Vergangenheit bereits einmal eine ähnlich lange rezessive Phase gab, und zwar in den Kalenderjahren 2013 und 2014 im Gefolge der Euro-Krise. Eine weitere interessante Beobachtung ist, dass Phasen der Unterauslastung typischerweise durch Rezessionen eingeleitet werden. Die gesamtwirtschaftliche Unterauslastung kann somit noch länger andauern.

Dass die aktuelle Rezession in der Geschichte der Zweiten Republik keineswegs beispiellos ist, ist auch daran ablesbar, dass die Arbeitslosenquote bisher nicht übermäßig angestiegen ist. In der Rezession ab 2013 und in der langen Unterauslastungsphase ab 1984 fielen die Anstiege kräftiger aus. Allerdings reagiert die Arbeitslosenquote auch auf nicht-konjunkturelle Faktoren wie eine hohe Zuwanderung, so etwa Anfang der 1990er-Jahre, als die Arbeitslosigkeit im Zuge der Jugoslawien-Kriege im Konjunkturaufschwung anstieg, oder in den Jahren ab 2012, als die EU-Osterweiterung den rezessionsbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit verstärkte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für die Datierung einer Rezession in Österreich nicht nur das Wirtschaftswachstum, sondern auch dessen Verhältnis zum Potenzialwachstum zu berücksichtigen ist. Auf dieser Basis ist die aktuelle Rezession zwar noch nicht die längste der jüngeren Geschichte, dauert aber bereits ungewöhnlich lange an.

<sup>1)</sup> Breuer, S., Elstner, S., Kirsch, F., & Wieland, V. (2018). Datierung der deutschen Konjunkturzyklen – die Methode des Sachverständigenrates. Arbeitspapier 13/2018. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. – <sup>2)</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2008). *Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken. Jahresgutachten 2008/09.*

**Die Marktanteile im Außenhandel werden allerdings weiter zurückgehen.**

**Die Ausrüstungsinvestitionen gehen im Prognosezeitraum stark zurück.**

Vor diesem Hintergrund dürften von Deutschland als wichtigstem Absatzmarkt für österreichische Exporte wieder belebende Impulse ausgehen. Die Exportmärkte (berechnet auf Basis der Importprognosen der wichtigsten Handelspartner Österreichs), die 2023 noch um 3,2% schrumpften und 2024 nur um 0,7% wachsen, werden im kommenden Jahr um voraussichtlich 3,8% expandieren. Allerdings wird die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen nach der deutlichen Verschlechterung im Jahr 2023 auch im Prognosezeitraum weiter abnehmen. Im Jahr 2024 steigt der real-effektive Wechselkurs für Industriewaren um voraussichtlich 1,2%, im Jahr 2025 um 0,5%. Dies führt zu weiteren Marktanteilsverlusten, sodass sich die Exporte schwächer entwickeln werden als die Auslandsnachfrage. Die Warenexporte schrumpfen 2024 um 3,5% und werden im Folgejahr um 2,3% wachsen.

### 3.2 Ausrüstungsinvestitionen schrumpfen deutlich

Dennoch wird die Belebung des Außenhandels den Aufschwung der österreichischen Wirtschaft einleiten. Von den inländischen Ausrüstungsinvestitionen sind im kommenden Jahr hingegen noch keine Impulse zu erwarten. Wie vergangene Konjunkturzyklen zeigen, springen die Investitionen nicht unmittelbar nach einer Konjunkturwende an, sondern erst dann, wenn sich der Aufschwung gefestigt hat. Dies dürfte verschiedene Ursachen haben: Die Unternehmen warten ab, ob der Nachfrageanstieg nachhaltig ist und reduzieren so die Opportunitätskosten von Investitionen. Die stark Cash-Flow-orientierte Finanzierung von Investitionen setzt die Verfügbarkeit der notwendigen Finanzmittel voraus. Nach zwei Jahren Rezession und kräftigen Lohnsteigerungen

sind die Finanzpolster der Unternehmen aufgezehrt; Betriebsüberschüsse und Selbständigeinkommen dürften 2024 um mehr als 3,0% schrumpfen und 2025 kaum steigen. Vor diesem Hintergrund werden die Ausrüstungsinvestitionen nach einem Einbruch um 6,5% (2024) im kommenden Jahr um weitere 3,5% zurückgehen. Das Wachstum der immateriellen Anlageinvestitionen dürfte sich von 5,5% auf 3,0% abschwächen.

### 3.3 Hohe Zinsen belasten den Bau

Nach 2023 (-9,3%) zeichnet sich auch für 2024 ein deutlicher Rückgang der Bauinvestitionen um 4½% ab. Epizentrum der Krise bleibt der Wohnbau, während der Rückgang im Nichtwohnbau (Industrie-, Gewerbe- und Tiefbau) deutlich geringer ausfällt. Zudem greift der Abschwung zunehmend auf das beschäftigungsintensive Baunebengewerbe über. Die Stimmung in der Branche bleibt pessimistisch, der WIFO-Konjunkturtest lässt aber zumindest keine weitere Eintrübung erwarten. Ohne das im Frühjahr 2024 beschlossene Baukonjunkturpaket würde es aber auch 2025 kein Investitionswachstum geben. Die Wirksamkeit dieses Programms hängt davon ab, inwieweit die Länder die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel in zusätzliche Projekte und Zusicherungen ihrer Wohnbauförderungssysteme umsetzen. Vor allem der dadurch ermöglichte Neubau von gemeinnützigen Wohnungen dürfte 2025 zu einem leichten Anstieg der Bauinvestitionen um 1,1% führen.

### 3.4 Auftragsflaute in der Industrie

Die jüngsten Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen die gedrückte Stimmung in der heimischen Industrie. Der ausgeprägte Pessimismus hält nun schon seit gut einem Jahr an und ist damit einmalig seit Erhebungsbeginn im Jahr 1996. Auch die Produktionserwartungen sind sehr trüb. Die Auftragsbestände sind nach wie vor gering, zumal die Nachfrage aus dem In- und Ausland schwächelt. Investitionsgüterproduzenten leiden besonders unter der schwachen internationalen Konjunktur. In diesem Teilbereich der Sachgütererzeugung haben sich die Einschätzungen in den letzten zwei Jahren deutlich verschlechtert. Die Erwartungen zur künftigen Geschäftslage scheinen sich zumindest nicht weiter einzutreiben. Auch Produzenten von Vorleistungsgütern sind überdurchschnittlich pessimistisch gestimmt. Etwas optimistischer ist die Konsumgüterindustrie, aber auch hier liegen die Einschätzungen mehrheitlich im negativen Bereich. Auf

Basis der trüben Indikatorenlage ist mit einem Anhalten der Industrierezession zu rechnen; 2024 dürfte die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung um 4,1% schrumpfen. Auch für das kommende Jahr erwartet das WIFO keine rasche Erholung, sondern lediglich einen leichten Zuwachs von 0,6%.

### 3.5 Löhne steigen unvermindert

Die Lohnabschlüsse für 2024 orientieren sich im Wesentlichen an der rollierenden Inflation. In der Metallindustrie wurde bereits im Vorjahr vereinbart, dass die Bruttolöhne pro Kopf um die rollierende Inflation zuzüglich 1 Prozentpunkt steigen. Da die Pro-Kopf-Produktivität in der Sachgütererzeugung nach 2023 auch 2024 um rund 3% sinken wird, wird das vergleichsweise kräftige Lohnwachstum einen weiteren Anstieg der Lohnstückkosten zur Folge haben. Obwohl die Tariflöhne zu Jahresbeginn um 9,0% und im August noch um 8,3% anzogen, werden die nominellen Bruttolöhne pro Kopf im Jahresdurchschnitt 2024 nur um 7,8% zulegen. Die negative Lohndrift ist u. a. darauf zurückzuführen, dass Industriebeschäftigte aufgrund der Rezession in schlechter bezahlte Dienstleistungsbranchen wechseln. 2025 dürften neben der rollierenden Inflation auch wieder leichte Produktivitätszuschläge in die Lohnfindung einfließen. Diese werden jedoch gering ausfallen. Insgesamt ergeben sich für 2025 nominelle Bruttolohnsteigerungen pro Kopf von 3,4%.

### 3.6 Inflation sinkt nachhaltig

Die Verbraucherpreisinflation geht rascher zurück als in der WIFO-Prognose vom Juni 2024 angenommen. Im Jahresdurchschnitt 2024 wird sie 3,1% betragen, 2025 nur mehr 2,2%. Zur Verlangsamung des Preisauftriebs tragen sämtliche Teilbereiche des VPI bei, lediglich die Energiepreise werden nach der Verbilligung im Jahr 2024 im kommenden Jahr wieder leicht ansteigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Jänner 2025 die Strompreisbremse und die Energieabgabensenkung für Gas und Strom auslaufen werden und die Aussetzung der Förderprämie und -pauschale für erneuerbare Energie zurückgenommen wird. Zudem wird der CO<sub>2</sub>-Preis weiter steigen. Insgesamt erhöht dies die Inflationsrate im Jahr 2025 um ½ Prozentpunkt. Die sogenannte Mietpreisbremse, die Kategorie-, Richtwert- und Genossenschaftsmieten begrenzt, wird die Inflation 2024 kaum und 2025 um rund 0,1 Prozentpunkt dämpfen.

**Die Bauinvestitionen werden 2025 vom Baukonjunkturpaket profitieren.**

**Die rollierende Inflation ist die Untergrenze für Lohnsteigerungen.**

**Die Industrie wird sich nur schleppend erholen.**

**Die Teuerung geht weiter zurück, obwohl inflationsdämpfende Maßnahmen auslaufen.**

## Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf <sup>1)</sup>						
Nominell, brutto	+ 2,2	+ 2,7	+ 4,9	+ 6,9	+ 7,8	+ 3,4
Real <sup>2)</sup>						
Brutto	+ 0,8	- 0,1	- 3,4	- 0,9	+ 4,6	+ 1,2
Netto	+ 1,6	- 0,8	- 2,7	- 0,5	+ 4,5	+ 1,2
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde <sup>3)</sup>						
Real <sup>2)</sup> , netto	+ 9,5	- 4,0	- 2,4	- 0,5	+ 5,6	+ 1,5
In %						
Lohnquote, bereinigt <sup>4)</sup>	62,9	62,4	62,1	63,6	66,6	67,5
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Lohnstückkosten <sup>5)</sup> , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 7,2	- 0,5	+ 2,1	+ 8,6	+ 8,6	+ 3,1
Herstellung von Waren	+ 7,1	- 6,5	- 0,4	+ 9,7	+ 12,4	+ 3,6
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren <sup>6)</sup>						
Nominell	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,9
Real	+ 1,7	+ 0,2	- 1,8	+ 3,4	+ 1,2	+ 0,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – <sup>2)</sup> Deflationiert mit dem VPI. – <sup>3)</sup> Laut VGR. – <sup>4)</sup> Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). – <sup>5)</sup> Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – <sup>6)</sup> Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

## Übersicht 7: Produktivität

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Gesamtwirtschaft</b>						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 6,3	+ 4,8	+ 5,3	- 1,0	- 0,6	+ 1,0
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	- 1,9	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,7
Produktion je Erwerbstätigen	- 4,5	+ 2,3	+ 2,5	- 2,0	- 0,6	+ 0,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen <sup>2)</sup>	- 7,0	+ 2,5	- 0,3	- 0,1	- 1,0	- 0,3
Stundenproduktivität <sup>3)</sup>	+ 2,7	- 0,2	+ 2,8	- 1,9	+ 0,3	+ 0,6
<b>Herstellung von Waren</b>						
Bruttowertschöpfung, real	- 7,5	+ 10,9	+ 6,7	- 1,8	- 4,1	+ 0,6
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	- 0,8	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,2	- 1,0	± 0,0
Produktion je Erwerbstätigen	- 6,8	+ 10,2	+ 4,3	- 2,9	- 3,1	+ 0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen <sup>2)</sup>	- 4,8	+ 4,3	- 0,8	- 0,3	- 2,1	+ 0,1
Stundenproduktivität <sup>3)</sup>	- 2,1	+ 5,6	+ 5,1	- 2,6	- 1,1	+ 0,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>2)</sup> Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – <sup>3)</sup> Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

### 3.7 Vorsichtssparen und hohe Zinsen dämpfen Konsumbereitschaft

Der kräftige Anstieg der Löhne führt zusammen mit dem Rückgang der Inflation zu einem deutlichen Anstieg der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,2% im Jahr 2024. Die Konsumnachfrage erhöht sich dadurch jedoch kaum, da die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und der Anstieg der Sparzinsen die Ausgabenbereit-

schaft der privaten Haushalte dämpfen. Mit dem einsetzenden Konjunkturaufschwung und dem Rückgang der Sparzinsen dürfte die Konsumnachfrage 2025 wieder etwas an Schwung gewinnen und um 1,2% expandieren. Die Sparquote steigt 2024 kräftig von 8,7% auf 11,4% und bleibt auch 2025 auf ähnlich hohem Niveau, das in etwa dem der Jahre 2007/08 vor Beginn der Niedrigzinsphase entspricht.

**Der private Konsum wird sich im Zuge der Konjunkturerholung 2025 beleben.**

## Übersicht 8: Konsum, Einkommen und Preise

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	- 7,6	+ 4,8	+ 4,9	- 0,5	+ 0,1	+ 1,2
Dauerhafte Konsumgüter	- 1,6	+ 6,4	- 4,5	- 5,4	+ 1,0	+ 2,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	- 8,2	+ 4,6	+ 6,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	- 0,7	+ 2,1	+ 1,7	- 0,5	+ 3,2	+ 1,4
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	13,6	11,4	8,8	8,7	11,4	11,5
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	13,2	10,9	8,2	8,1	10,9	11,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 3,7	+ 6,6	+ 5,0	+ 0,7	+ 2,3	+ 2,7
	Verbraucherpreise					
National	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,1	+ 2,2
Harmonisiert	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,7	+ 3,1	+ 2,2
Kerminflation <sup>2)</sup>	+ 2,0	+ 2,3	+ 5,1	+ 7,3	+ 4,0	+ 2,4

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – 1) Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

## Übersicht 9: Arbeitsmarkt

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<b>Nachfrage nach Arbeitskräften</b>						
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)</sup>	- 76,6	+ 96,9	+ 116,2	+ 47,2	+ 10,0	+ 29,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)</sup>	- 76,1	+ 90,4	+ 110,2	+ 44,8	+ 7,0	+ 26,0
Inländische Arbeitskräfte	- 53,9	+ 28,1	+ 22,9	- 9,0	- 17,0	- 9,0
Ausländische Arbeitskräfte	- 22,2	+ 62,4	+ 87,4	+ 53,8	+ 24,0	+ 35,0
Selbständige <sup>2)</sup>	- 0,5	+ 6,5	+ 6,0	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,0
<b>Angebot an Arbeitskräften</b>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 9,9	+ 5,4	+ 48,6	+ 36,9	- 0,2	- 18,2
Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	+ 31,7	+ 19,0	+ 47,6	+ 54,9	+ 38,0	+ 38,0
<b>Überhang an Arbeitskräften</b>						
Arbeitslose (laut AMS)	+ 108,3	- 77,9	- 68,6	+ 7,7	+ 28,0	+ 9,0
Personen in Schulung	- 4,9	+ 13,2	- 0,8	+ 1,0	+ 4,0	- 4,0
	In%					
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) <sup>4)</sup>	6,0	6,2	4,8	5,1	5,2	5,3
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	8,9	7,2	5,6	5,7	6,3	6,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	9,9	8,0	6,3	6,4	7,0	7,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)</sup>	- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,7
Arbeitslose (laut AMS)	+ 35,9	- 19,0	- 20,7	+ 2,9	+ 10,3	+ 3,0
Stand in 1.000	409,6	331,7	263,1	270,8	298,8	307,8

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 2) Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – 3) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – 4) Labour Force Survey.

**Aufgrund des Rückgangs der Arbeitszeit pro Kopf bleibt die Beschäftigung stabil.**

**Die Rezession wirkt 2025 noch auf die Arbeitslosigkeit nach.**

**Ein Gasmangel ist nicht in Sicht.**

**Bleibt die Exportnachfrage aus Deutschland aus, könnte ein drittes Rezessionsjahr folgen.**

**Die Konsumnachfrage könnte bei gestärkten Finanzreserven kräftiger ausfallen.**

**Eine staatliche Investitionsförderung könnte Multiplikatoreffekte auslösen.**

### 3.8 Arbeitslosigkeit steigt auch 2025

Wegen der robusten öffentlichen Nachfrage nach Arbeitskräften wird die Beschäftigung selbst 2024 noch leicht expandieren (+0,2%). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sinkt dem BIP-Rückgang entsprechend um 0,9%. Die Stabilität der Beschäftigung beruht also auch auf einem Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden pro Kopf. Dieser hat eine konjunkturelle und eine strukturelle Komponente. Im Abschwung lässt die Nachfrage nach Arbeitskräften nach. Dies spiegelt sich nicht nur im Beschäftigtenbestand, sondern auch in der Pro-Kopf-Arbeitszeit. Hier ist jedoch seit Jahrzehnten auch ein struktureller Abwärtstrend beobachtbar, der eng mit dem Anstieg der Erwerbsquote, insbesondere von Frauen, zusammenhängt. Darüber hinaus ist er eine Folge des steigenden materiellen Wohlstands in Österreich.

## 4. Prognoserisiken

Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass auch nach 2024 Erdgas aus Russland in die EU fließen wird oder die Versorgung Österreichs anderweitig – etwa durch Erdgasimporte aus Norwegen oder Flüssiggas-einfuhren über Deutschland oder Italien – sichergestellt werden kann. Diese Annahme stützt sich einerseits auf stabile Preissignale auf den Finanzmärkten. Zum anderen zeigt eine Analyse der Österreichischen Energieagentur<sup>2)</sup>, dass selbst bei einem vollständigen Ausfall der Gaslieferungen aus Russland die Versorgung Österreichs mit Erdgas gesichert wäre. Allerdings dürfte der Erdgaspreis in diesem Fall steigen und energieintensive Bereiche der heimischen Industrie belasten.

Zentral ist wie erwähnt die Annahme, dass die weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern wieder anziehen wird, wodurch auch die deutsche Wirtschaft 2025 wieder expandieren und die Nachfrage nach österreichischen Produkten wieder steigen wird. Sollte hingegen 2025 noch keine Trendwende eintreten, wird sich die Konjunktur in Österreich deutlich schwächer entwickeln als prognostiziert und ein drittes Rezessionsjahr folgen. In diesem Fall würden nicht nur die Exporte und damit verbunden die Einkommen schwächer zulegen als angenommen, auch die Arbeitslosigkeit stiege rascher und die Konsumnachfrage würde erneut gedämpft.

Umgekehrt könnte der private Konsum im kommenden Jahr auch lebhafter ausfallen

Neben der unselbständigen Beschäftigung wird 2024 auch die Arbeitslosigkeit steigen. Dies ist zwar einerseits eine direkte Folge der Rezession und der damit einhergehenden schwachen Arbeitsnachfrage. Der gleichzeitige Anstieg von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit deutet aber auch auf Angebotseffekte hin. Diese resultieren insbesondere aus der Integration von Kriegsflüchtlings in den Arbeitsmarkt sowie aus der schrittweisen Anhebung des Frauenpensionsalters seit Jahresbeginn 2024. Die Arbeitslosenquote steigt von 6,4% im Vorjahr auf voraussichtlich 7,0% und wird 2025 weiter auf 7,2% zulegen, da die Rezession nachwirkt. Das Beschäftigungswachstum wird sich im kommenden Jahr im Zuge der Konjunkturerholung auf 0,7% beschleunigen. Die geleisteten Arbeitsstunden werden dagegen nur leicht zunehmen, da die Pro-Kopf-Arbeitszeit dem langfristigen Trend entsprechend weiter zurückgeht.

als prognostiziert, wenn die derzeitige Nachfrageschwäche weniger auf ein Vorsichtsparen als auf mangelnde Finanzmittel der privaten Haushalte zurückzuführen ist. Zwar sind die Einkommen zuletzt kräftig gestiegen, aber gerade Haushalte mit niedrigen Einkommen könnten durch die Teuerungswelle so stark belastet worden sein, dass es länger dauert, bis sie ihre Kapitalreserven wieder aufgestockt oder Schulden getilgt haben. Sind die Haushaltsfinanzen erst einmal saniert, könnten weitere Einkommenszuwächse in einem überproportionalen Konsumwachstum münden.

Auch die Investitionen könnten sich besser entwickeln als erwartet, z. B. dann, wenn die nächste Bundesregierung eine investitionsfördernde Maßnahme wie eine befristete Investitionsprämie, eine befristete Erhöhung des Investitionsfreibetrages oder eine stark degressive Abschreibungsregel auf den Weg bringt. Gerade wenn es sich um Ersatzinvestitionen in klimafreundlichere Produktionsverfahren handelt, könnte eine solche Förderung eine Anschubwirkung entfalten. Zudem dürften die gesamtwirtschaftlichen Multiplikatoreffekte einer Investitionsförderung konjunkturbedingt eher überdurchschnittlich ausfallen, wenngleich im Falle Österreichs gewisse Streuverluste ins Ausland zu erwarten wären.

<sup>2)</sup> [https://www.bmk.gv.at/themen/energie/publikationen/szenarien\\_gasversorgung.html](https://www.bmk.gv.at/themen/energie/publikationen/szenarien_gasversorgung.html).

## Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

**Rückfragen:** [astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at), [christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at), [martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)

### Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

### Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres ( $t_0$ ) auf die Veränderungsrate des Folgejahres ( $t_1$ ). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres  $t_1$ , wenn das BIP im Jahr  $t_1$  auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres  $t_0$  (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

### Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

### Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

### Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

### WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

### Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

### Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

## Konjunkturreport Einzelhandel

Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl



**WIFO** ■  
In Auftrag gegeben von:  
**HANDELS  
VERBAND**

### Konjunkturreport Einzelhandel

**Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl**  
Wissenschaftliche Assistenz: Martina Einsiedl

Oktober 2024  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Der Konjunkturreport Einzelhandel stellt einmal pro Quartal wesentliche Konjunkturinformationen für den Einzelhandel bzw. Handel insgesamt zusammen. Eine laufende Konjunkturbeobachtung und -berichterstattung ist von hoher Relevanz, um den Handelsbetrieben sowie der interessierten Öffentlichkeit aktuelle Daten und Analysen liefern zu können. Der aktuelle Bericht zeigt, dass die heimische Konjunktur im Herbst weiterhin schwach verlief. Nachdem die realen Einzelhandelsumsätze im Juli und August nahezu stagnierten, deuten Umfrageergebnisse im September 2024 eine leichte Aufhellung an. Die Stimmung der heimischen Konsument:innen blieb zuletzt jedoch weitgehend gedämpft, geprägt durch ein hohes Maß an Unsicherheit. Diese erhöht trotz kräftig gestiegener Haushaltseinkommen die Ersparnisbildung, sodass die Konsumnachfrage heuer insgesamt stagnieren dürfte.

Im Auftrag des Handelsverbandes Österreich • Oktober 2024 • 22 Seiten • Kostenloser Download:  
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54876715>

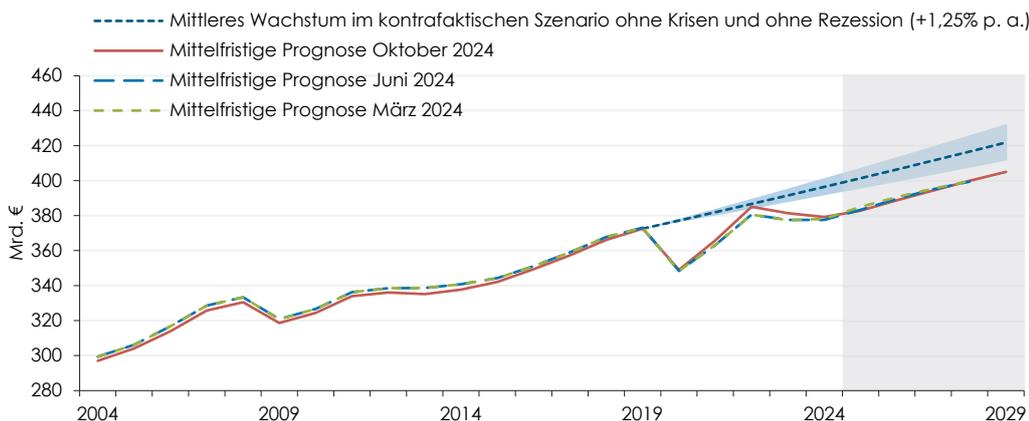
# Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft

## Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Mark Sommer

- Nach zwei Jahren Rezession wird Österreichs Wirtschaft 2025 um voraussichtlich 1% wachsen. Für 2026/2028 erwartet das WIFO ein reales BIP-Wachstum von 1½% p. a. 2029 dürfte es mit 1¼% noch leicht über dem Trendwachstum liegen.
- Da die Arbeitskräfteknappheit wieder zunimmt, wird die Arbeitslosenquote bis 2029 auf voraussichtlich 5,7% sinken.
- Die Inflation verlangsamt sich 2025 weiter, dürfte zur Jahresmitte den EZB-Zielwert von 2% erreichen und auch mittelfristig dort verharren.
- Das Budgetdefizit erreicht 2025 4% des nominellen BIP und wird über den gesamten Prognosehorizont durchschnittlich 3¾% p. a. betragen, womit die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes klar verfehlt werden.
- Die Staatsschuld dürfte bis 2029 um rund 107 Mrd. € auf gut 500 Mrd. € anwachsen. Damit wird die Staatsschuldenquote auf 86½% des BIP steigen (+6½ Prozentpunkte gegenüber 2024).

### Vergleich der mittelfristigen WIFO-Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



**"Durch die COVID-19-Krise, die Energiepreiskrise und die Rezession 2023/24 büßte Österreich deutlich an Wertschöpfung ein. Die Einbußen 2020/2029 liegen je nach den Annahmen zum durchschnittlichen Wachstum im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und ohne Rezession zwischen 105 und 215 Mrd. €."**

Die österreichische Wirtschaft erlebte 2023/24 eine der längsten Rezessionen der Nachkriegszeit. 2025/2029 beträgt das BIP-Wachstum voraussichtlich 1¼% p. a. (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Blaue Schattierung: Wachstumstrichter im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und ohne Rezession: Obergrenze +1,5% jährliches BIP-Wachstum, Untergrenze +1% jährliches BIP-Wachstum).

# Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft

## Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Mark Sommer

### Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029

Österreichs Wirtschaft erholt sich nur langsam von der Rezession der Jahre 2023 (-1,0%) und 2024 (-0,6%). Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die Energiepreise und die Lohnstückkosten hierzulande höher. Dadurch wird insbesondere die energieintensive Exportwirtschaft auch mittelfristig Wettbewerbsnachteile haben. Die österreichische Wirtschaft wird daher jährlich um 0,2 Prozentpunkte schwächer wachsen als der Durchschnitt des Euro-Raumes. Das Trendwachstum beträgt laut der Methode der Europäischen Kommission  $\frac{3}{4}$ % p. a. ( $\emptyset$  2010/2019 +1,1% p. a.). Für 2025/26 erwartet das WIFO ein reales Wirtschaftswachstum von 1% bzw.  $1\frac{1}{2}$ %, für den gesamten Prognosezeitraum 2025/2029 von  $1\frac{1}{4}$ % p. a. ( $\emptyset$  2010/2019 +1,6% p. a.). Der private Konsum dürfte ab 2025 anziehen, im Prognosezeitraum um durchschnittlich  $1\frac{1}{2}$ % p. a. zulegen und so das Wirtschaftswachstum stützen. Der demografische Wandel verstärkt die Arbeitskräfteknappheit. Dies trübt einerseits die mittelfristigen Wachstumsaussichten, dämpft jedoch andererseits merklich die Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote unterschritt bereits 2022 das Vorkrisenniveau von 2019 und wird 2029 5,7% betragen. Der seit Ende 2021 beobachtete kräftige Preisauftrieb (2022 +8,6%, 2023 +7,8%,) verlangsamt sich 2024 auf 3,1%. Bis Mitte 2025 erreicht die Inflationsrate das 2%-Ziel der EZB und dürfte auch mittelfristig dort verharren ( $\emptyset$  2025/2029 +2% p. a.). Die Defizitquote liegt 2025 bei 4% des nominellen BIP und im gesamten Prognosezeitraum bei durchschnittlich 3%. Folglich steigt die Staatsschuld von 80% (2024) bis 2029 auf  $86\frac{1}{2}$ % des nominellen BIP.

### Competitive Disadvantages Slow Down Growth. Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2025 to 2029

Austria's economy is slowly recovering from the recession of 2023 (-1.0 percent) and 2024 (-0.6 percent). Compared to other European countries, energy prices and unit labour costs are higher in Austria. This will put the energy-intensive export industry in particular at a competitive disadvantage in the medium term. The Austrian economy will therefore grow by 0.2 percentage points p.a. less than the euro area average. According to the European Commission's method, trend growth is  $\frac{3}{4}$  percent p.a. ( $\emptyset$  2010-2019 +1.1 percent p.a.). WIFO expects real economic growth of 1 or  $1\frac{1}{2}$  percent for 2025-26 and  $1\frac{1}{4}$  percent p.a. for the entire forecast period 2025-2029 (average 2010-2019 +1.6 percent p.a.). Private consumption is likely to pick up from 2025, increasing by an average of  $1\frac{1}{2}$  percent p.a. in the forecast period and thus supporting economic growth. Demographic change is exacerbating the labour shortage. On the one hand, this is clouding the medium-term growth prospects, but on the other hand it is noticeably dampening unemployment: the unemployment rate already fell below the pre-crisis level of 2019 in 2022 and is expected to be 5.7 percent in 2029. The strong inflation observed since the end of 2021 (2022 +8.6 percent, 2023 +7.8 percent) will slow to 3.1 percent in 2024. The inflation rate will reach the ECB's 2 percent target by mid-2025 and is likely to remain there in the medium term ( $\emptyset$  2025-2029 +2 percent p.a.). The deficit ratio is 4 percent of nominal GDP in 2025 and an average of  $3\frac{1}{4}$  percent over the entire forecast period. As a result, government debt increases from 80 percent (2024) to  $86\frac{1}{2}$  percent of nominal GDP by 2029.

**JEL-Codes:** E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Der vorliegende Beitrag basiert auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2024 für die Jahre 2024 und 2025 (Schiman-Vukan & Ederer, 2024, in diesem Heft). Die Annahmen zur internationalen Entwicklung wurden am 10. September 2024 festgelegt. Weitere Informationen zur Entwicklung im Inland, die bis zum 2. Oktober 2024 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

**Begutachtung:** Marcus Scheiblecker, Margit Schratzenstaller, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger ([ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at)), Christine Kaufmann ([christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 29. 10. 2024

**Kontakt:** Josef Baumgartner ([josef.baumgartner@wifo.ac.at](mailto:josef.baumgartner@wifo.ac.at)), Serguei Kaniovski ([serguei.kaniovski@wifo.ac.at](mailto:serguei.kaniovski@wifo.ac.at)), Hans Pitlik ([hans.pitlik@wifo.ac.at](mailto:hans.pitlik@wifo.ac.at)), Mark Sommer ([mark.sommer@wifo.ac.at](mailto:mark.sommer@wifo.ac.at))

# 1. Internationale Rahmenbedingungen

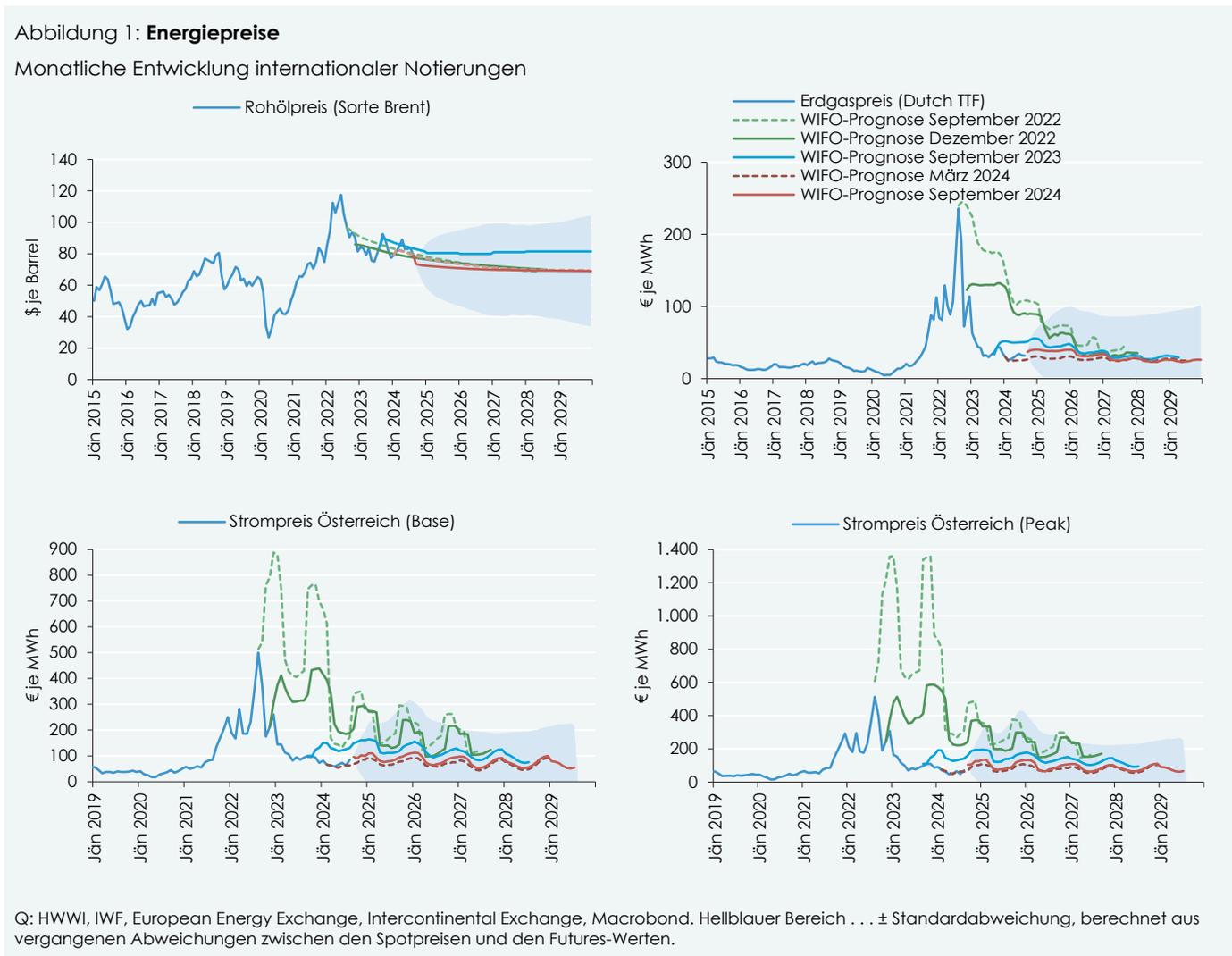
## 1.1 Annahmen zur Energiepreisentwicklung

In der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose 2024/25 vom Oktober 2024 (Schiman-Vukan & Ederer, 2024) wurde unterstellt, dass Russland weiterhin Erdgas in die EU liefert<sup>1)</sup>. Aus Konsistenzgründen bleibt diese Annahme auch für die Fortschreibung der Prognose für den Zeitraum 2026/2029 aufrecht. Der Anteil russischen Erdgases im importierten Energiemix dürfte jedoch bis 2027 deutlich zurückgehen (Österreichische Energieagentur, 2022).

In Abbildung 1 wird die in früheren WIFO-Prognosen unterstellte Preisentwicklung für Rohöl, Erdgas und Strom mit den Preispfaden verglichen, die der vorliegenden Prognose zugrunde liegen. Sie basieren auf den

(durchschnittlichen) Markterwartungen, wie sie in den Notierungen der Futures-Kontrakte abgebildet werden. Das WIFO unterstellt für 2025 einen **Rohölpreis** von 71,5 \$ je Barrel (Sorte Brent; Jahresdurchschnitt) und bis 2029 einen Rückgang auf 69 \$. Die Großhandelspreise für **Erdgas und Strom** (gemäß Dutch TTF bzw. den Strom-Futures für Österreich) sind seit Oktober 2022 drastisch gesunken<sup>2)</sup> und auch die mittelfristigen Preisermutungen haben inzwischen deutlich nachgegeben<sup>3)</sup>. Für 2025 rechnet das WIFO nach dem kräftigen Rückgang 2024 (-19% bzw. -22%) mit einem erneuten Anstieg der Großhandelspreise für Erdgas (+18%) und Strom (Base +18½% gegenüber dem Vorjahr). In den Folgejahren dürften die Gas- und Strompreise wieder leicht sinken.

**Energie bleibt auch mittelfristig teuer: Erdgas dürfte im Zeitraum 2025/2029 rund 1½-mal so viel und Strom doppelt so viel kosten wie noch 2018/2020.**



<sup>1)</sup> In der ersten Jahreshälfte 2021 hatte die EU wöchentlich noch rund 3.000 Mio. m<sup>3</sup> russisches Erdgas importiert. 2023 waren es 500 Mio. m<sup>3</sup> und im III. Quartal 2024 rund 650 Mio. m<sup>3</sup> pro Woche (Zachmann et al., 2024).

<sup>2)</sup> Im September 2022 waren die Erdgaspreise noch 5¼-mal und die Strompreise 4½-mal so hoch wie im September 2024.

<sup>3)</sup> Im Oktober 2022 waren die Preisermutungen für Erdgas und Strom (Base) für 2024 4¼-mal, für 2025 2¼-mal und für 2026 1¼- bis 2¼-mal so hoch wie jene, die der vorliegenden Prognose zugrunde liegen.

Die EZB wird ihre Geldpolitik weiter lockern. Der Dreimonatszinssatz sinkt bis 2026 auf 2½% und dürfte bis 2029 auf diesem Niveau verbleiben. Die Sekundärmarktrendite auf 10-jährige deutsche Bundesanleihen wird bis 2029 auf knapp 3% zulegen.

Energie wird jedoch auch mittelfristig teuer bleiben als vor dem Energiepreisschock 2021/22: Erdgas dürfte im europäischen Großhandel 2025/2029 durchschnittlich 1¾-mal so viel und Strom doppelt so viel kosten wie im Zeitraum 2018/19. In den USA dürften die Großhandelspreise für Erdgas (gemäß Henry-Hub) dagegen nur leicht über dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie zu liegen kommen. Damit wird Erdgas in den USA deutlich billiger bleiben als in Europa – 2025 um voraussichtlich 75% und 2029 um 56%. Der erhebliche Wettbewerbsnachteil der energieintensiven exportorientierten Industrie gegenüber der Konkurrenz in Übersee wird sich zwar weiter verringern, aber über den gesamten Prognosehorizont bestehen bleiben.

### 1.2 Annahmen zur Geldpolitik

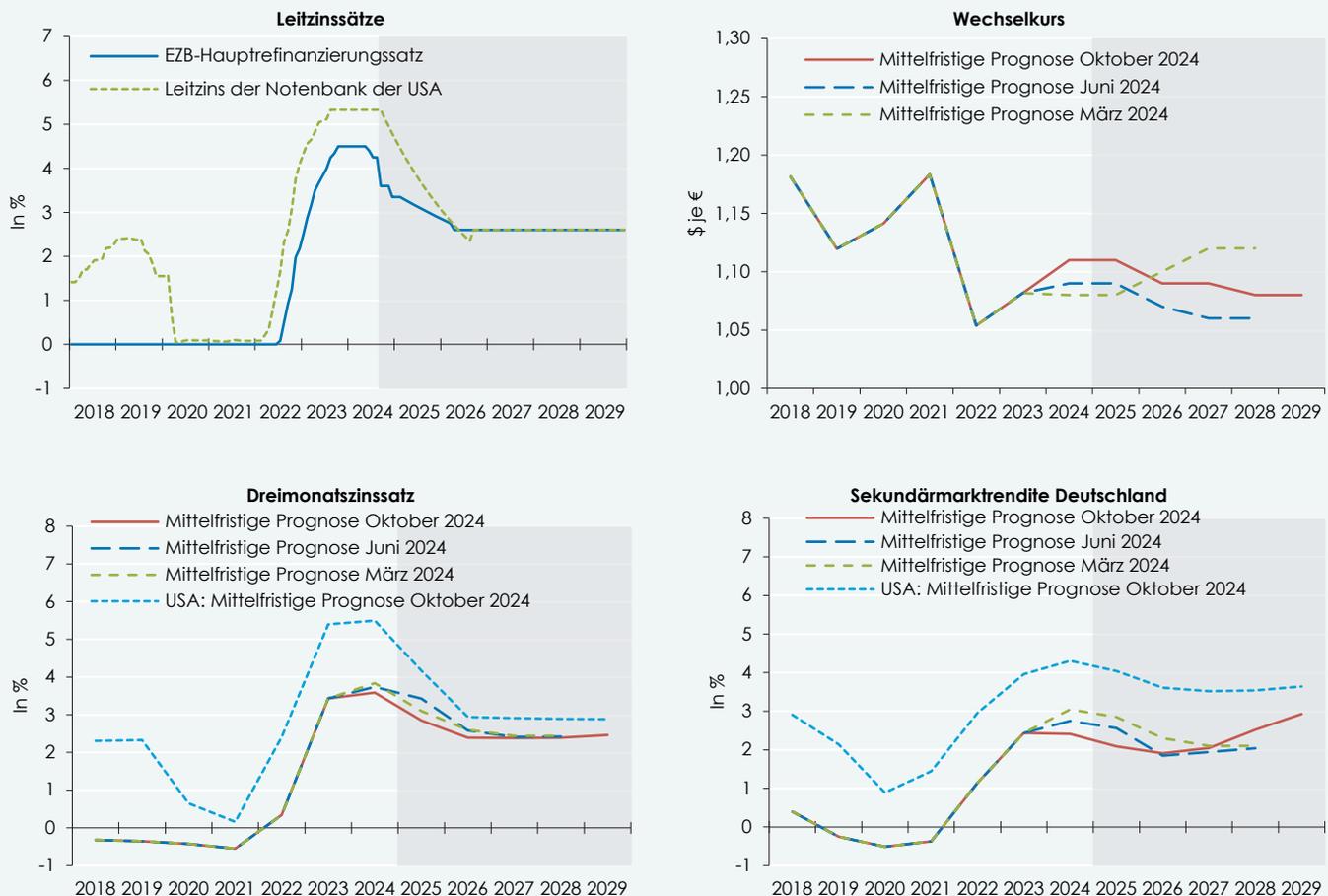
Hinsichtlich der **Geldpolitik der USA** erwartet das WIFO für 2024/25 auf der Basis eines adaptierten Taylor-Regel-Modells weitere Zinssenkungen, wodurch der Dreimonatszinssatz von 5½% im Jahr 2024 bis 2026 auf 3% zurückgeht und in den Folgejahren annah-

megemäß auf diesem Niveau verbleibt (Abbildung 2).

Im **Euro-Raum** wird die **Geldpolitik** ebenfalls weiter gelockert. Mit dem Hauptrefinanzierungssatz sinkt auch der Dreimonatsgeldmarktsatz (von 3½% 2024 auf 2½% 2026/2029). Die Sekundärmarktrendite auf 10-jährige deutsche Bundesanleihen dürfte von 2½% im Jahr 2024 auf 2% (2025/2027) zurückgehen und bis zum Ende des Prognosezeitraumes wieder auf knapp 3% ansteigen. Damit wird die Phase einer inversen Zinsstruktur, in der die kurzfristigen Zinsen höher sind als die langfristigen, noch länger anhalten. Der verstärkte Abbau der im Zuge des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) angekauften Staatsanleihenbestände wird bis zum Ende des Prognosezeitraumes eine Normalisierung des Zinsgefüges zur Folge haben.

Der **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** bleibt auf Basis der Konjunktur- und Zinsentwicklung in den beiden Wirtschaftsräumen nahezu konstant (2025: 1,11 \$, 2029: 1,08 \$ je Euro).

Abbildung 2: Monetäre Rahmenbedingungen



Q: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank, Oxford Economics, WIFO-Berechnungen.

### 1.3 Annahmen zur internationalen Konjunktur

Belastet von den Energiepreisschocks (ab 2021), der Wende in der Geldpolitik (ab Frühjahr bzw. Sommer 2022) und den inflationsbedingten Kaufkraftverlusten der privaten Haushalte (2022/23) trübte sich die Konjunktur ab Mitte 2022 ein, insbesondere in Europa. In den **fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Ländern bzw. Ländergruppen** (Euro-Raum, MOEL 5, USA, China, Schweiz) wuchs das reale BIP 2023 um lediglich 0,8% (exportgewichtet; 2022 +3,4%, Ø 2010/2019 +2,1% p. a.; Übersicht 1). Mit dem Rückgang der Energiepreise und der Verbesserung der Finanzierungsbedingungen durch sinkende Kreditzinssätze sollte verzögert auch das Marktwachstum wieder an Schwung gewinnen. Bis 2026/27 erreicht es in den fünf wichtigsten Partnerländern (Ländergruppen) voraussichtlich 2% p. a., um sich in den Folgejahren etwas abzuschwächen und dem Trendoutput anzunähern<sup>4)</sup>.

Für den **Euro-Raum** erwartet das WIFO 2024 ein Wirtschaftswachstum von ¾% und im Zeitraum 2025/2029 eine Beschleunigung auf +1½% p. a. In den **MOEL 5** dürfte das BIP-

Wachstum 2024 2½% betragen und bis 2026 auf 3½% zunehmen. In den Folgejahren wird es sich auf 2¼% p. a. verlangsamen (Abbildung 3).

**Chinas** Wirtschaft nahm 2023 nach Überwindung der COVID-19-Krise wieder Fahrt auf (+5,2%). Bis 2029 dürfte sich das Wachstum aufgrund verschiedener struktureller Herausforderungen (Lui, 2024) auf 3¼% abschwächen.

Die Wirtschaft der **USA** hängt kaum von russischer Energie ab, weshalb sie im Gegensatz zu Europa keinen Wachstumseinbruch durch Energiepreisanstiege und den Ukraine-Krieg erlitt. Die USA werden weiterhin von der Verlagerung der europäischen Energienachfrage von russischem Pipeline-Erdgas zu Flüssiggas (LNG) sowie von Standortverlagerungen energieintensiver Industriezweige nach Übersee profitieren. Konjunkturbelebend wirken die noch immer starken fiskalpolitischen Impulse (Anti-Inflation Act, CHIPS and Science Act), die vor allem die Investitionstätigkeit stützen. Vor diesem Hintergrund wird die Wirtschaft der USA im Zeitraum 2025/2029 um durchschnittlich 2% p. a. wachsen.

In den für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländern beschleunigt sich das Wirtschaftswachstum von 0,8% (2023) auf 2% p. a. (2026/27). Danach schwächt es sich leicht ab.

#### Übersicht 1: Internationale Konjunktur

		Ø 2010/ 2019	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Euro-Raum		+ 1,4	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4
MOEL 5 <sup>1)</sup>		+ 3,2	+ 2,0	+ 2,8	+ 0,2	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2
USA		+ 2,4	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0
Schweiz		+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7
China		+ 7,7	+ 4,7	+ 3,9	+ 5,2	+ 4,6	+ 4,2	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,7
Insgesamt, exportgewichtet <sup>2)</sup>		+ 2,1	+ 1,5	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7
<b>Annahmen zur Prognose</b>											
Rohölpreis, Brent	\$ je Barrel	80	75	70	82	80	72	71	70	70	69
Erdgaspreis, Dutch TTF	€ je MWh	.	50	30	41	33	39	33	28	25	25
Strompreis Österreich											
Base	€ je MWh	.	117	78	102	79	94	85	76	72	64
Peak	€ je MWh	.	123	89	104	81	103	95	87	83	75
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,11	1,09	1,08	1,11	1,11	1,09	1,09	1,08	1,08
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	1,3	2,5	3,4	3,6	2,9	2,4	2,4	2,4	2,5
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,1	1,0	2,3	2,4	2,4	2,1	1,9	2,1	2,5	2,9

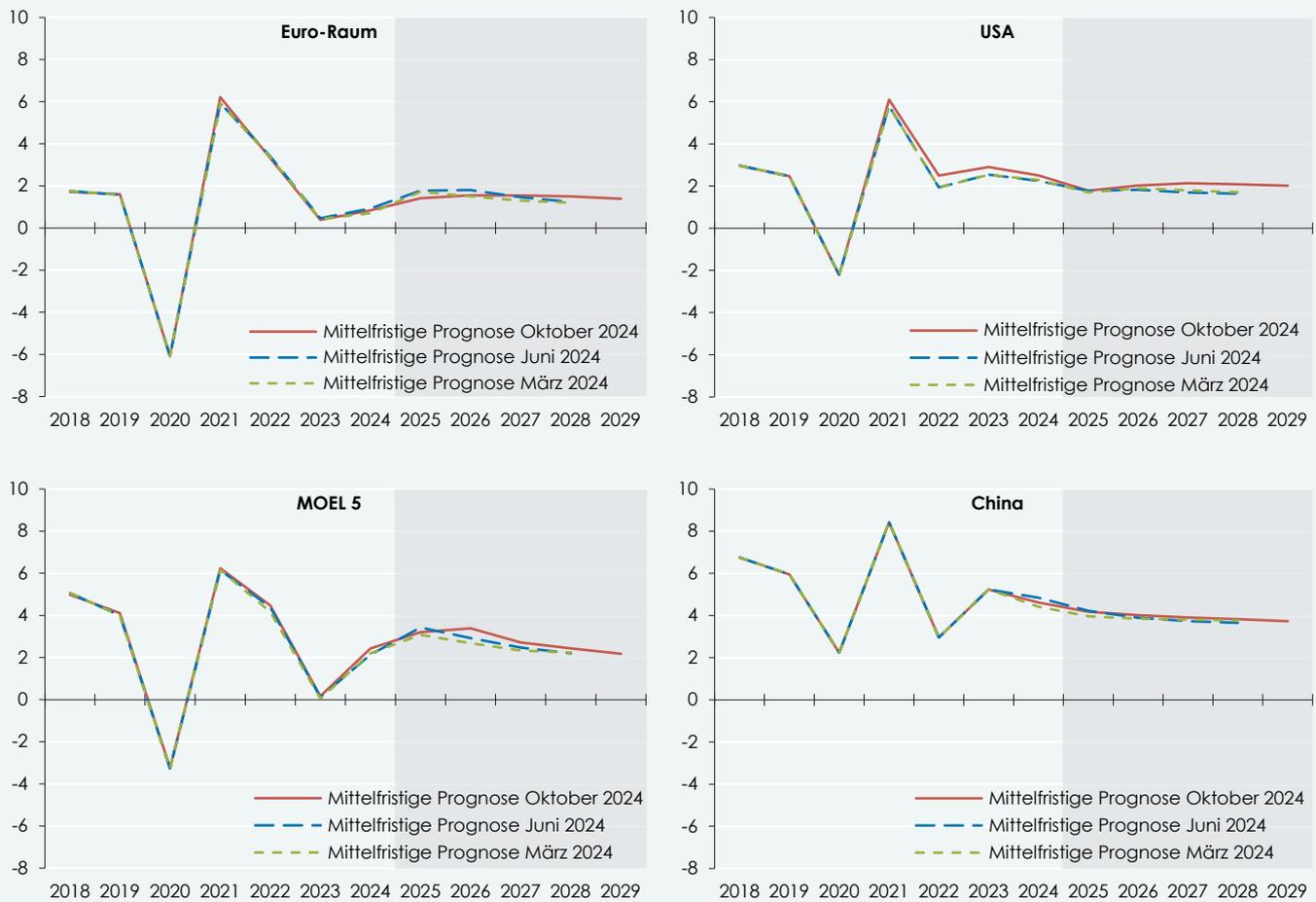
Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – <sup>2)</sup> Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

<sup>4)</sup> Für die Jahre 2024/25 wurden die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft von Schiman-Vukan & Ederer (2024) übernommen. Für die Periode 2026 bis 2029 basieren sie auf einer durch das

WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario) vom 11. September 2024.

Abbildung 3: Angenommene Wirtschaftsentwicklung in vier wichtigen Handelspartnerregionen

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen, Oxford Economics. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

## 2. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Aufbauend auf der kurzfristigen Konjunkturprognose für 2024 und 2025 (Schiman-Vukan & Ederer, 2024, in diesem Heft) und auf Basis der Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 1) sowie zur Fiskalpolitik in Österreich (Kapitel 2.5) für die Jahre 2026 bis 2029 wird die wirtschaftliche Entwicklung bis 2029 prognostiziert. Es handelt sich um eine modellgestützte Expert:innenprognose unter Einsatz des WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005). Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich folgt das WIFO in seinen Prognosen einer semi-restriktiven "No-Policy-Change"-Annahme<sup>5)</sup>.

<sup>5)</sup> Im Allgemeinen werden nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen berücksichtigt. Unter bestimmten Umständen wird von dieser Regel abgewichen (daher semi-restriktiv): Erstens dann, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse,

Die Aussichten für die europäische und die österreichische Wirtschaft haben sich seit den letzten Updates der mittelfristigen Prognose vom März bzw. Juni 2024 (Baumgartner et al., 2024; Baumgartner, 2024) weiter eingetrübt. Trotz der Verbesserung der internationalen Konjunktur und einer Belebung des privaten Konsums wird sich die österreichische Wirtschaft **nur langsam von der Rezession 2023/24 (-1% bzw. -0,6%) erholen**. Für **2025** erwartet das WIFO ein Wirtschaftswachstum von **1%**, für den **Zeitraum 2025/2029** einen **durchschnittlichen jährlichen BIP-Zuwachs von 1¼%** (Ø 2010/2019 +1,6% p. a.; Übersicht 2).

wenn für deren Umsetzung eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und zweitens, wenn zur betreffenden Regelung sowohl ein klarer Zeitplan und auch hinreichend detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

## Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2010/ 2019	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Veränderung in % p. a.										
Bruttoinlandsprodukt										
Real	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,3	- 1,0	- 0,6	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3
Nominell	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,3	+ 5,6	+ 3,7	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,2
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 4,7	+ 2,0	+ 7,8	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,0	+ 2,0	+ 6,6	+ 4,3	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme <sup>1)</sup>	+ 3,5	+ 5,8	+ 3,3	+ 8,3	+ 7,9	+ 4,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,9
Pro Kopf, real <sup>2)</sup>	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	- 0,9	+ 4,6	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR <sup>3)</sup>	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>4)</sup>	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7
In %										
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	5,6	5,5	5,0	5,1	5,2	5,3	5,2	5,0	4,9	4,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,5	6,5	6,4	7,0	7,2	6,9	6,6	6,2	5,7
In % des BIP										
Außenbeitrag										
	3,2	1,7	2,0	2,1	2,4	2,5	2,2	1,9	1,7	1,6
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition										
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 1,5	- 4,7	- 3,8	- 2,6	- 3,7	- 4,0	- 3,7	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 1,4	- 3,9	- 3,5 <sup>7)</sup>	- 2,5	- 2,9	- 3,3	- 3,2	- 3,5	- 3,8	-
WIFO-Methode <sup>8)</sup>	- 1,5	- 4,0	- 3,5	- 2,5	- 2,8	- 3,1	- 3,2	- 3,4	- 3,7	- 3,8
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 1,1	- 3,9	- 3,4 <sup>7)</sup>	- 2,5	- 2,9	- 3,3	- 3,2	- 3,5	- 3,8	-
WIFO-Methode <sup>8)</sup>	- 1,2	- 4,0	- 3,4	- 2,5	- 2,8	- 3,1	- 3,2	- 3,4	- 3,7	- 3,8
Staatsschuld										
	81,1	80,5	84,4	78,6	80,1	82,4	83,4	84,4	85,4	86,6
In % des verfügbaren Einkommens										
Sparquote der privaten Haushalte										
	8,0	10,7	10,4	8,7	11,4	11,5	11,0	10,5	9,9	9,3
Veränderung in % p. a.										
Trendoutput, real										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,8 <sup>7)</sup>	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	-
WIFO-Methode <sup>8)</sup>	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1
In % des Trendoutputs										
Outputlücke, real										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 0,1	- 1,4	- 0,6 <sup>7)</sup>	- 0,2	- 1,4	- 1,1	- 0,8	- 0,4	± 0,0	-
WIFO-Methode <sup>8)</sup>	- 0,0	- 1,2	- 0,6	- 0,2	- 1,6	- 1,5	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,0

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>2)</sup> Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – <sup>3)</sup> Beschäftigungsverhältnisse. – <sup>4)</sup> Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>5)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>6)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2024. Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2024. – <sup>7)</sup> Ø 2025/2028. – <sup>8)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2024 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Österreich dürfte damit über den Prognosehorizont etwas schwächer wachsen als der Durchschnitt der Euro-Länder (Abbildung 4). Dafür ist nach Einschätzung des WIFO in erster Linie eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch höhere Lohnsteigerungen und ein höheres Preisniveau für Energie verantwortlich. Daneben zeigen sich auch strukturelle Probleme, etwa bei der Integration von Migrant:innen, der Erwerbsbeteiligung (im Besonderen von Älteren und Frauen) sowie im Bildungssystem, die mittel- bis langfristig das Wirtschaftswachstum bremsen (Felbermayr, 2024).

Die Nettoeallöhne pro Kopf steigen 2024 um voraussichtlich 4½%, getragen zum einen durch kräftige Lohnerhöhungen und zum anderen durch fiskalische Maßnahmen (Ausgleich der kalten Progression, Senkung der 3. Tarifstufe der Einkommensteuersätze im Rahmen der ökosozialen Steuerreform 2022/2024). Die Entwicklung der Nettolöhne, die Maßnahmen zur Abfederung der Teuerung für Haushalte mit niedrigem Einkommen (Indexierung von Sozialleistungen, Heiz- und Wohnkostenzuschüsse), die Vermögenseinkommen und die Inflation bestimmen den Verlauf des **real verfügbaren Haushaltseinkommens**, das **2024 um 3¼% zunehmen**

**Auf die Rezession der Jahre 2023/24 folgen eine verhaltene Erholung (2025 +1%) und mittelfristig ein moderates Wachstum (2026/2029 +1½% p. a.).**

**Der private Konsum zieht nach einer Schwäche- phase in den Jahren 2023 (-1/2%) und 2024 (+0,1%) wieder an (2026/2028 +1 3/4% p. a.). 2029 schwächt sich der Zuwachs etwas auf 1 1/2% ab.**

dürfte. Der **private Konsum** wird 2024 jedoch noch stagnieren, wodurch die Sparquote auf 11 1/2% ansteigen (2023: 8%<sup>1</sup>, Ø 2010/2019: 8,0%) und auch noch 2025 auf diesem hohen Niveau verharren dürfte (Schiman-Vukan & Ederer, 2024). Ab 2026 sollte der private Konsum die wichtigste Wachstumsstütze darstellen. Ermöglicht wird dies durch die höhere Ersparnisbildung der Vorjahre und die etwas günstigere Konjunktur, die mit einem anhaltenden Rückgang der Arbeitslosigkeit einhergeht (siehe Kapitel 2.3). Die Sparquote sinkt in der Folge bis 2029 auf 9 1/4% (Abbildungen 5 und 6, Übersicht 2).

Die **Warenexporte** entwickeln sich üblicherweise im Einklang mit der internationalen

Konjunktur und der inländischen Industrieproduktion. Für 2024 wird für die wichtigsten Zielregionen (siehe Kapitel 1) ein Marktwachstum von 1 1/2% unterstellt. Die Exporte i. w. S. gehen 2024 um 2 1/4% zurück (Übersicht 3), wobei die Reiseverkehrsexporte noch stützend wirken (+1,0%). Die Erholung der Weltwirtschaft belebt auch den (Waren-)Export: 2025/2029 wachsen die Exporte i. w. S. um 2 1/2% p. a. (real). Die **Importe** i. w. S. hängen von der Inlandskonjunktur, den Exporten sowie der Nachfrage nach Investitions- und dauerhaften Konsumgütern ab. In den Jahren 2025 bis 2029 beträgt das Importwachstum voraussichtlich 2 3/4% p. a. Der Überschuss im Außenbeitrag verringert sich von 2 1/2% (2025) auf 1 1/2% des nominellen BIP (2029).

### Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2010/ 2019	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben										
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,6	- 0,5	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5
Staat	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,5	- 1,1	+ 1,7	- 3,2	- 2,8	+ 0,2	+ 2,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,4
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 3,8	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,4	- 1,5	- 0,6	+ 4,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,1
Bauten	+ 1,1	- 3,0	+ 1,0	- 9,3	- 4,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,5
Inländische Verwendung	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,5	- 3,5	- 0,3	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3
Exporte	+ 4,4	+ 1,0	+ 2,4	- 0,4	- 2,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,3
Importe	+ 4,2	+ 0,7	+ 2,7	- 4,6	- 1,9	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,4
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,3	- 1,0	- 0,6	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Abbildung 4: Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 5: Nachfrage und Einkommen

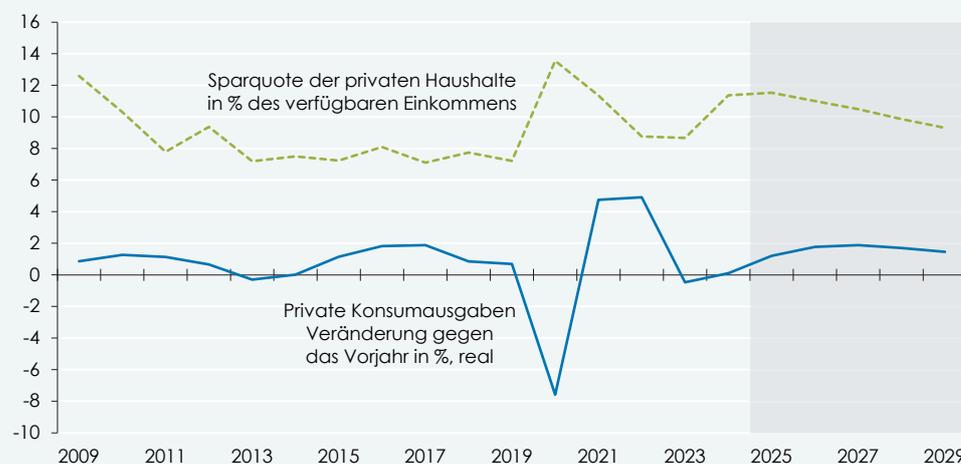


Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) dürften 2024 und 2025 um 1½% bzw. ½% schrumpfen. Der Rückgang folgt aus der Konjunkturschwäche, der Unsicherheit über die künftige Nachfrageentwicklung sowie der erschweren Selbstfinanzierung der Unternehmen infolge negativer Bruttobetriebsüberschüsse und hoher Zinssätze. Mit der Konjunkturerholung, der Senkung des Körperschaftsteuersatzes und der Einführung eines (Öko-)Investitionsfreibetrages sollte sich verzögert auch

das Investitionswachstum etwas beschleunigen (2026 +4%). Der Umstieg auf eine CO<sub>2</sub>-ärmere Produktionsweise erfordert zwar verstärkte Investitionen in die Energiewende, wegen der geopolitischen Unsicherheit, der Verschlechterung der Lohnstückkostenposition gegenüber wichtigen europäischen Mitbewerbern (siehe Kapitel 2.4) und der im EU-Vergleich erhöhten Energiepreise für Strom und Erdgas<sup>4)</sup> dürfte jedoch insbesondere die heimische Industrie zurückhaltend investieren (2027/2029 +2¼% p. a.).

Abbildung 6: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Abschwächung der Baukonjunktur, die schon im 2. Halbjahr 2022 eingesetzt hatte, führte 2023 (-9¼%) und 2024 (-4½%) zu einem Einbruch der **Bauinvestitionen**. Er traf vor allem den Wohnbau: durch die hohe Teuerung sanken 2023 die real verfügbaren Haushaltseinkommen und der Realwert der Ersparnisse, während die deutlich höheren Baupreise, die verschärften Kreditvergaberegeln und die gestiegenen Kreditzinssätze die Finanzierung von Wohnraum erschwerten und somit die Wohnbaunachfrage dämpften (Baumgartner et al., 2023). Ab 2025 erwartet das WIFO eine leichte Erholung der Bauinvestitionen (Ø 2025/2029 +1% p. a.), zum einen wegen des Rückgangs der Zinsen sowie der allgemeinen Konjunkturbelebung und zum anderen aufgrund von Nachholeffekten. Im privaten Bereich handelt es sich bei Investitionen in die Energiewende großteils um Bauinvestitionen. Dies dürfte die Baunachfrage etwas stabilisieren.

## 2.2 Trendoutput und Outputlücke

Das Wachstum des Trendoutputs entspricht dem mittelfristigen Wachstumspfad einer

Volkswirtschaft bei stabiler Inflation und Vollbeschäftigung. Der Trendoutput wird durch die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung, die Kapitalakkumulation, die strukturelle Arbeitslosenquote (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment – NAWRU) und die Gesamtfaktorproduktivität (TFP) bestimmt. Die strukturelle Arbeitslosenquote hängt von den Grenzkosten für Arbeit sowie von institutionellen und strukturellen Faktoren auf dem Arbeitsmarkt ab, welche die Lohnsetzung und die Flexibilität des Arbeitsmarktes beeinflussen (Hristov et al., 2017). Das TFP-Wachstum entspricht jenem Teil des Trendwachstums, der durch den Einsatz von Arbeit und Kapital nach konjunktureller Bereinigung nicht erklärt werden kann (Solow-Residuum, Abbildung 7). Die Outputlücke als prozentuelle Abweichung des BIP vom Trendoutput ist ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung und zeigt die konjunkturelle Lage einer Volkswirtschaft an. Eine Unterauslastung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit führt zu einer negativen Outputlücke und deutet auf einen sinkenden Inflationsdruck hin. Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Outputlücke liegt in der Beurteilung

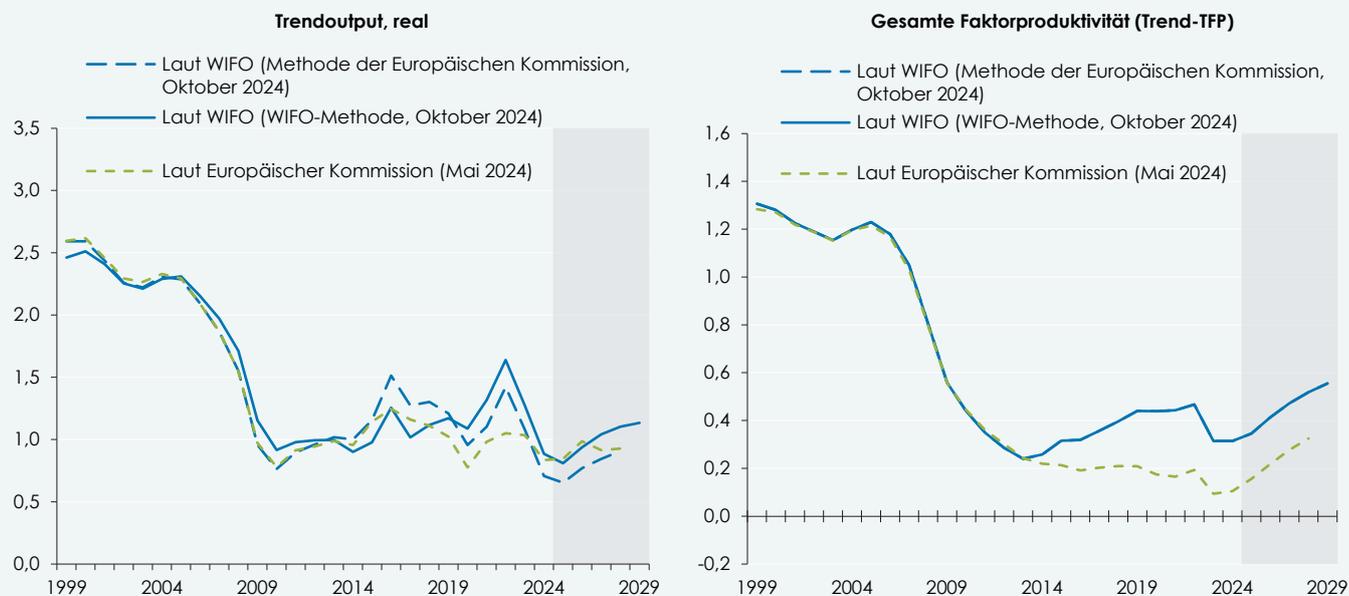
<sup>4)</sup> Siehe die europäische Energiepreisstatistik von Eurostat für Unternehmen: [https://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/energy\\_prices/enprices.html](https://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/energy_prices/enprices.html).

der zyklischen Wirkung der Fiskalpolitik. Eine antizyklische Fiskalpolitik dämpft die negativen Auswirkungen von Konjunkturschwankungen auf die Einkommen von privaten

Haushalten und Unternehmen und sichert die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen über den Konjunkturzyklus hinweg.

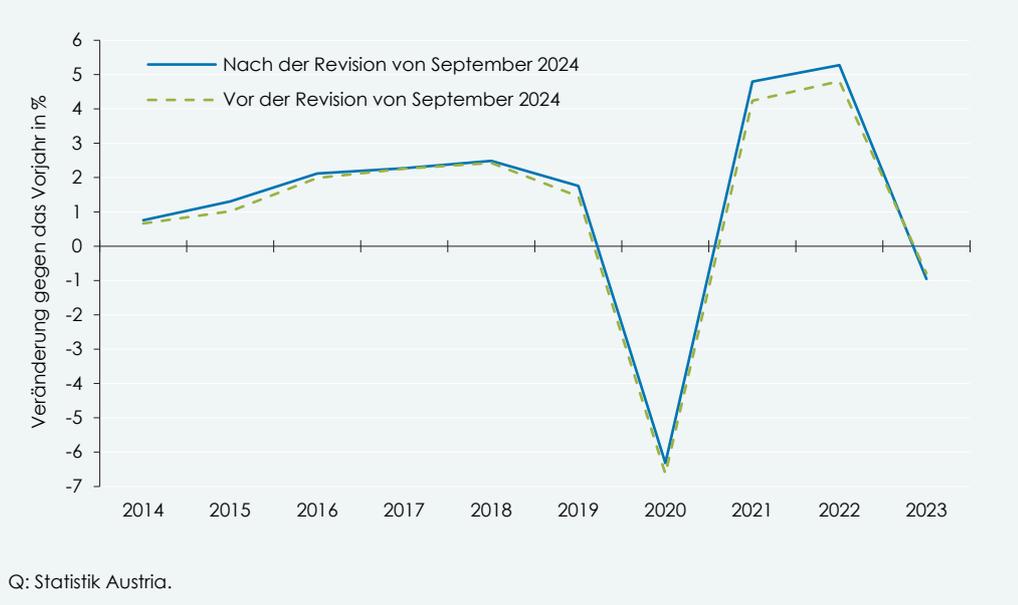
Abbildung 7: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2024 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2024, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2024.

Abbildung 8: **Revision der realen BIP-Entwicklung durch Statistik Austria**



Q: Statistik Austria.

Der Trendoutput ist nicht direkt beobachtbar und wurde mit ökonometrischen Verfahren auf Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für 1976/2023 und der WIFO-Prognose für 2024/25 geschätzt. Schätzungen des Trendoutputs sind mit erheb-

licher Unsicherheit behaftet, da die zugrunde liegenden Daten und Prognosen beträchtlichen Revisionen unterliegen. So wurde die gesamte VGR für die Jahre 1995 bis 2022 im Rahmen einer (europaweiten) Generalrevision aufgrund neuer Daten-

grundlagen bzw. angepasster Berechnungsmethoden überarbeitet. Statistik Austria (2024b, 2024c) revidierte das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 2019/2022 auf dieser Basis um 0,4 Prozentpunkte p. a. nach oben (2014/2022 +0,2 Prozentpunkte, Abbildung 8). Für 2023 wurde das reale BIP in der ersten VGR-Jahresrechnung auf Basis der neuen Berechnungsmethode gegenüber der vorläufigen vierteljährlichen VGR (nach alter Berechnungsmethode) um ¼ Prozentpunkt nach unten revidiert. Aufgrund dieser ungünstigeren Ausgangslage und der schwächer als erwarteten Konjunktur in der ersten Jahreshälfte 2024 senkte das WIFO seine Prognose des BIP-Wachstums für die Jahre 2024 und 2025 um jeweils rund ½ Prozentpunkt<sup>7)</sup>. Durch die Kombination einer Aufwärtsrevision der historischen VGR-Daten und einer Abwärtsrevision der Konjunkturprognose 2024/25 ergibt sich für den Zeitraum 2019/2025 eine Aufwärtskorrektur des Trendwachstums um 0,1 Prozentpunkt. Die Kapitalakkumulation und das Beschäftigungswachstum bleiben im Durchschnitt 2019/2025 gegenüber der mittelfristigen Prognose vom Juni 2024 unverändert.

Die Europäische Kommission schätzt den Trendoutput mit einem Produktionsfunktionsansatz, der Konjunkturschwankungen auf dem Arbeitsmarkt und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung berücksichtigt (Havik et al., 2014). Die WIFO-Schätzung nach der Methode der Europäischen Kommission ergibt für 2025/2028 ein durchschnittliches Trendwachstum von 0,8% p. a. und entspricht damit dem Prognosewert vom Juni 2024 (Baumgartner, 2024). Die Europäische Kommission schätzte in ihrer Prognose vom Mai 2024 das mittelfristige Trendwachstum in Österreich auf 0,9% p. a. (Ø 2025/2028; Europäische Kommission, 2024). Nach der Methode der Europäischen Kommission ist die Outputlücke seit 2023 negativ, was auf eine Unterauslastung der Gesamtkapazität hinweist. In den Jahren 2025 bis 2028 wird die Outputlücke gemäß der technischen Annahme der Kommission schrittweise geschlossen. Auch in den WIFO-Schätzungen schließt sich die Outputlücke gegen Ende des Prognosehorizontes, allerdings ergibt sich dies endogen aus dem Wachstumspfad.

#### Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2010/ 2019	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
<b>Methode der Europäischen Kommission<sup>1)</sup></b>											
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,2 <sup>2)</sup>	- 1,0	- 0,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	-
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,8 <sup>2)</sup>	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	-
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0 <sup>2)</sup>	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4 <sup>2)</sup>	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	-
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4 <sup>2)</sup>	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	-
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 1,4	- 0,6 <sup>2)</sup>	- 0,2	- 1,4	- 1,1	- 0,8	- 0,4	± 0,0	-
<b>WIFO-Methode<sup>3)</sup></b>											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,3	- 1,0	- 0,6	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,0	- 1,2	- 0,6	- 0,2	- 1,6	- 1,5	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,0
<b>Schätzung der Europäischen Kommission (Frühjahr 2024)</b>											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,2 <sup>2)</sup>	- 0,8	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	-
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9 <sup>2)</sup>	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	-
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3 <sup>2)</sup>	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	-
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4 <sup>2)</sup>	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	-
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2 <sup>2)</sup>	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	-
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 1,5	- 0,1 <sup>2)</sup>	- 0,5	- 1,0	- 0,3	- 0,2	- 0,1	± 0,0	-

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2024, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2024. – <sup>2)</sup> Ø 2025/2028. – <sup>3)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2024 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

<sup>7)</sup> Siehe dazu die Konjunkturprognose vom Oktober 2024 (Schiman-Vukan & Ederer, 2024) und jene von Juni 2024 (Baumgartner, 2024).

Übersicht 4 vergleicht die aktuelle WIFO-Schätzung laut der Methode der Europäischen Kommission mit deren eigener Schätzung vom Mai 2024, zerlegt in die Beiträge der TFP, der Arbeit und des Kapitals. In der WIFO-Schätzung leistet die Arbeitsmarktdynamik gegenwärtig keinen Beitrag zum Trendwachstum. Der Beitrag des Faktors Arbeit ist damit um 0,3 Prozentpunkte niedriger als in der Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission, jener des Kapitals ist gleich und jener der TFP ist um 0,2 Prozentpunkte höher. Beide Schätzungen unterstreichen die Beiträge der Kapitalakkumulation und des Produktivitätswachstums, die derzeit die wichtigsten Stützen des Trendwachstums sind.

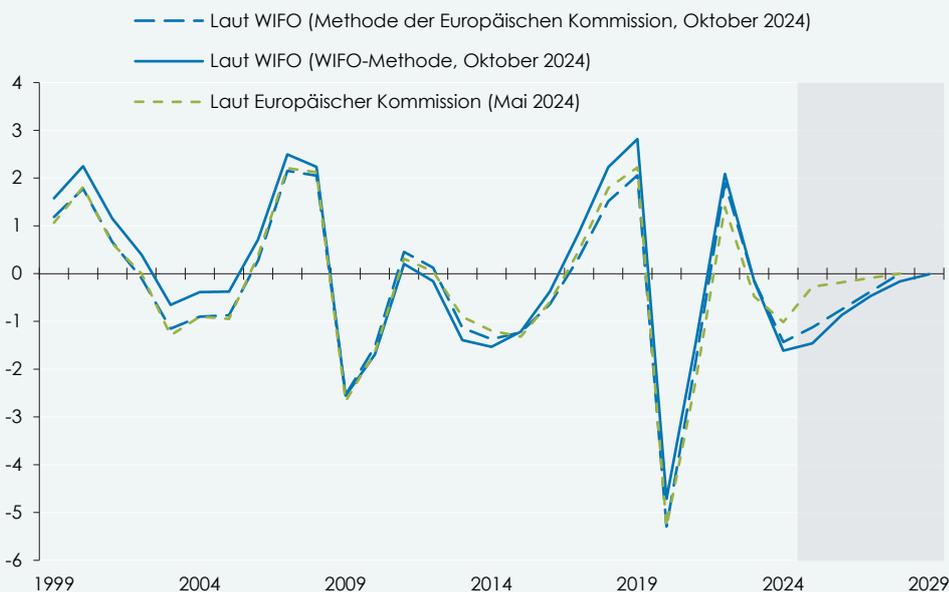
Die WIFO-Schätzung gemäß der Methode der Europäischen Kommission unterstellt

ausgehend von  $-1,4\%$  (2024) eine Schließung der Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes (Abbildung 9). In einer alternativen Schätzung ermittelt das WIFO eine Outputlücke, wie sie sich aus der mittelfristigen BIP-Prognose und dem geschätzten Trendoutput endogen ergibt. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker geglättet, um die Prozyklizität des geschätzten Produktionspotenzials zu verringern (Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022). Diese Schätzung gemäß **WIFO-Methode** ergibt ein etwas kräftigeres durchschnittliches **Trendwachstum** von **1,0% p. a. (2025/2029)**. Da das BIP-Wachstum über die gesamte Prognoseperiode am bzw. über dem Trendwachstum liegt, schließt sich die Outputlücke auch in dieser Variante.

Das WIFO erwartet für den Prognosezeitraum ein Trendwachstum von **1,0% pro Jahr (laut WIFO-Methode)**. Die Outputlücke (2024  $-1,6\%$ ) schließt sich bis **2029**, da das erwartete reale BIP-Wachstum bis **2029** wieder über dem Trendwachstum liegt.

Abbildung 9: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2024 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2024, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2024.

### 2.3 Arbeitsmarkt

Die Nachwirkung der Rezession führt 2024 zu einer Stagnation der unselbständigen aktiven **Beschäftigung** (+0,2%). Im Zuge der Konjunkturerholung verstärkt sich der Zuwachs 2025/2029 auf  $3\%$  p. a. (Übersicht 5). Der demografische Wandel verschärft im Prognosezeitraum die Arbeitskräfteknappheit. Die Erwerbsbevölkerung (15 bis 65 Jahre) schrumpft ab 2025 um  $0,4\%$  p. a., wodurch das Wachstum des **Arbeitskräfteangebotes** von  $0,8\%$  (2025) auf  $0,1\%$  (2029) zurückgeht. Da geburtenstarke Jahrgänge ins Pensions-

alter vorrücken und jüngere Kohorten schwächer besetzt sind, wird der Abfluss aus der Beschäftigung den Zufluss an neuen Arbeitskräften deutlich übersteigen (Horvath & Hyll et al., 2022).

Neben dieser quantitativen Angebotsverknappung wird sich in vielen Branchen auch der qualitative Mismatch verschärfen: Während vornehmlich Beschäftigte mit mittlerer Ausbildung (z. B. Lehrabschluss und betrieblicher Weiterbildung) aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, verfügen die neu eintretenden Arbeitskräfte deutlich öfter über höhere

Die Arbeitslosenquote dürfte nach der Rezession 2023 ( $6\frac{1}{2}\%$ ) bis 2029 auf  $5,7\%$  sinken, da sich die Konjunktur aufhellt und das Arbeitsangebot zurückgeht.

Ausbildungsabschlüsse. Insbesondere im Handwerk und im Handel dürfte es damit immer schwieriger werden, geeignetes Personal bzw. Lehrlinge zu finden (Horvath & Huber et al., 2022). Sollte der seit rund

15 Jahren beobachtete Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen anhalten (oder sich verstärken), würde dies das Arbeitsangebot zusätzlich verknappen (Statistik Austria, 2024a).

## Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise

	Ø 2010/ 2019	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
	In %									
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen <sup>1)</sup>	5,6	5,5	5,0	5,1	5,2	5,3	5,2	5,0	4,9	4,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,5	6,5	6,4	7,0	7,2	6,9	6,6	6,2	5,7
	Veränderung in % p. a.									
Unselbständig Beschäftigte laut VGR <sup>2)</sup>	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>3)</sup>	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7
Selbständige <sup>4)</sup>	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Arbeitslose	+ 1,5	- 0,2	- 3,7	+ 2,9	+10,3	+ 3,0	- 3,0	- 4,3	- 5,0	- 8,6
Produktivität <sup>5)</sup>	+ 0,4	- 0,5	+ 0,6	- 2,0	- 0,6	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6
Lohn- und Gehaltssumme <sup>6)</sup>	+ 3,5	+ 5,8	+ 3,3	+ 8,3	+ 7,9	+ 4,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,9
Pro Kopf, real <sup>7)</sup>	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	- 0,9	+ 4,6	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,7	+ 5,3	+ 2,0	+ 8,7	+ 8,5	+ 3,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 4,7	+ 2,0	+ 7,8	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,0	+ 2,0	+ 6,6	+ 4,3	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>2)</sup> Beschäftigungsverhältnisse. – <sup>3)</sup> Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>4)</sup> Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – <sup>5)</sup> BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – <sup>6)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>7)</sup> Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

**Die Inflation verlangsamt sich deutlich von 7,8% (2023) auf 3,1% (2024), erreicht Mitte 2025 den 2%-Zielwert der EZB und dürfte bis 2029 bei 2% verharren.**

Zusätzlich zur weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren, die u. a. aus der schrittweisen Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen ab 2024 und dem steigenden Qualifikationsniveau Älterer folgt, unterstellt das WIFO einen anhaltenden Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Er wird u. a. durch Einpendler:innen aus dem angrenzenden Ausland und Vertriebene aus der Ukraine getragen, die zunehmend in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden. Je nach Verlauf des Ukraine-Krieges könnte der Zustrom an Flüchtlingen noch zunehmen bzw. sich die Aufenthaltsdauer in Österreich verlängern. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung dürfte bis 2029 auf knapp 29% ansteigen (2010: 13,8%).

Die mittelfristige Verknappung des Arbeitsangebotes dämpft zwar das Trendwachstum, verringert aber auch die **Arbeitslosigkeit**: Die Arbeitslosenquote wird bis 2029 auf voraussichtlich 5,7% zurückgehen (2024: 7,2%).

### 2.4 Inflation und Löhne

Der Anstieg der Verbraucherpreise (gemäß VPI) war nach 2022 (8,6%) auch 2023 (7,8%)

außerordentlich kräftig. Der Schwerpunkt der Inflation verschob sich jedoch von den Energiepreisen<sup>8)</sup> zu den in der Kerninflation erfassten Bereichen. So waren 2023/24 im Besonderen die arbeitsintensiven Dienstleistungen für den Preisauftrieb verantwortlich. Nach 3,1% im Jahr 2024 schwächt sich die **Inflation bis Mitte 2025 auf 2%** ab und entspricht voraussichtlich auch mittelfristig dem EZB-Zielwert (Ø 2025/2029 +2% p. a., Übersicht 5).

Die europäischen Großhandelspreise für Rohöl, Erdgas und Strom gaben ab September 2022 deutlich nach (Kapitel 1.1). Mit deutlicher Verzögerung dämpfen die Preise für Haushaltsenergie 2024 auch in Österreich die Inflation. Die **Strompreislage** verringerte die Inflationsrate 2023 um rund ¼ Prozentpunkte. Mit ihrem Auslaufen ab Jänner 2025, der Rückführung der Energieabgabe für Gas und Strom auf das Normalniveau sowie der Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird **ab Jahresbeginn 2025 der Inflationsbeitrag der Energiepreise wieder zunehmen**.

Die kräftige Teuerung des Jahres 2023 spiegelt sich in den Lohnabschlüssen: die Bruttonominallöhne pro Kopf dürften 2024 um 7,8% gestiegen sein (2023 +6,9%). In arbeitsintensi-

<sup>8)</sup> 2022 trug der Bereich Energie 2,8 Prozentpunkte zur Inflationsrate (laut VPI) bei. Sein Anteil an der Gesamt-

inflation lag damit bei 33% – bei einem Gewicht im Warenkorb von lediglich 7,2%.

ven Bereichen wie dem **Dienstleistungs**sektor werden die deutlich höheren Arbeitskosten verstärkt auf die Verbraucherpreise überwälzt. Da die Inflation im Jahresverlauf 2024 zurückging und die Arbeitslosigkeit in der Rezession zunahm, ist **2025** im Vergleich zu den Vorjahren mit niedrigeren Lohnabschlüssen zu rechnen (+3,4%). Dies **dämpft** auch **nachhaltig den Beitrag der Kerninflation zur Gesamtinflation**.

In Österreich liegt den zeitlich gestaffelten Tarifverhandlungen (Bittschi, 2023) üblicherweise die Inflationsrate der letzten 12 Monate (rollierende Inflation) zugrunde. Die **Bruttoreallöhne pro Kopf** dürften daher in den kommenden Jahren zwar noch merklich ( $\bar{\text{Ø}} 2025/2029 +1/2\%$  p. a.,  $\bar{\text{Ø}} 2010/2019 +0,1\%$  p. a.) aber deutlich schwächer steigen als 2024 (+4½%). Kumuliert wird der Reallohnverlust der Jahre 2022/23 großteils ausgeglichen.

Für die Jahre 2025 (+1¼%) bis 2029 (+¼%) erwartet das WIFO eine Verlangsamung des Reallohnzuwachses, da sich der Abstand zwischen der rollierenden Inflation (als Grundlage der Lohnforderungen) und der erwarteten Inflation im Folgejahr verkleinern wird. Zusätzlich dämpft der langfristige Strukturwandel, der einen Beschäftigungsabfluss von der güterproduzierenden Industrie (mit höherem durchschnittlichem Lohnniveau) zu

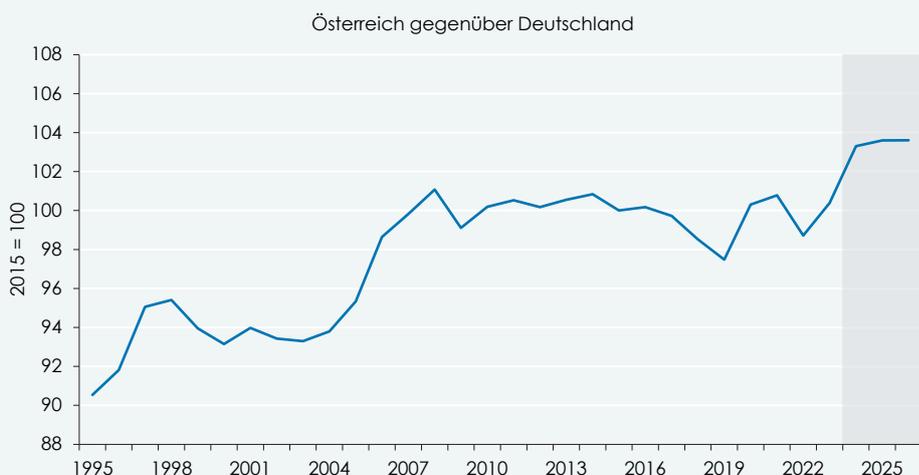
den Dienstleistungsbereichen mit sich bringt, den durchschnittlichen Lohnzuwachs. Im Vergleich zum Zeitraum 2010/2019, der Periode nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und vor der COVID-19-Krise, wird das durchschnittliche jährliche Reallohnwachstum 2025/2029 dennoch um knapp ½ Prozentpunkt höher sein. Darin spiegelt sich auch die erwartete Knappheit an Arbeitskräften als Folge des demografischen Wandels (Kapitel 2.3).

Die Lohnzuwächse erhöhen markant die **Lohnstückkosten**, wenngleich in abnehmendem Tempo (2024 +8½%, 2025 +3,1%, 2029 +1,6%,  $\bar{\text{Ø}} 2010/2019 +1,7\%$  p. a.). Die Reallohne (pro Kopf, 2025/2029 +½% p. a.) dürften daher im Prognosezeitraum im Ausmaß der Produktivität (+½% p. a.) wachsen.

Die **relative Lohnstückkostenposition** gegenüber den europäischen Handelspartnern verschlechterte sich nach einer Verbesserung 2021/22, die der niedrigen Inflation und dem in Österreich trägeren Lohnanpassungssystem geschuldet war, im Jahr 2023 deutlich (Bittschi & Meyer, 2024, in diesem Heft). In den Jahren 2024 bis 2026 dürfte sie sich vor allem gegenüber Deutschland weiter verschlechtern und die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industrie anhaltend belasten (Abbildung 10)<sup>9)</sup>.

Da die Inflation im Vorjahr hoch war, sich jedoch verlangsamt, steigen die Bruttoreallöhne pro Kopf 2024 um 4½%. Für die Folgejahre wird ein Reallohnzuwachs von durchschnittlich ½% p. a. erwartet ( $\bar{\text{Ø}} 2010/2019 +0,1\%$  p. a.).

Abbildung 10: Entwicklung der relativen Lohnstückkosten



Q: Statistik Austria, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2024), WIFO-Berechnungen.

## 2.5 Öffentlicher Sektor

Die Entwicklung des Staatshaushaltes wird in den kommenden Jahren einerseits durch hohe demografisch bedingte Transferausgaben und umfangreiche öffentliche Investi-

<sup>9)</sup> Diese Einschätzung fußt auf einem Vergleich der Lohnstückkosten auf der Basis der vorliegenden WIFO-Prognose und der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2024) für Deutschland. Für einen Vergleich mit

tionspakete und andererseits durch eine abgeschwächte Einnahmendynamik geprägt sein. Wenngleich die Verbraucherpreise 2025/2029 nur noch um 2% p. a. steigen werden, bleiben die budgetären Herausforde-

einer größeren Ländergruppe wären die Länderprognosen der Europäischen Kommission und der OECD geeignete Quellen, diese werden aber erst nach der Fertigstellung dieses Beitrages veröffentlicht.

**Das gesamtstaatliche Defizit liegt im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 3¾% des nominellen BIP über den Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die Staatsschuldenquote dürfte von 82½% (2025) bis 2029 auf 86½% des BIP steigen.**

rungen durch verschiedene strukturelle Faktoren (demografischer Wandel, Kinderbetreuung, Klimawandel, geopolitische Risiken) bestehen. Durch das Auslaufen der im Zuge der Teuerungs- und Energiepreiskrise beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen werden die öffentlichen Haushalte zwar spürbar entlastet, doch stehen einer nachhaltigen Budgetkonsolidierung hohe Belastungen durch zusätzliche Ausgabenbeschlüsse entgegen. Die gesamtstaatlichen Finanzierungssalden dürften daher im Prognosezeitraum weiter deutlich negativ bleiben.

Für das Jahr 2024 erwartet das WIFO einen negativen **Finanzierungssaldo** von 3,7% des

BIP. 2025 vergrößert sich das Defizit auf 4,0% (Übersicht 6, Abbildung 11). Ohne ein Gegensteuern seitens der Finanzpolitik wird das Budgetdefizit auch in den Folgejahren bis 2029 bei 3¾% des BIP liegen. Die **Staatsschuld** dürfte von 82,4% des BIP (2025) bis 2029 auf 86,6% zunehmen.

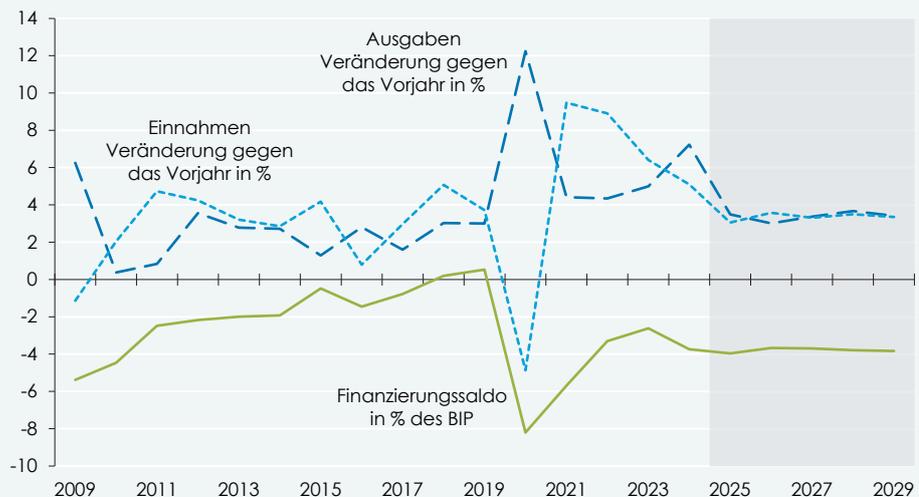
Die Staatsausgabenquote wird nach einem deutlichen Anstieg von 52,7% (2023) auf 54,5% des BIP (2024) bis 2029 weiter auf 54,7% des BIP zulegen. Sie bleibt somit dauerhaft über dem Niveau der Staatseinnahmen, die stabil etwa 50,7% des BIP betragen werden.

## Übersicht 6: Staat

	Ø 2010/ 2019	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Veränderung in % p. a.										
Laufende Einnahmen	+ 3,4	+ 4,9	+ 3,4	+ 6,4	+ 5,1	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,4
Laufende Ausgaben	+ 2,2	+ 6,6	+ 3,4	+ 5,0	+ 7,2	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,4
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,3	+ 5,6	+ 3,7	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,2
In % des BIP										
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,5	- 4,7	- 3,8	- 2,6	- 3,7	- 4,0	- 3,7	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission <sup>1)</sup>	- 1,4	- 3,9	- 3,5 <sup>2)</sup>	- 2,5	- 2,9	- 3,3	- 3,2	- 3,5	- 3,8	-
WIFO-Methode <sup>3)</sup>	- 1,5	- 4,0	- 3,5	- 2,5	- 2,8	- 3,1	- 3,2	- 3,4	- 3,7	- 3,8
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission <sup>1)</sup>	- 1,1	- 3,9	- 3,4 <sup>2)</sup>	- 2,5	- 2,9	- 3,3	- 3,2	- 3,5	- 3,8	-
WIFO-Methode <sup>3)</sup>	- 1,2	- 4,0	- 3,4	- 2,5	- 2,8	- 3,1	- 3,2	- 3,4	- 3,7	- 3,8
Staatsschuld	81,1	80,5	84,4	78,6	80,1	82,4	83,4	84,4	85,4	86,6

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2024, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2024. – 2) Ø 2025/2028. – 3) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2024 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 11: **Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates**  
Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen werden die **Staatsausgaben** in den kommenden Jahren durch verschiedene Investitions- und Konjunkturstützungsprogramme getrieben, die in den letzten Jahren beschlossen wurden. Dazu zählen die Wohnraum- und Bauoffensive, Klimaschutzmaßnahmen, Nachholinvestitionen in die Landesverteidigung sowie das kommunale Investitionspaket. Hinzu kommt ein erheblicher, aber noch schwer bezifferbarer Investitionsbedarf des Bundes (einschließlich der ÖBB), der Länder und der Gemeinden zur Behebung der Hochwasserschäden vom September 2024. Die erforderlichen budgetären Aufwendungen für die Instandsetzung und Schadenskompensation sind kurzfristig nicht vollständig absehbar, werden jedoch voraussichtlich die gewährten Kohäsionsmittel aus dem EU-Haushalt in Höhe von 0,5 Mrd. € deutlich übersteigen und vor allem die Budgets 2024/25 belasten. Die prognostizierte Ausgabenentwicklung ab 2025 ist neben den genannten Investitionen auch auf das weiterhin dynamische Wachstum monetärer Sozialleistungen – insbesondere der Ausgaben für Pensionen und Pflege – zurückzuführen, die 2025/2029 um durchschnittlich 4,4% pro Jahr steigen werden. Ihr Anteil am BIP nimmt dadurch von 18,5% (2023) auf 20,6% (2029) zu. Auch die Zinsausgaben, die bis 2029 auf 1,9% des BIP anwachsen werden (2023: 1,2%), tragen zu den hohen Defiziten bei. Die gesamten Staatsausgaben steigen 2025/2029 um 3,4% p. a.

Auf der **Einnahmenseite** zeigen sich die dämpfenden Wirkungen der ab 2023 eingeführten Anpassung der Tarifgrenzen und Absetzbeträge bei Lohn- und Einkommensteuern an die Inflation (Ausgleich der kalten Progression). Die Einnahmen aus direkten Steuern (Einkommen- und Vermögensteuern) werden 2025/2029 im Durchschnitt um 3,4% p. a. und damit deutlich langsamer wachsen als im Zeitraum 2020/2024 (+4,7% p. a.). Das ist auch darauf zurückzuführen, dass die in den letzten Jahren außergewöhnlich hohen Zuwächse der Körperschaftsteuereinnahmen angesichts der verhaltenen Gewinnentwicklung deutlich abflauen werden. Bei moderateren Lohnabschlüssen wird sich auch die Einnahmendynamik bei den Sozialabgaben auf +3,4% p. a. (2025/2029) verringern. Die Prognose der indirekten Steuern (Produktions- und Importabgaben) fällt mit +3,7% p. a. (Ø 2025/2029) etwas günstiger aus. Pro Jahr werden die Staatseinnahmen über den Prognosezeitraum 2025/2029 um durchschnittlich 3,4% wachsen.

Der **prognostizierte Budgetpfad** stellt die öffentliche Hand vor erhebliche Herausforderungen, da er deutlich über den Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes liegt und die **Einleitung eines Defizitverfahrens** durch die Europäische Kom-

mission daher sehr wahrscheinlich ist. Nach Aufhebung der "allgemeinen Ausweichklausel" ab 2024 werden die strukturellen Budgetvorgaben erheblich verfehlt, was den budgetären Spielraum der kommenden Bundesregierung stark einschränken wird. Auch die subnationalen Gebietskörperschaften stehen einem strukturell bedingten, hohen Ausgabendruck gegenüber. Die Verpflichtungen der Länder und Gemeinden, um die im Finanzausgleich 2024/2028 akkordierten Ziele in den Bereichen Umwelt, Wohnen und Elementarbildung zu erreichen und den Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegewesen gerecht zu werden, führten offenbar bereits im laufenden Jahr zu einem beträchtlichen Ausgabenzuwachs.

Angesichts der hohen Defizite und des prognostizierten Anstiegs der Staatsschuld wird Österreich in den kommenden Jahren gezwungen sein, verstärkt Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen. Der Konsolidierungsdruck betrifft nicht nur den Bund, sondern – trotz ihrer derzeit noch vergleichsweise günstigen Verschuldungssituation – auch die Bundesländer und Gemeinden. Die **Konsolidierung des Staatshaushaltes** ist insoweit eine **gesamstaatliche Aufgabe**, für deren nachhaltigen Erfolg das strategische Zusammenwirken aller Ebenen erforderlich ist.

## 2.6 Mittelfristige Prognose des Treibhausgasausstoßes

Im Herbst 2024 legt das WIFO erstmals eine mittelfristige Prognose der **Treibhausgasemissionen** vor. Das methodische Vorgehen wurde im folgenden Kasten umrissen und in Sommer et al. (2024a, 2024b) näher beschrieben.

Die Treibhausgasemissionen dürften 2024 abermals deutlich zurückgegangen sein. Ursächlich sind eine Reihe von Gründen, die allesamt emissionsmindernd wirken. Dazu zählen

- die milde Witterung zu Jahresbeginn,
- ein starker Rückgang des Einsatzes fossiler Energieträger für die Raumwärmeerzeugung,
- sehr günstige Bedingungen für die Stromproduktion aus Wind- und Wasserkraft,
- ein verstärkter Ausbau von Photovoltaikanlagen 2023/24,
- die schwache Konjunktur in der Warenherstellung sowie
- ein anhaltender Rückgang des Kraftstoffabsatzes.

Im Prognosezeitraum dürften die **Emissionen zwar weiter, aber schwächer sinken** als in den Jahren 2023/24. Einerseits wirken die bestehenden Trends – insbesondere der fortgesetzte Heizungsaustausch und der vermehrte Einsatz von Elektrofahrzeugen – deutlich emissionsmindernd. Andererseits wird von einer Rückkehr zu durchschnittlichen Witter-

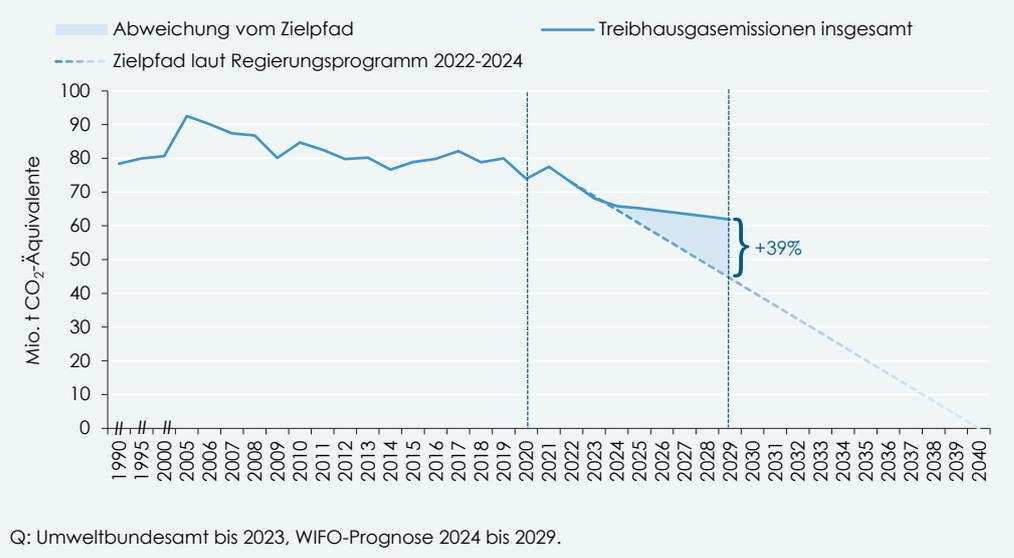
**Der Treibhausgasausstoß wird im Prognosezeitraum zwar weiter, aber schwächer sinken als 2023/24.**

ungsbedingungen und einer leichten Konjunkturerholung ausgegangen. Zudem befinden sich die Verstromung von Gas und der Kraftstoffexport im Tank bereits auf historisch niedrigen Niveaus, weshalb sich der Rückgang verlangsamten dürfte.

Insgesamt werden die Emissionen sinken, aber noch nicht deutlich genug, um den von der bisherigen Bundesregierung ange-

strebten Pfad der Klimaneutralität bis 2040 einzuhalten. Im Jahr 2029 dürfte der Ausstoß um 39% über dem Zielpfad liegen (Abbildung 12). Um ihm näher zu kommen, müssten bis zum Ende des Prognosehorizontes in den vier zentralen Bereichen (Mobilität, Raum- und Prozesswärme, Landwirtschaft) stärkere Fortschritte erzielt werden als derzeit erwartet.

Abbildung 12: Entwicklung der Treibhausgasemissionen bis 2029 und Zielpfad bis 2040



### Prognose der Treibhausgasemissionen – eine kurze Methodenbeschreibung

Zum Einsatz kommt das am WIFO entwickelte Modell ALICE (Austrian Laboratory to Investigate Carbon Emissions; siehe Sommer et al., 2021), das bereits seit 2020 für die Abschätzung von Treibhausgasemissionen und seit 2022 für die kurzfristige Treibhausgasprognose genutzt wird. ALICE ist ein strukturelles Modell, welches ein konsistentes Abbild von Wirtschaft, Energie und Emissionen darstellt<sup>1)</sup>. Grundsätzlich werden die realisierten Zeitreihendaten zum Verbrauch und Aufkommen von Energie fortgeschrieben.

Da Energie- und Emissionsdaten erst mit zweijähriger Verzögerung zur Verfügung stehen, erfolgt die Fortschreibung in zwei Schritten. Im ersten Schritt wird mittels zeitnaher Monatsdaten zum Absatz von Gas, Öl- und Kohleprodukten eine Nahzeitprognose (Nowcast) der Energienachfrage sowie der Emissionen des laufenden Jahres erstellt. Darauf baut im zweiten Schritt die Prognose der Emissionen bis 2029 auf. Sie berücksichtigt energierelevante Trends, die nach Wirtschaftszweigen disaggregierte mittelfristige Konjunkturprognose und eine Reihe von Annahmen zu absehbaren Entwicklungen. Die berechneten Verläufe zu Energieeinsatz und -aufkommen dienen zur Ableitung der Emissionen gemäß der Struktur der Nationalen Treibhausgasinventur. Die Prognose erfolgt unter der zentralen Annahme, dass die Emissionsintensität der eingesetzten Energieträger und Prozesse unverändert bleibt.

<sup>1)</sup> Dazu wird die WIFO-Konjunkturprognose mit Daten von Statistik Austria aus der Nutzenergieanalyse und der Gesamtenergiebilanz sowie Daten aus der Nationalen Treibhausgasinventur (<https://unfccc.int/ghg-inventories-annex-i-parties/2023>) zusammengeführt.

### 3. Prognoserisiken

**Der Ukraine-Krieg und der Nahost-Konflikt bergen weiterhin die bedeutendsten Abwärtsrisiken.**

Die größten Abwärtsrisiken bergen weiterhin der **Nahost-Konflikt** und der **Ukraine-Krieg**. Eine Ausweitung des Nahost-Konflikts auf die gesamte Region hätte über Lieferengpässe, höhere Transportkosten und eine deutliche Verteuerung von Rohöl negative Folgen für die Weltwirtschaft. Eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges könnte u. a. verstärkte Fluchtbewegungen, Liefereinschränkungen bei Erdgas und eine Ausweitung der EU-

Sanktionen auf russische Rohstoffe mit sich bringen.

Eine Ausweitung protektionistischer Maßnahmen in den bilateralen **Handelskonflikten** zwischen den USA, China und der EU hätte wegen der Verzahnung der Wertschöpfungsketten negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft.

**China** ringt weiterhin mit einer hohen Überschuldung von Unternehmen der Immobilienbranche und der Bauwirtschaft<sup>10)</sup>. Dies birgt nicht nur Risiken für die chinesische Konjunktur, sondern durch internationale Verflechtungen auch für die globalen Finanzmärkte.

Eine Okkupation Taiwans durch China hätte neben geostrategischen und sicherheitspolitischen auch drastische wirtschaftliche Folgen, vor allem für die Industrieländer (z. B. hinsichtlich der Verfügbarkeit von High-End-Computerchips).

Ein **Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken** würde dazu führen, dass sich die **österreichi-**

**schen Ausfuhren schwächer entwickeln** als in der Prognose unterstellt. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und die Einkommensentwicklung würden in diesem Fall ebenso gedämpft wie das Abgabenaufkommen, während die Staatsausgaben tendenziell höher ausfallen würden als angenommen.

Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme wurden in der vorliegenden Prognose keine Hypothesen zu zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen formuliert, etwa in den Bereichen Pflege, Pensionen, Integration, Bildung, Finanzausgleich oder Klimaschutz.

#### 4. Literaturhinweise

- Baumgartner, J. (2024). Österreich wächst schwächer als der Durchschnitt der Euro-Länder. Update der mittelfristigen Prognose 2024 bis 2028. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/news/oesterreich-waechst-schwaecher-als-der-durchschnitt-der-euro-laender> (abgerufen am 21. 7. 2024).
- Baumgartner, J., Bierbaumer, J., & Bilek-Steindl, S. (2023). Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen". *WIFO-Monatsberichte*, 96(1), 45-62. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/29858508>.
- Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniowski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops* (61-86), (5).
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., & Pitlik, S. (2024). Österreichische Wirtschaft expandiert mittelfristig nur schwach. Update der mittelfristigen Prognose 2024 bis 2028. *WIFO-Monatsberichte*, 97(4), 199-211. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51617514>.
- Bitschi, B. (2023). Lohnführerschaft in Österreich: Relikt der Vergangenheit oder sozialpartnerschaftlicher Dauerbrenner? *Wirtschaft und Gesellschaft*, 49(29), 79-101. <https://journals.akwien.at/index.php/wug/article/view/187/182>.
- Bitschi, B., & Meyer, B. (2024). Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023. *WIFO-Monatsberichte*, 97(10), 571-585. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55113938>.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.
- Europäische Kommission (2024). European Economic Forecast. Spring 2023. *European Economy, Institutional Papers*, (286).
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2024). Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2024: Deutsche Wirtschaft im Umbruch – Konjunktur und Wachstum schwach. <https://gemeinschaftsdiagnose.de/2024/09/26/gemeinschaftsdiagnose-herbst-2024-deutsche-wirtschaft-im-umbruch-konjunktur-und-wachstum-schwach/>.
- Felbermayr, G. (2024). Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität. *WIFO-Monatsberichte*, 97(9), 519-530. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54820544>.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).
- Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Mahringer, H., Piribauer, P., Sommer, M., & Weingärtner, S. (2022). *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2021 bis 2028*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/32632284>.
- Horvath, T., Hyll, W., Mahringer, H., Lutz, H., & Spielauer, M. (2022). *Ältere am Arbeitsmarkt: Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/19098022>.
- Hristov, A., Planas, C., Röger, W., & Rossi, A. (2017). NAWRU estimation using structural labour market indicators. *European Economy, Discussion Papers*, (69).
- Lui, Z. Z. (2024). China's Real Economic Crisis, Why Beijing Won't Give Up on a Failing Model. *Foreign Affairs*, 103(5). <https://www.foreignaffairs.com/china/chinas-real-economic-crisis-zongquan-liu>.
- Maidom, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, 45(1), 59-82.

<sup>10)</sup> Zusammen machen diese beiden Sektoren etwa ein Viertel des chinesischen BIP aus.

- Österreichische Energieagentur – AEA (2022). *Strategische Handlungsoptionen für eine österreichische Gasversorgung ohne Importe aus Russland*. [https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:13567ab2-19e1-4a76-9794-b8fd3c9533c2/Unabhaengigkeit-von-Gas-aus-Russland-Analyse\\_AEA\\_26-04-2022\\_final.pdf](https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:13567ab2-19e1-4a76-9794-b8fd3c9533c2/Unabhaengigkeit-von-Gas-aus-Russland-Analyse_AEA_26-04-2022_final.pdf).
- Schiman-Vukan, S., & Ederer, S. (2024). Rezession in Österreich hält sich hartnäckig. Prognose für 2024 und 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 97(10), 535-548. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55113782>.
- Sommer, M., Scheiblecker, M., & Sinabell, F. (2024a). Mittelfristige WIFO-Treibhausgasprognose – Hauptergebnisse (Arbeitsfibel). *WIFO Research Briefs* (mimeo).
- Sommer, M., Scheiblecker, M., & Sinabell, F. (2024b). Mittelfristige WIFO-Treibhausgasprognose – Ergebnisse und Methoden (Arbeitsfibel). *WIFO Working Papers* (mimeo).
- Sommer, M., Sinabell, F., & Streicher, G. (2021). Ein Ausblick auf die Treibhausgasemissionen in Österreich 2021 und 2022. *WIFO Working Paper*, (628). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4497366>.
- Statistik Austria (2024a). Detailtabellen zu geleisteter Arbeitszeit, Arbeitsvolumen, Überstunden – Zeitreihen, AKE 2023. [https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/13\\_Arbeitszeit\\_Arbeitsvolumen\\_Zeitlinien\\_bis2023.ods](https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/13_Arbeitszeit_Arbeitsvolumen_Zeitlinien_bis2023.ods).
- Statistik Austria (2024b). Bruttoinlandsprodukt 2023 um 1,0% gesunken. Pressemitteilung: 13 432-198/24. <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/09/20240930BIP2023.pdf>.
- Statistik Austria (2024c). Information zur Generalrevision 2024 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für Österreich. [https://www.statistik.at/fileadmin/pages/224/Informationen\\_zur\\_Benchmarkrevision\\_der\\_VGR\\_2024.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/pages/224/Informationen_zur_Benchmarkrevision_der_VGR_2024.pdf) (abgerufen am 30. 9. 2024).
- Zachmann, G., McWilliams, B., Keliuskaitė, U., & Sgaravatti, G. (2024). *European natural gas imports, Bruegel Data Set*. <https://www.bruegel.org/sites/default/files/2024-10/Gas%20Tracker%203010.zip> (abgerufen am 31. 10. 2024).

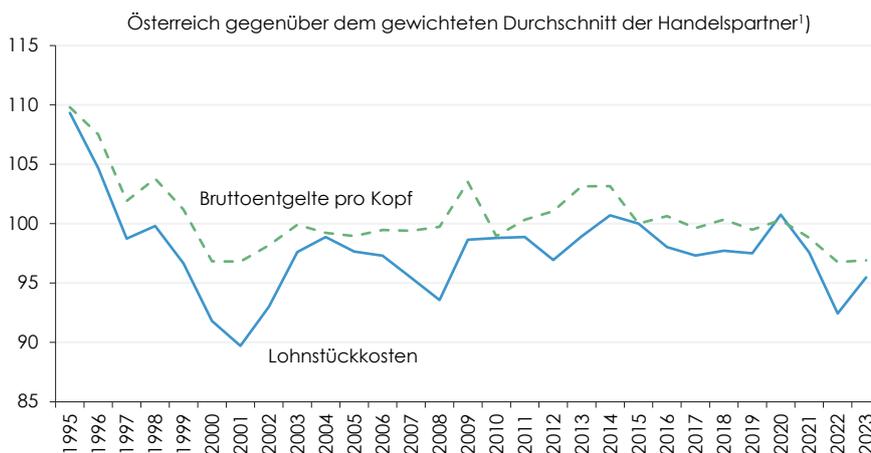
# Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

- Der Beitrag untersucht die Entwicklung der lohnbezogenen Wettbewerbsfähigkeit anhand der Lohnstückkostenentwicklung in Österreich im Vergleich zu den wichtigsten Handelspartnern.
- Die relative Lohnstückkostenentwicklung ist ein zusammenfassendes Maß von Veränderungen der Arbeitskosten, der Produktivität und des Wechselkurses.
- Österreichs nominell-effektiver Wechselkurs mit den wichtigsten Handelspartnern stieg im Jahr 2023 um 0,6%.
- Die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung erhöhten sich 2023 um 9,7%. Die relativen Lohnstückkosten verschlechterten sich damit sowohl gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (+3,3 Prozentpunkte) als auch gegenüber den EU-Handelspartnern (+1,9 Prozentpunkte).
- In den letzten zehn Jahren wuchsen die Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren um 0,4 Prozentpunkte p. a. langsamer als im Durchschnitt aller Handelspartner, aber um 0,2 bzw. 0,5 Prozentpunkte schneller als in Deutschland bzw. in Westeuropa.

## Entwicklung der relativen Lohn- und Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren

In €, 2015 = 100



**"Österreich weist im Durchschnitt der letzten fünf Jahre verglichen mit ähnlichen Volkswirtschaften die ungünstigste Entwicklung der Lohnstückkosten auf."**

Relativ zu den Handelspartnern stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung 2023 deutlich an (Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Handelspartner: EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan).

# Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

## Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023

Im Jahr 2023 stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Herstellung von Waren um 9,7% gegenüber dem Vorjahr. Dies impliziert eine deutliche Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten, sowohl gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (+3,3 Prozentpunkte) als auch gegenüber den EU-Handelspartnern (+1,9 Prozentpunkte). Auch verglichen mit dem wichtigsten Handelspartner Deutschland verschlechterten sich die relativen Lohnstückkosten (+4,6 Prozentpunkte). Lediglich gegenüber den osteuropäischen Handelspartnern war eine Verbesserung zu verzeichnen. Beeinflusst wird die Entwicklung gegenüber dem gewichteten Durchschnitt der Handelspartner vor allem durch eine schwächere Produktivitätsentwicklung in Kombination mit einer ungünstigen Entwicklung der Wechselkurse. Gegenüber Deutschland und den westeuropäischen Ländern resultiert die Verschlechterung hingegen vorrangig aus der dynamischeren Entwicklung der Arbeitskosten. In den letzten zehn Jahren wuchsen Österreichs Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren um 0,4 Prozentpunkte p. a. langsamer als im Durchschnitt aller Handelspartner, aber um 0,2 bzw. 0,5 Prozentpunkte schneller als in Deutschland bzw. in Westeuropa. Aufgrund der staatlichen Hilfsmaßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie bzw. zur Abfederung der hohen Inflation sind die Ergebnisse nach wie vor mit Vorsicht zu interpretieren.

**JEL-Codes:** F16, F31, J3, L6 • **Keywords:** Lohnstückkosten, preisliche Wettbewerbsfähigkeit, Warenherstellung

**Begutachtung:** Werner Hölzl • **Wissenschaftliche Assistenz:** Doris Steininger ([doris.steininger@wifo.ac.at](mailto:doris.steininger@wifo.ac.at)), Stefan Weingärtner ([stefan.weingaertner@wifo.ac.at](mailto:stefan.weingaertner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 11. 10. 2024

**Kontakt:** Benjamin Bittschi ([benjamin.bittschi@wifo.ac.at](mailto:benjamin.bittschi@wifo.ac.at)), Birgit Meyer ([birgit.meyer@wifo.ac.at](mailto:birgit.meyer@wifo.ac.at))

## Significant Increase in Relative Unit Labour Costs in 2023

In 2023, unit labour costs in the Austrian production of goods rose by 9.7 percent compared to the previous year. This is a significant deterioration in relative unit labour costs, both compared to the weighted average of all trading partners (+3.3 percentage points) and compared to EU trading partners (+1.9 percentage points). Relative unit labour costs also deteriorated compared to the most important trading partner, Germany (+4.6 percentage points). Unit labour costs only improved compared to the Eastern European trading partners. This development compared to the weighted average of trading partners is primarily due to a poorer productivity trend in combination with an unfavourable exchange rate development. Compared to Germany and the Western European countries, on the other hand, the dynamic development of labour costs is the main determinant of the poorer unit labour cost development. Over the last ten years, Austrian unit labour costs in the production of goods have grown 0.4 percentage points p.a. slower than the average for all trading partners, but 0.2 and 0.5 percentage points faster than in Germany and Western Europe respectively. Due to the government aid measures in the wake of the COVID-19 pandemic and the cushioning of high inflation, the data should still be interpreted with caution.

## 1. Die relativen Lohnstückkosten bilden die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Warenhandel ab

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften spielt die Interaktion von Produktionskosten, Produktivität und Wechselkursen eine wichtige Rolle. Die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Waren kann mit Hilfe der Veränderung der relativen Lohnstückkosten über die Zeit abgebildet werden. Bei den relativen Lohnstückkosten handelt es sich um einen Index, in welchem Veränderungen der Arbeitskosten, der Produktivität und des Wechselkurses in einem Indikator zusammengefasst und mit den um Wechselkursveränderungen bereinigten Lohnstückkosten (d. h. den Arbeitskosten je produzierte Einheit) der wichtigsten Handelspartner verglichen werden.

Die Lohnstückkosten sind jedoch nur ein partielles Maß der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Sektors oder gar einer gesamten Volkswirtschaft, da sie nur die preisliche bzw., genauer genommen, die lohnbezogene Dimension der Wettbewerbsfähigkeit abbilden. Wie einige ökonomische Untersuchungen (z. B. Carlin et al., 2001; Köhler-Töglhofer et al., 2017) zeigen, trägt die Veränderung der relativen Lohnstückkosten mittelfristig erheblich zur Erklärung von Handelsströmen und Verschiebungen der Marktanteile zwischen Handelspartnern bei. Andere Untersuchungen betonen allerdings die Bedeutung weiterer Faktoren, z. B. der Technologie und der Organisationsstrukturen, für die Entwicklung der Exporte und

Marktanteile, während sie Veränderungen der Lohnstückkosten nur eine begrenzte Erklärungskraft zuschreiben (Dosi et al., 2015).

Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um das jährlich erscheinende Update der Analyse der Lohnstückkostenentwicklung. Untersucht wird der Zeitraum von 1995 bis einschließlich 2023. Damit werden sowohl die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie als auch jene der Energie- und Inflationskrise auf die Entwicklung der Lohnstückkosten Österreichs relativ zu den wichtigsten Handelspartnern erfasst. Die Ergebnisse für die Krisenjahre 2020 bis 2023 sind allerdings sowohl im Zeitvergleich als auch im Vergleich mit den wichtigsten Partnerländern mit Vorsicht zu interpretieren. Dies ist auf länderspezifische Unterschiede in der Ausgestaltung, Umsetzung und zeitlichen Verbuchung der staatlichen Krisenmaßnahmen zurückzuführen.

Die Auswahl der Vergleichsländer ist durch die Verfügbarkeit von längeren Zeitreihen zu den Lohnstückkosten bzw. ihren einzelnen

Komponenten eingeschränkt. Die Untersuchung beschränkt sich deshalb auf die EU-Mitgliedsländer (mit Ausnahme von Malta) sowie Norwegen, die USA, das Vereinigte Königreich, Japan und Kanada. Diese 30 Länder decken rund zwei Drittel der österreichischen Importe und Exporte ab.

Mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für das Jahr 2023, die im September 2024 veröffentlicht wurde, wurden auch die Daten für die Jahre 1995 bis 2022 revidiert. Zudem wurde die Berechnung der Gewichte für die relativen Lohnstückkosten aktualisiert, um die Handelsverflechtungen möglichst zutreffend und aktuell abzubilden. Die Revision und die Anpassung der Gewichtungsberechnung hatten eine Korrektur einzelner Werte zur Folge, die Tendenz der Lohnstückkostenentwicklung blieb jedoch unverändert. Gegenüber der Analyse des Vorjahres (Bittschi & Meyer, 2023) zeigen die revidierten Daten eine etwas ungünstigere Entwicklung der relativen Lohnstückkosten in der österreichischen Industrie im Jahr 2022.

## 2. Der nominell-effektive Wechselkurs stieg 2023 um 0,6%

Ausgangspunkt für die Betrachtung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und somit der relativen Lohnstückkostenposition ist der nominell-effektive Wechselkurs. Dieser vergleicht den Wert der nationalen Währung mit einem Währungskorb, der anhand eines Gewichtungsschemas die Bedeutung der einzelnen Handelspartner widerspiegelt<sup>1)</sup>. Durch das Deflationieren des nominell-effektiven Wechselkurses mit den Lohnstück-

kosten kann die Lohnstückkostenposition der inländischen Sachgütererzeugung bestimmt werden. Die Lohnstückkostenposition bildet somit den realen Außenwert der nationalen Währung im internationalen Wettbewerb ab und entspricht einem real-effektiven Wechselkurs dieser Währung (siehe Kasten "Berechnungsmethode und Datenbasis für den Lohnstückkostenvergleich").

Abbildung 1: Entwicklung des nominell-effektiven Wechselkursindex für Industriewaren



Q: WIFO-Berechnungen. Gewichteter Durchschnitt der Ländergruppe laut Lohnstückkostenberechnung.

<sup>1)</sup> Da im verwendeten Gewichtungsschema des Währungskorbes etwas mehr als 70% auf Euro-Länder entfallen, spielen Wechselkursveränderungen in der

Berechnung des nominell-effektiven Wechselkurses nur eine untergeordnete Rolle für die österreichische Exportwirtschaft.

**Trotz einer leichten Aufwertung im Jahr 2023 blieb der nominell-effektive Wechselkurs in der jüngeren Vergangenheit weitgehend stabil.**

Im Jahr 2023 war aus österreichischer Sicht eine leichte Aufwertung des nominell-effektiven Wechselkurses für Industriewaren zu verzeichnen (+0,6%)<sup>2)</sup>. Sie war das Ergebnis einer Kombination aus Auf- und Abwertungen des Euro gegenüber den Landeswährungen der unterschiedlichen Handelspartner (Abbildung 1). So wertete der Euro gegenüber der Norwegischen Krone (+13,10%), dem Japanischen Yen (+10,10%), der Schwedischen Krone (+7,95%), dem Kanadischen Dollar (+6,51%), dem Dollar (+2,63%), dem Britischen Pfund (+2,03%), dem Rumänischen Lei (+0,30%) und der Dänischen Krone (+0,15%) auf, was die österreichischen Exporte in diese Länder verteuerte. Diesen teils

starken Aufwärtsentwicklungen standen Abwertungsbewegungen zu anderen Währungen gegenüber. So verlor der Euro relativ zum Polnischen Zloty (-3,04%), zum Schweizer Franken (-3,33%) und zum Ungarischen Forint (-2,35%) an Wert.

Langfristig ist der nominell-effektive Wechselkursindex seit 2004 weitgehend stabil und schwankt nur geringfügig<sup>3)</sup>. Seit 2015 ist eine leichte Aufwärtstendenz erkennbar (2023 +2,3% gegenüber 2015), die 2019 und 2022 etwas gebremst wurde.

### Berechnungsmethode und Datenbasis für den Lohnstückkostenvergleich

Die Lohnstückkosten in Landeswährung (*LSK*) einer Branche, eines Sektors oder der Gesamtwirtschaft sind durch das Verhältnis der nominellen Lohnsumme (*LS*) zur realen Bruttowertschöpfung (*BWS*) definiert:

$$LSK = \frac{LS}{BWS}$$

Dividiert man sowohl Lohnsumme als auch Bruttowertschöpfung durch ein Maß des Arbeitseinsatzes, so ergeben sich die beiden Komponenten der Lohnstückkosten: Arbeitskosten je Arbeitseinheit und Arbeitsproduktivität.

Eine Veränderung des Anteils der Selbständigen an den Erwerbstätigen kann durch die Darstellung der Lohnstückkosten als Quotient von Arbeitskosten je unselbständige Arbeitskraft (*AN*) und Bruttowertschöpfung gemessen an den Erwerbstätigen (*EWT*) berücksichtigt werden:

$$LSK = \frac{\frac{LS}{AN}}{\frac{BWS}{EWT}}$$

Das WIFO berechnet die Lohnstückkosten anhand dieser Formeln und mit Daten, die nach dem Erhebungskonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt werden. Zur Ermittlung der Lohnstückkosten in der österreichischen Herstellung von Waren wird anstelle des Personenkonzeptes (Beschäftigte und Erwerbstätige) die Zahl der Beschäftigungs- bzw. Erwerbstätigenverhältnisse verwendet.

Für internationale Vergleiche müssen die Lohnstückkosten in einer gemeinsamen Währung ausgedrückt werden, weil Wechselkursverschiebungen die Kostenposition eines Landes ebenso verändern können wie die Lohnstückkostenentwicklung. Die **relative Lohnstückkostenposition** eines Landes ergibt sich so als Quotient der Lohnstückkosten beider Handelspartner, gemessen in einheitlicher Währung. Für einen Vergleich mit mehreren Ländern muss ein Gewichtungsschema herangezogen werden, da die einzelnen Märkte im Außenhandel meist unterschiedliche Bedeutung haben. Unabhängig vom methodischen Ansatz basiert ein solches Gewichtungsschema auf Daten der Außenhandelsstatistik und bildet somit die Außenhandelsverflechtung einer Volkswirtschaft ab.

Das WIFO stützt sich auf eine harmonisierte Methode, die auch die Zentralbanken des Euro-Raumes zur Messung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nutzen. Das Gewichtungsschema besteht aus einfachen (bilateralen) Importgewichten und doppelten (multilateralen) Exportgewichten für Industriewaren (SITC 5 bis 8; zur Methode siehe im Detail Turner & Dack, 1993). Durch die doppelte Exportgewichtung wird neben dem Wettbewerb mit den Handelspartnern auf den jeweils heimischen Märkten auch jener auf allen anderen Exportmärkten berücksichtigt. Die doppelten Exportgewichte werden seit 2022 basierend auf den "Trade in Value Added"-Informationen der OECD für jedes Jahr separat ermittelt und angewandt. Für die Jahre 2021 bis 2023 wurde aufgrund fehlender Daten der Durchschnitt der Jahre 2018/2020 fortgeschrieben. Die Umstellung des Gewichtungsschemas auf jährliche, variable Gewichte erlaubt es, Marktanteilsverschiebungen sowie Veränderungen des Wettbewerbs mit Drittländern auf ausländischen Märkten zu berücksichtigen. Die Neuberechnung der Gewichte gewährleistet somit eine möglichst korrekte und aktuelle Abbildung der länderspezifischen Handelsverflechtungen.

Die internationalen Daten zu Bruttoentgelten, Produktivität und Lohnstückkosten der Herstellung von Waren und der Gesamtwirtschaft entstammen vorwiegend der Eurostat-Datenbank. Nur wenn diese keine aktuellen Werte enthielt, wurde auf Zahlen aus der AMECO-Datenbank und auf nationale Statistiken der jeweiligen Länder zurückgegriffen (das betrifft die USA, Kanada, Japan und das Vereinigte Königreich).

<sup>2)</sup> Ein Rückgang des nominell-effektiven Wechselkurses entspricht einer Abwertung der Referenzwährung (Euro bzw. vor 1999 Schilling), ein Anstieg einer Aufwertung.

<sup>3)</sup> Die Schwankungsbreite wäre größer, wenn mehr Nicht-Euro-Länder in die Betrachtung einbezogen werden könnten, als das hier aufgrund der Datenverfügbarkeit möglich ist.

## Zur Länderauswahl

Das Aggregat "EU-Handelspartner" umfasst alle EU-Handelspartner Österreichs ohne Malta, das Aggregat "alle Handelspartner" zusätzlich das Vereinigte Königreich, Norwegen, die USA, Kanada und Japan. Um den heterogenen Dynamiken innerhalb der EU Rechnung zu tragen, wurden mit den "EU-Mitgliedsländern vor 2004" und den "neuen EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004)" zwei weitere Ländergruppen unterschieden. Malta und das Vereinigte Königreich sind auch darin nicht enthalten.

## 3. Inflationsdruck dämpfte die dynamische Entwicklung von Arbeitskosten und Produktivität in Österreich

Die Entwicklung der Arbeitskosten in der Herstellung von Waren wird auf Basis der Bruttoentgelte je unselbständige Arbeitskraft in Landeswährung beurteilt (Übersicht 1). Diese Kennzahl aus der VGR erfasst die Lohn- und Gehaltssumme einschließlich Sozialabgaben der Arbeitgeber pro Kopf. Durch die COVID-19-Hilfen und Stützungsmaßnahmen im Rahmen der Inflationsbekämpfung verschob sich die Finanzierung der Arbeitnehmerentgelte ab 2020 teilweise von den Unternehmen hin zur öffentlichen Hand. Da diese Umstände in der VGR nicht immer abgebildet werden, geben die Daten zu den Arbeitskosten für die Jahre 2020 bis 2023 nur eingeschränkt Aufschluss über den tatsächlichen Aufwand der Unternehmen. Sie sind daher als Determinante der preislichen Wettbewerbsfähigkeit mit Vorsicht zu interpretieren. Dies gilt – wie bereits in den Vorjahren – in ähnlicher Weise auch für die Vergleichsländer. Zudem wurden in den Vergleichsländern unterschiedliche Stützungsmaßnahmen ergriffen, was den Vergleich der Arbeitskosten sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb einzelner Länder über die Zeit erschwert.

Nominell stiegen die Bruttoentgelte pro Kopf in der österreichischen Warenherstellung 2023 um 6,5% im Vergleich zum Vorjahr. Damit legten die Arbeitskosten in Österreich stärker zu als 2022 (+3,9%). Aufgrund einer deutlichen Revision der VGR-Daten ist das in Übersicht 1 ausgewiesene Wachstum der Arbeitskosten pro Kopf für 2022 wesentlich niedriger als im Vorjahresbeitrag errechnet (+3,9% gegenüber +5,1% laut Bitschi & Meyer, 2023). Im Jahr 2023 stiegen die Arbeitskosten pro Kopf bei den wichtigsten Handelspartnern etwas kräftiger als in Österreich. Im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner betrug der Anstieg der Arbeitskosten je Beschäftigten in der Herstellung von Waren 7,0% (EU-Handelspartner +7,6%). In Deutschland legten die Arbeitskosten dagegen um 0,8 Prozentpunkte schwächer zu als in Österreich.

Längerfristig entwickelten sich die Arbeitskosten pro Kopf in Österreich laut den aktuellen Daten etwas weniger dynamisch als im gewichteten Durchschnitt der Handelspartner. In den vergangenen zehn Jahren

stiegen sie in Österreich um 2,7% p. a., im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner um 3,4% p. a. und im gewichteten Durchschnitt der EU-Handelspartner um 3,6% pro Jahr. Diese Gegenüberstellung (Übersicht 1) beruht jedoch auf Zahlen in Landeswährung und berücksichtigt noch keine Wechselkursschwankungen.

In einheitlicher Währung, also unter Berücksichtigung von Wechselkursschwankungen, verteuerte sich die Arbeitsleistung in Österreich relativ zu den Vergleichsländern vor allem im Krisenjahr 2009 und dann erneut zwischen 2011 und 2014 (Abbildung 2). Ab 2015 gingen die relativen Arbeitskosten in Österreich wieder zurück und schwankten in den folgenden Jahren nur geringfügig. In den Krisenjahren ab 2020 (COVID-19-Pandemie, Inflationskrise) waren die Arbeitskosten in Österreich relativ zum gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner ebenfalls rückläufig. 2023 war das Niveau der Arbeitskosten relativ zu allen Handelspartnern vergleichbar mit jenem der 2000er-Jahre. Ähnliches gilt auch für das Niveau der Arbeitskosten relativ zu den EU-Handelspartnern.

Der gewichtete Durchschnitt aller Handelspartner ergibt sich aus teils sehr unterschiedlichen Arbeitskostenverläufen in den einzelnen Ländern bzw. Ländergruppen. Durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar, dem Kanadischen Dollar, dem Japanischen Yen und der Norwegischen Krone stiegen 2023 die Arbeitskosten in Euro in den USA (+1,2%), Kanada (-3,8%), Japan (-6,3%) und Norwegen (-5,5%) im Vergleich zu Österreich und den anderen Euro-Ländern deutlich schwächer bzw. sanken. Aufgrund dieser Wechselkursdynamik erhöhten sich die Arbeitskosten pro Kopf in der Herstellung von Waren im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner und in Euro um 0,7 Prozentpunkte schwächer als in nationaler Währung. Somit stiegen die Arbeitskosten pro Kopf in Österreich in nationaler Währung gemessen zwar um 0,5 Prozentpunkte langsamer als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner, berücksichtigt man jedoch die Wechselkursschwankungen, so ergibt sich für Österreich ein ähnliches Wachstum der Arbeitskosten pro Kopf.

## Übersicht 1: Entwicklung der Arbeitskosten pro Kopf (Beschäftigte) in der Herstellung von Waren

In Landeswährung

	Ø 2013/ 2018	Ø 2018/ 2023	Ø 2013/ 2023	2021	2022	2023
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Österreich	+ 2,2	+ 3,2	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,9	+ 6,5
Belgien	+ 1,5	+ 3,6	+ 2,5	+ 5,4	+ 5,9	+ 7,1
Dänemark	+ 2,0	+ 3,1	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,1	+ 4,9
Deutschland	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,6
Irland	+ 4,5	+ 3,8	+ 4,2	+ 1,8	+ 5,6	+ 9,0
Griechenland	- 1,1	+ 2,1	+ 0,5	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,8
Spanien	+ 0,2	+ 3,2	+ 1,7	+ 5,2	+ 3,8	+ 4,8
Frankreich	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,5	+ 6,5	+ 3,9	+ 4,9
Italien	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,1	+ 10,7	+ 3,3	+ 3,3
Luxemburg	+ 1,3	+ 3,1	+ 2,2	+ 5,9	+ 4,0	+ 6,8
Niederlande	+ 2,0	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,9	+ 5,5
Portugal	+ 2,1	+ 5,7	+ 3,9	+ 6,5	+ 7,4	+ 8,0
Finnland	+ 1,0	+ 2,9	+ 1,9	+ 7,0	+ 3,4	+ 4,0
Schweden	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,6	+ 6,6	- 1,5	+ 3,8
Bulgarien	+ 8,9	+ 12,4	+ 10,6	+ 10,0	+ 12,9	+ 23,9
Tschechien	+ 5,6	+ 6,1	+ 5,8	+ 6,8	+ 8,1	+ 7,8
Estland	+ 5,9	+ 7,9	+ 6,9	+ 11,4	+ 6,4	+ 12,0
Kroatien	+ 1,2	+ 4,7	+ 3,0	+ 3,5	+ 12,1	+ 11,7
Zypern	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,5	+ 5,1	+ 0,3	+ 7,0
Lettland	+ 8,7	+ 8,6	+ 8,6	+ 5,7	+ 14,4	+ 12,1
Litauen	+ 7,5	+ 8,4	+ 7,9	+ 8,5	+ 15,9	+ 4,2
Ungarn	+ 5,6	+ 9,9	+ 7,7	+ 8,5	+ 13,0	+ 17,5
Polen	+ 4,3	+ 10,7	+ 7,5	+ 10,7	+ 9,1	+ 16,0
Rumänien	+ 8,9	+ 9,9	+ 9,4	+ 7,4	+ 12,7	+ 16,8
Slowenien	+ 3,2	+ 6,1	+ 4,6	+ 7,2	+ 7,1	+ 9,2
Slowakei	+ 5,4	+ 5,9	+ 5,7	+ 7,6	+ 6,8	+ 9,3
Vereinigtes Königreich	+ 1,3	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,7	+ 6,7	+ 8,7
Norwegen	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,0	+ 4,3	+ 3,8	+ 6,9
USA	+ 2,3	+ 3,4	+ 2,8	+ 4,0	+ 3,2	+ 3,9
Japan	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 3,2
Kanada	+ 1,7	+ 4,0	+ 2,9	- 0,9	+ 9,5	+ 2,4
Alle Handelspartner <sup>1)5)</sup>	+ 2,8	+ 4,0	+ 3,4	+ 5,4	+ 5,1	+ 7,0
EU-Handelspartner <sup>2)5)</sup>	+ 3,0	+ 4,2	+ 3,6	+ 5,9	+ 5,3	+ 7,6
EU-Mitgliedsländer vor 2004 <sup>3)5)</sup>	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,4	+ 5,1	+ 3,6	+ 5,2
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004) <sup>4)5)</sup>	+ 5,4	+ 8,7	+ 7,0	+ 8,1	+ 10,1	+ 13,8
	Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten p. a.			Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten		
Österreich						
Alle Handelspartner <sup>1)5)</sup> = 100	- 0,5	- 0,8	- 0,7	- 2,0	- 1,2	- 0,5
EU-Handelspartner <sup>2)5)</sup> = 100	- 0,7	- 1,0	- 0,9	- 2,4	- 1,4	- 1,0
EU-Mitgliedsländer vor 2004 <sup>3)5)</sup>	- 0,1	+ 0,6	+ 0,3	- 1,7	+ 0,2	+ 1,2
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004) <sup>4)5)</sup>	- 3,0	- 5,1	- 4,1	- 4,5	- 5,6	- 6,5
Deutschland = 100	- 0,4	+ 0,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,8

Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Japan: aufgrund fehlender Daten wurde für 2023 die Veränderungsrate der Gesamtwirtschaft angeführt. – 1) EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. – 2) Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. – 3) Ohne Vereinigtes Königreich. – 4) Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei. – 5) Gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß WIFO-Berechnungen der einfachen Importgewichtung und doppelten Exportgewichtung für Industriewaren.

Als wichtigster Handelspartner spielt Deutschland für den internationalen Vergleich der Arbeitskosten pro Kopf eine besondere Rolle. In den 2000er-Jahren und bis zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 stiegen die Arbeitskosten pro Kopf in der deutschen Warenherstellung sehr mäßig. In dieser Periode erhöhten sich daher die Arbeitskosten in Österreich deutlich stärker als in Deutschland (Abbildung 2). Dieses Muster änderte sich nach Ausbruch der Krise 2009. Zwischen 2010 und 2019 war keine eindeutige Verschiebung der Kostenrelation zwischen den beiden Ländern festzustellen. Für die Jahre seit der COVID-19-Krise 2020 zeigen die Daten jedoch eine kräftigere Zunahme der Bruttoentgelte pro Kopf in Österreich als in Deutschland bei gleichzeitig stärkerer Arbeitskostendynamik.

Dies gilt auch bei Betrachtung des gewichteten Durchschnitts der Handelspartner, die bereits vor 2004 der EU angehörten. Im Jahr 2023 stiegen die Arbeitskosten pro Kopf im gewichteten Durchschnitt dieser 13 Länder um 5,3% und somit um 1,2 Prozentpunkte schwächer als in Österreich. Auch über die letzten zehn Jahre (2013/2023) legen die Arbeitskosten pro Kopf in Österreich um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte pro Jahr rascher zu als in vergleichbaren westlichen EU-Ländern.

In den letzten fünf Jahren (2018/2023) verzeichneten die meisten EU-Länder eine zunehmende Kostendynamik. Dies war insbesondere in Osteuropa zu beobachten. Dort vollzieht sich seit den 1990er-Jahren in Hinblick auf die Arbeitskosten ein Aufholprozess gegenüber den westeuropäischen Hochlohnländern. Nach dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise kam dieser Prozess zwar in einigen Ländern ins Stocken, etwa in Polen oder Ungarn. In den folgenden Jahren und vor allem zuletzt wurden allerdings wieder Steigerungsraten deutlich über dem EU-Durchschnitt verzeichnet, die auf eine Fortsetzung des Aufholprozesses hindeuten. Für das Jahr 2023 zeigt sich ein kräftiger Anstieg der Arbeitskosten pro Kopf (in Landeswährung), insbesondere in Bulgarien (+23,9%), Ungarn (+17,5%) und Rumänien (+16,8%), wo ein dynamisches Lohnwachstum mit hohem Inflationsausgleich sowie eine Anhebung des Mindestlohns die Bruttoentgelte pro Kopf stark steigen ließen. Im gewichteten Aggregat der "neuen" EU-Handelspartner (Beitritt ab 2004) erhöhten sich die Arbeitskosten pro Kopf 2023 um 13,8% im Vergleich zum Vorjahr.

Neben den Arbeitskosten je Beschäftigten ist die Produktivität die zweite wichtige Komponente zur Berechnung der relativen Lohnstückkosten. Diese wird als reale Brutto-

wertschöpfung pro Kopf (Erwerbstätige) gemessen. Übersicht 2 stellt die Entwicklung der Produktivität je Erwerbstätigen in der Herstellung von Waren im internationalen Vergleich in nationaler Währung dar.

Infolge der COVID-19-Pandemie sank die Produktivität pro Kopf in der österreichischen Warenherstellung 2020 um 6,8%. Allerdings wurde dieser Rückgang 2021 mehr als ausgeglichen (+10,2%). Im Jahr 2022 legte die Pro-Kopf-Produktivität laut den im September 2023 veröffentlichten VGR-Daten trotz Energie- und Inflationskrise neuerlich zu (+4,3%). 2023 folgte jedoch ein Rückgang um 2,9%. Damit entwickelte sich die Pro-Kopf-Produktivität in Österreich deutlich schwächer als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (+0,2%).

Der anhaltende Inflationsdruck bremste nicht nur in Österreich, sondern auch in vielen Partnerländern die Erholung nach der COVID-19-Krise. In Deutschland, wo die Pro-Kopf-Produktivität im Jahr 2021 um 10,3% angestiegen war, folgte 2022 und 2023 ein zaghaftes Wachstum von 0,4% bzw. 0,7%. Neben Deutschland erlebten auch viele andere wichtige Handelspartner nach dem starken Produktivitätswachstum des Jahres 2021 eine Flaute. 2022 erlaubten der Inflationsdruck und die Energiekrise zumeist – wenn überhaupt – nur gedämpfte Zuwächse. Nur Irland (+15,6%) konnte 2022 an das hohe Wachstum des Vorjahres anknüpfen, musste jedoch 2023 einen Produktivitätsrückgang von 23,5% hinnehmen. Mit der Slowakei (+20,1%), Dänemark (+9,7%), Luxemburg (+3,7%), Bulgarien (+3,5%) und Japan (+3,1%) erzielten 2023 nur einige wenige Länder ein deutliches Produktivitätswachstum pro Kopf. Die Mehrheit der Handelspartner verzeichnete dagegen, u. a. aufgrund des hohen Inflationsdrucks, nur moderate Wachstumsraten oder – ähnlich wie Österreich – Produktivitätseinbußen. Der Rückgang der Produktivität pro Kopf war jedoch hierzulande deutlich ausgeprägter als bei vielen Handelspartnern. Im internationalen Vergleich schnitten 2023 nur Irland (-23,5%), Schweden (-6,7%), Ungarn (-3,8%), Rumänien (-3,5%), Kanada (-3,5%) und die Niederlande (-3,2%) schwächer ab als Österreich.

Der Vergleich der Produktivitätsentwicklung mit den Handelspartnern fällt somit für Österreich mittelfristig leicht negativ aus: In den Jahren 2018 bis 2023 stieg die Produktivität pro Kopf um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte pro Jahr schwächer als im Durchschnitt der Handelspartner, im Vergleich mit den "neuen" EU-Handelspartnern (Beitritt ab 2004) sogar um 1,2 Prozentpunkte schwächer.

**Die Arbeitskosten pro Kopf stiegen zwischen 2013 und 2023 in Österreich etwas stärker als in den "alten" EU-Mitgliedsländern, jedoch deutlich schwächer als in den Ländern, die ab 2004 der EU beitraten.**

**Die hohe Inflation bremste das Produktivitätswachstum pro Kopf.**

## Übersicht 2: Entwicklung der Produktivität pro Kopf (Erwerbstätige) in der Herstellung von Waren

In Landeswährung

	Ø 2013/ 2018	Ø 2018/ 2023	Ø 2013/ 2023	2021	2022	2023
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Österreich	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,3	+ 10,2	+ 4,3	- 2,9
Belgien	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,0	+ 3,2	- 0,8
Dänemark	+ 2,5	+ 5,4	+ 3,9	+ 13,3	+ 4,3	+ 9,7
Deutschland	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,4	+ 10,3	+ 0,4	+ 0,7
Irland	+ 15,6	+ 4,0	+ 9,6	+ 15,8	+ 15,6	- 23,5
Griechenland	+ 1,0	+ 3,4	+ 2,2	+ 11,2	+ 0,6	+ 1,8
Spanien	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 14,3	+ 3,9	+ 0,6
Frankreich	+ 2,0	- 0,8	+ 0,6	+ 8,0	- 2,8	+ 1,2
Italien	+ 1,8	- 0,0	+ 0,9	+ 15,4	+ 1,5	- 2,7
Luxemburg	+ 0,8	+ 2,4	+ 1,6	+ 6,0	- 8,5	+ 3,7
Niederlande	+ 2,5	+ 1,2	+ 1,8	+ 11,0	+ 2,4	- 3,2
Portugal	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 4,7	+ 3,0	- 2,0
Finnland	+ 2,2	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	- 5,2	+ 0,1
Schweden	+ 2,5	+ 1,2	+ 1,9	+ 18,1	+ 1,8	- 6,7
Bulgarien	+ 2,6	+ 4,5	+ 3,5	+ 1,6	+ 25,8	+ 3,5
Tschechien	+ 3,5	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,3	+ 8,3	+ 2,9
Estland	+ 2,7	+ 0,4	+ 1,5	+ 13,5	- 11,0	- 2,4
Kroatien	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,9	+ 9,8	+ 2,2	- 2,3
Zypern	+ 7,6	- 0,1	+ 3,7	- 3,5	- 1,3	+ 0,3
Lettland	+ 4,8	+ 1,3	+ 3,0	+ 5,4	+ 0,8	- 3,3
Litauen	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 5,2	+ 5,2	- 6,4
Ungarn	+ 1,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 6,4	+ 3,6	- 3,8
Polen	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1	- 1,4	+ 8,9	+ 2,9
Rumänien	+ 4,7	- 0,1	+ 2,3	+ 5,7	- 1,0	- 3,5
Slowenien	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,8	+ 7,1	- 5,5	+ 0,9
Slowakei	+ 5,8	+ 2,9	+ 4,4	+ 4,2	- 6,1	+ 20,1
Vereinigtes Königreich	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,3	+ 5,0	- 4,9	+ 2,5
Norwegen	+ 0,8	- 0,4	+ 0,2	+ 5,7	- 2,7	- 1,2
USA	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 5,7	- 3,1	- 0,6
Japan	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 11,3	- 0,6	+ 3,1
Kanada	+ 0,8	- 0,7	+ 0,1	- 1,0	- 0,2	- 3,5
Alle Handelspartner <sup>1)5)</sup>	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,5	+ 8,4	+ 0,8	- 0,2
EU-Handelspartner <sup>2)5)</sup>	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 9,0	+ 1,7	- 0,3
EU-Mitgliedsländer vor 2004 <sup>3)5)</sup>	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,4	+ 10,8	+ 1,0	- 0,9
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004) <sup>4)5)</sup>	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,5	+ 3,1	+ 4,3	+ 2,0
				Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten p. a.	Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten	
Österreich						
Alle Handelspartner <sup>1)5)</sup> = 100	- 0,2	- 0,2	- 0,2	+ 1,6	+ 3,4	- 2,8
EU-Handelspartner <sup>2)5)</sup> = 100	- 0,5	- 0,2	- 0,4	+ 1,0	+ 2,5	- 2,6
EU-Mitgliedsländer vor 2004 <sup>3)5)</sup>	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 3,2	- 2,0
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004) <sup>4)5)</sup>	- 1,3	- 1,2	- 1,2	+ 6,9	+ 0,0	- 4,8
Deutschland = 100	- 0,4	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 3,9	- 3,6

Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Japan: aufgrund fehlender Daten wurde für 2023 die Veränderungsrate der Gesamtwirtschaft angeführt. – 1) EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. – 2) Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. – 3) Ohne Vereinigtes Königreich. – 4) Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei. – 5) Gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß WIFO-Berechnungen der einfachen Importgewichtung und doppelten Exportgewichtung für Industriewaren.

Auch bei Betrachtung über ein zehnjähriges Zeitfenster (2013/2023) bestätigen die neuesten, revidierten Daten dieses Bild. Während in Österreich die Produktivität pro Kopf in den letzten zehn Jahren um durchschnittlich 1,3% pro Jahr wuchs, betrug der Zuwachs im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner rund 1,5% pro Jahr (EU-Handelspartner +1,6% p. a.). In Deutschland war das Wachstum im selben Zeitraum um 0,2 Pro-

zentpunkte pro Jahr kräftiger als in Österreich. Gegenüber den ostmitteleuropäischen Handelspartnern war der Zuwachs in Österreich deutlich verhaltener ("neue" EU-Mitgliedsländer -1,2 Prozentpunkte pro Jahr). Damit entwickelte sich die Produktivität in Österreich mittel- bis langfristig etwas weniger dynamisch als bei den wichtigsten Handelspartnern.

**Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre entwickelte sich die Produktivität in Österreich weniger dynamisch als bei den wichtigsten Handelspartnern.**

#### 4. Deutliche Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten in der Warenherstellung

Aus der Veränderung der Arbeitskosten (Bruttoentgelte pro Kopf) und der Produktivität (Bruttowertschöpfung pro Kopf) ergibt sich die Entwicklung der Lohnstückkosten (Arbeitskosten je Produktionseinheit). Sie schwankte in den letzten drei Jahren erheblich. Im Jahr 2021 gingen die Lohnkosten je Produktionseinheit in der Warenherstellung deutlich um 6,2% zurück. 2022 ergab sich eine Stagnation; der Wert von -0,4% impliziert eine Abwärtsrevision gegenüber dem Vorjahresbeitrag (Bittschi & Meyer, 2023), der von +2,2% ausgegangen war. Für das Jahr 2023 zeigt sich dagegen ein kräftiger Anstieg der Lohnstückkosten von 9,7% (Übersicht 3). Im mittelfristigen Durchschnitt der Jahre 2018/2023 beträgt die jährliche Steigerung 2,5%, im längerfristigen Durchschnitt 2013/2023 1,4%.

Die Analyse der Lohnstückkosten als Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist erst bei gleichzeitiger Betrachtung der Entwicklung in anderen Ländern aussagekräftig. Übersicht 3 gibt einen detaillierten Überblick über die Lohnstückkostendynamik bei den einzelnen Handelspartnern und die Entwicklung der österreichischen Lohnstückkostenposition, d. h. des mit den Lohnstückkosten deflationierten real-effektiven Wechselkurses im Verhältnis zu den Handelspartnern. 2023 verschlechterte sich Österreichs Lohnstückkostenposition um 3,3 Prozentpunkte gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner. Dies ist vor allem die Folge einer deutlich dynamischeren Entwicklung in Österreich gegenüber den beiden wichtigsten Handelspartnern Deutschland und USA. Dort legten die Lohnstückkosten im Jahr 2023 nur um 4,9% bzw. 1,8% zu. Auch im Vergleich zu Westeuropa insgesamt (EU-Mitgliedsländer vor 2004 +5,7%) war der Anstieg in Österreich mit +9,7% kräftiger. Positiven Einfluss auf die relative Lohnstückkostenentwicklung in Österreich hat demgegenüber die Entwicklung in den ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004). Vor allem aufgrund des in diesen Ländern deutlich rascheren Lohnkostenwachstums ergibt sich bei den Lohnstückkosten im gewichteten Durchschnitt eine Wachstumsdifferenz von -3,1 Prozentpunkten (2023).

Das hohe Lohnstückkostenwachstum des Jahres 2023 in Österreich folgt auch aus einem Nachholeffekt bei den Arbeitskosten, welcher sich durch die verzögerte Berücksichtigung der Inflation aufgrund der Rollierung in den Lohnverhandlungen ergibt. Aus diesem Grund war in Österreich die langfristige Entwicklung der Lohnstückkosten im Vergleich zum gewichteten Durchschnitt aller bzw. der EU-Handelspartner (-0,4 bzw. -0,2 Prozentpunkte) in den vergangenen zehn Jahren (2013/2023) immer noch günstiger. Allerdings gilt dies nicht mehr gegenüber Westeuropa ("alte" EU-Mitgliedsländer +0,5 Prozentpunkte) und Deutschland (+0,2 Prozentpunkte).

**Gegenüber den Handelspartnern stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung 2023 deutlich an.**

In der grafischen Darstellung werden Trendwenden und langfristige Veränderungen deutlicher (Abbildung 2). Demnach verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Warenherstellung in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre erheblich gegenüber dem Durchschnitt aller Handelspartner. Nach einer gegenläufigen Entwicklung in den frühen 2000er-Jahren war bis zum Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus österreichischer Sicht erneut eine Verbesserung zu verzeichnen. Die Wirtschaftskrise löste eine weitere Trendwende aus, mit einer Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten der österreichischen Industrie 2009/10. Von 2010 bis 2020 war die Entwicklung gegenüber dem gewichteten Durchschnitt der Handelspartner zwar schwankend, aber weitgehend stabil. Die Jahre 2021 und 2022 brachten dann deutliche Verbesserungen der heimischen Lohnstückkosten. Im Jahr 2023 folgte allerdings abermals eine Trendwende. Die relativen Lohnstückkosten näherten sich wieder dem längerfristigen Durchschnitt an, wobei gegenüber allen Handelspartnern weiterhin Indexwerte deutlich unter dem Durchschnitt der 2010er-Jahre zu verzeichnen sind. Im Vergleich zu Deutschland und Westeuropa wurden mit der Aufwärtsbewegung des Jahres 2023 hingegen bereits wieder die längerfristig beobachteten Werte erreicht.

### Übersicht 3: Entwicklung der Lohnstückkosten pro Kopf (Beschäftigte bzw. Erwerbstätige) in der Herstellung von Waren und in der Gesamtwirtschaft

In €

	Ø 2013/2018	Ø 2018/2023	Ø 2013/2023	2021	2022	2023
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<b>Herstellung von Waren</b>						
Österreich	+ 0,3	+ 2,5	+ 1,4	- 6,2	- 0,4	+ 9,7
Belgien	- 0,4	+ 2,5	+ 1,1	+ 2,4	+ 2,7	+ 8,0
Dänemark	- 0,5	- 2,1	- 1,3	- 8,9	- 1,2	- 4,6
Deutschland	+ 0,4	+ 2,0	+ 1,2	- 6,1	+ 3,4	+ 4,9
Irland	- 9,6	- 0,2	- 5,0	-12,1	- 8,6	+42,5
Griechenland	- 2,1	- 1,2	- 1,7	- 7,3	+ 2,8	+ 1,9
Spanien	- 0,5	+ 2,3	+ 0,9	- 8,0	- 0,1	+ 4,2
Frankreich	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,9	- 1,4	+ 6,9	+ 3,6
Italien	+ 0,0	+ 2,3	+ 1,2	- 4,0	+ 1,8	+ 6,2
Luxemburg	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	+13,7	+ 2,9
Niederlande	- 0,5	+ 2,2	+ 0,9	- 7,2	+ 0,5	+ 9,1
Portugal	+ 1,1	+ 4,9	+ 3,0	+ 1,7	+ 4,3	+10,2
Finnland	- 1,2	+ 3,4	+ 1,1	+ 6,9	+ 9,1	+ 4,0
Schweden	- 3,1	- 1,0	- 2,0	- 6,7	- 7,7	+ 3,0
Bulgarien	+ 6,2	+ 7,6	+ 6,9	+ 8,2	-10,2	+19,7
Tschechien	+ 2,2	+ 5,2	+ 3,7	+ 8,7	+ 4,2	+ 7,2
Estland	+ 3,1	+ 7,5	+ 5,3	- 1,9	+19,5	+14,7
Kroatien	+ 0,2	+ 4,2	+ 2,2	- 5,6	+ 9,6	+14,4
Zypern	- 4,9	+ 3,0	- 1,1	+ 8,9	+ 1,6	+ 6,6
Lettland	+ 3,7	+ 7,2	+ 5,4	+ 0,2	+13,5	+16,0
Litauen	+ 5,3	+ 6,3	+ 5,8	+ 3,2	+10,2	+11,3
Ungarn	+ 2,3	+ 5,5	+ 3,8	- 0,1	- 0,0	+25,2
Polen	+ 1,1	+ 5,8	+ 3,4	+ 9,2	- 2,4	+16,3
Rumänien	+ 2,9	+ 8,7	+ 5,8	- 0,1	+13,6	+20,6
Slowenien	+ 0,9	+ 4,8	+ 2,8	+ 0,1	+13,4	+ 8,3
Slowakei	- 0,4	+ 2,9	+ 1,2	+ 3,3	+13,7	- 8,9
Vereinigtes Königreich	- 0,4	+ 3,2	+ 1,4	+ 3,1	+13,2	+ 4,0
Norwegen	- 2,7	+ 0,7	- 1,0	+ 4,2	+ 7,3	- 4,3
USA	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,4	- 5,1	+19,5	+ 1,8
Japan	- 0,1	- 3,2	- 1,7	-13,8	- 3,2	- 9,1
Kanada	- 1,3	+ 5,7	+ 2,1	+ 3,2	+18,8	- 0,3
Alle Handelspartner <sup>1)</sup> ) <sup>5)</sup>	+ 0,6	+ 3,0	+ 1,8	- 3,2	+ 5,2	+ 6,2
EU-Handelspartner <sup>2)</sup> ) <sup>5)</sup>	+ 0,4	+ 2,9	+ 1,6	- 2,8	+ 3,1	+ 7,6
EU-Mitgliedsländer vor 2004 <sup>3)</sup> ) <sup>5)</sup>	- 0,1	+ 1,9	+ 0,9	- 5,0	+ 2,7	+ 5,7
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004 <sup>4)</sup> ) <sup>5)</sup>	+ 1,8	+ 5,7	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,1	+13,2
	Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten p. a.			Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten		
Österreich						
Alle Handelspartner <sup>1)</sup> ) <sup>5)</sup> = 100	- 0,2	- 0,5	- 0,4	- 3,2	- 5,3	+ 3,3
EU-Handelspartner <sup>2)</sup> ) <sup>5)</sup> = 100	- 0,0	- 0,4	- 0,2	- 3,6	- 3,3	+ 1,9
EU-Mitgliedsländer vor 2004 <sup>3)</sup> ) <sup>5)</sup>	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	- 1,3	- 3,0	+ 3,8
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004 <sup>4)</sup> ) <sup>5)</sup>	- 1,4	- 3,0	- 2,2	-10,1	- 4,3	- 3,1
Deutschland = 100	- 0,1	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 3,6	+ 4,6

Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Lohnstückkosten: Quotient aus Bruttoentgelten pro Kopf (unselbständig Beschäftigte) und realer Bruttowertschöpfung bzw. BIP real pro Kopf (Erwerbstätige). Japan: aufgrund fehlender Daten wurde für 2023 die Veränderungsrate der Gesamtwirtschaft angeführt. - <sup>1)</sup> EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. - <sup>2)</sup> Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. - <sup>3)</sup> Ohne Vereinigtes Königreich. - <sup>4)</sup> Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei. - <sup>5)</sup> Gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß WIFO-Berechnungen der einfachen Importgewichtung und doppelten Exportgewichtung für Industriewaren bzw. für die Gesamtwirtschaft.

## Übersicht 3/Fortsetzung: Entwicklung der Lohnstückkosten pro Kopf (Beschäftigte bzw. Erwerbstätige) in der Herstellung von Waren und in der Gesamtwirtschaft

In €

	Ø 2013/2018	Ø 2018/2023	Ø 2013/2023	2021	2022	2023
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<b>Gesamtwirtschaft</b>						
Österreich	+ 1,6	+ 4,0	+ 2,8	+ 0,3	+ 2,2	+ 8,7
Alle Handelspartner <sup>1)5)</sup>	+ 1,6	+ 3,8	+ 2,7	- 0,2	+ 5,6	+ 6,6
EU-Handelspartner <sup>2)5)</sup>	+ 1,5	+ 3,7	+ 2,6	+ 0,1	+ 4,3	+ 8,1
EU-Mitgliedsländer vor 2004 <sup>3)5)</sup>	+ 1,2	+ 3,1	+ 2,2	- 0,3	+ 3,6	+ 6,3
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004) <sup>4)5)</sup>	+ 2,1	+ 5,5	+ 3,8	+ 1,0	+ 6,6	+13,3
	Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten p. a.			Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten		
Österreich						
Alle Handelspartner <sup>1)5)</sup> = 100	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 3,2	+ 2,0
EU-Handelspartner <sup>2)5)</sup> = 100	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 2,1	+ 0,6
EU-Mitgliedsländer vor 2004 <sup>3)5)</sup>	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	- 1,4	+ 2,3
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004) <sup>4)5)</sup>	- 0,5	- 1,4	- 0,9	- 0,7	- 4,2	- 4,1
Deutschland = 100	- 0,4	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,6	- 2,1	+ 1,7

Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Lohnstückkosten: Quotient aus Bruttoentgelten pro Kopf (unselbständig Beschäftigte) und realer Bruttowertschöpfung bzw. BIP real pro Kopf (Erwerbstätige). Japan: aufgrund fehlender Daten wurde für 2023 die Veränderungsrate der Gesamtwirtschaft angeführt. - <sup>1)</sup> EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. - <sup>2)</sup> Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. - <sup>3)</sup> Ohne Vereinigtes Königreich. - <sup>4)</sup> Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei. - <sup>5)</sup> Gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß WIFO-Berechnungen der einfachen Importgewichtung und doppelten Exportgewichtung für Industriewaren bzw. für die Gesamtwirtschaft.

Die Gegenüberstellung der relativen Lohnstückkosten und der relativen Arbeitskosten (Bruttoentgelte pro Kopf, Abbildung 2) zeigt implizit, wie sich die Produktivität in Österreich im Vergleich mit den Handelspartnern entwickelte. Wenn die Lohnstückkosten stärker zurückgingen als die relativen Bruttoentgelte, entwickelte sich die Produktivität in Österreich vorteilhafter als in den anderen Ländern. Ein paralleler Verlauf der beiden Zeitreihen signalisiert einen gleichmäßigen Produktivitätsfortschritt, ein stärkerer Rückgang der Bruttoentgelte als der relativen Lohnstückkosten eine Verschlechterung der Produktivität in Österreich relativ zu den Handelspartnern. Der tendenzielle Rückgang der Bruttoentgelte bei steigenden Lohnstückkosten zeigt daher eine schwächere Produktivitätsentwicklung gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner an (siehe Kapitel 3). Gegenüber Deutschland und den anderen "alten" EU-Ländern sind die steigenden Lohnstückkosten der letzten Jahre dagegen vor allem auf den stärkeren Anstieg der Arbeitskosten zurückzuführen. Die Entwicklung am aktuellen Datenrand ist jedoch aufgrund der COVID-19-Maßnahmen sowie des starken Einflusses der Inflation und der damit verbundenen

staatlichen Preiseingriffe mit Vorsicht zu interpretieren. Preiseingriffe können kurzfristig die Inflation dämpfen und somit zu einer schwächeren Überwälzung von Preisanstiegen auf die Arbeitskosten führen, bergen allerdings mittel- und langfristig das Risiko einer höheren Inflation. Zudem gilt es, mögliche VGR-Revisionen zu beachten.

In den einzelnen Vergleichsländern entwickelten sich die Lohnstückkosten durchwegs heterogen. Der Verlauf ist auch von institutionellen Besonderheiten geprägt<sup>4)</sup>. Dies gilt vor allem für die Entwicklung der letzten fünf Jahre, welche von starken staatlichen Eingriffen, sowohl im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie als auch mit den hohen Inflationsraten infolge des russischen Angriffskrieges, geprägt waren. Vergleicht man Österreich mit Volkswirtschaften, welche hinsichtlich ihrer Bevölkerung und ihres BIP pro Kopf ähnlich sind, zeigen sich für die letzten fünf Jahre (2018/2023) keine Länder mit einer ungünstigeren Entwicklung der Lohnstückkosten. Sowohl in skandinavischen Ländern wie Dänemark (-2,1% p. a.) oder Schweden (-1,0% p. a.) als auch in den Benelux-Ländern war die Entwicklung günstiger als in Österreich (+3,2% p. a.). In den ostmit-

**Österreich weist im Durchschnitt der letzten fünf Jahre verglichen mit ähnlichen Volkswirtschaften die ungünstigste Entwicklung der Lohnstückkosten auf.**

4) In Irland z. B. führte eine Korrektur der VGR 2015 zu einem überdimensionierten Produktivitätsanstieg. Die neuen VGR-Bestimmungen sehen vor, die Einkünfte aus intellektuellen Eigentumsrechten, die in Irland gehalten werden, dem irischen BIP zuzurechnen (OECD, 2016). Dies betrifft vor allem die Herstellung von Waren, spiegelt dadurch die wirtschaftliche Aktivität in Irland korrekter wider, verzerrt aber die Einschätzung

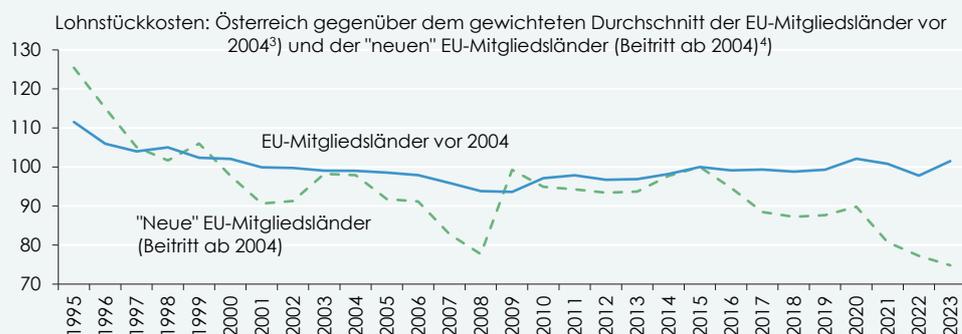
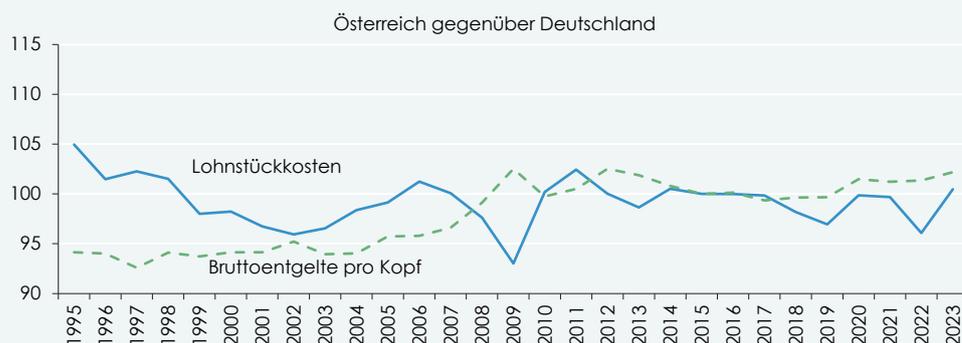
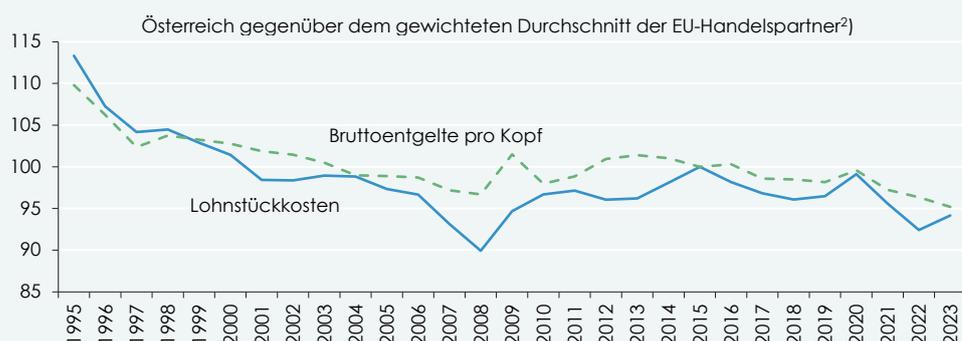
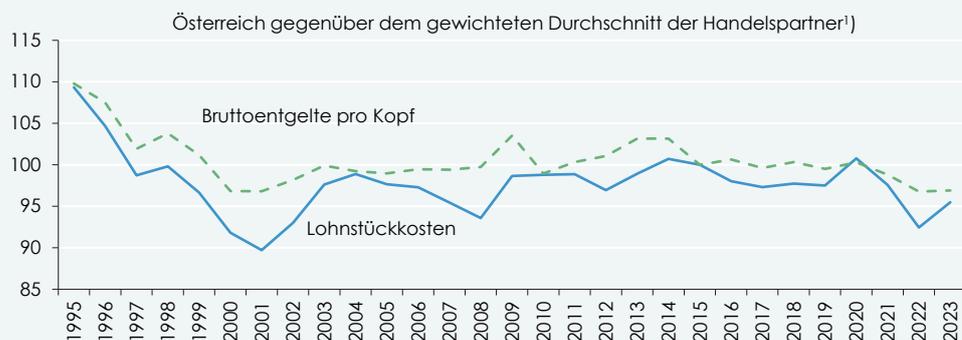
der Lohnstückkosten. Die Darstellung der Lohnstückkostenentwicklung in der Sachgütererzeugung kann intellektuelle Eigentumsrechte nur dann vollständig berücksichtigen, wenn die Produktion und die Zuteilung dieser Rechte im selben Land stattfinden. Dies ist in weltweiten Wertschöpfungsketten jedoch nicht unbedingt der Fall.

teleuropäischen EU-Ländern beschleunigte sich die Lohnstückkostendynamik in den letzten fünf Jahren hingegen spürbar ("neue" EU-Länder +5,7% p. a.) und war deutlich

kräftiger als in Österreich, da die Produktivität trotz robuster Wachstumsraten nicht mit den Arbeitskosten Schritt hielt.

Abbildung 2: **Entwicklung der relativen Lohn- und Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren**

In €, 2015 = 100



Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. – 1) EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. – 2) Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. – 3) Ohne Vereinigtes Königreich. – 4) Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei.

## 5. Kräftiger Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten auch im internationalen Vergleich

Die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft wird neben den Lohnstückkosten der Warenerzeugung auch teilweise von jenen der Gesamtwirtschaft bestimmt: Soweit Dienstleistungen und nicht handelbare Güter als Vorleistungen benötigt werden, hat ihre Kostenentwicklung Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der am Außenhandel beteiligten Sektoren (Deutsche Bundesbank, 1998). Allerdings werden die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten auch maßgeblich von Sektoren beeinflusst, in welchen das Produktivitätswachstum konzeptionell schwer messbar ist, wie z. B. dem öffentlichen Sektor. Dementsprechend sollten auch die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten mit Vorsicht interpretiert werden. Dies gilt auch deshalb, da die rezentesten Daten immer noch Revisionen unterliegen und sich die staatlichen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung international unterscheiden. Damit ergibt sich auch eine beträchtliche Heterogenität hinsichtlich der Überwälzung der Inflation auf die Arbeitskosten.

## 6. Zusammenfassung

Die verfügbaren Daten zeigen für 2023 einen deutlichen Anstieg der relativen Lohnstückkosten in Österreich. Im Vergleich zum gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner folgt diese ungünstige Entwicklung vor allem aus den schwächeren Produktivitätszuwächsen, im Vergleich zu Westeuropa auch aus einer höheren Arbeitskostendynamik.

Konkret stiegen die Arbeitskosten pro Kopf in der österreichischen Herstellung von Waren 2023 um 0,5 Prozentpunkte schwächer als im gewichteten Durchschnitt der Handelspartner. Demgegenüber wuchs die Wertschöpfung pro Kopf in der Warenherstellung um 2,8 Prozentpunkte langsamer als im Durchschnitt aller Handelspartner und um 3,6 Prozentpunkte langsamer als beim wichtigsten Handelspartner Deutschland.

Insgesamt stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung mit +9,7% um 3,3 Prozentpunkte stärker als im gewichteten Durchschnitt der Handelspartner. Zu Deutschland beträgt der Abstand sogar 4,6 Prozentpunkte.

Im langfristigen Vergleich lagen die Lohnstückkosten im Jahr 2023 immer noch deutlich unter dem gewichteten Durchschnitt der (EU-)Handelspartner. Gegenüber

In Österreich nahmen 2023 die Arbeitskosten je Produktionseinheit über alle Sektoren um 8,7% zu, um 1,7 Prozentpunkte stärker als in Deutschland, während der Unterschied zum gewichteten Durchschnitt der EU-Handelspartner bzw. aller Handelspartner +0,6 bzw. +2,0 Prozentpunkte beträgt.

Langfristig (2013/2023) wuchsen die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft in Österreich um 0,2 Prozentpunkte p. a. schneller als im Durchschnitt der EU-Handelspartner und gleich rasch wie in Deutschland.

Längerfristig ist sowohl in Österreich als auch bei den Handelspartnern die Dynamik der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft deutlich kräftiger als in der Warenproduktion. Dies entspricht den Erwartungen, da in der Herstellung von Waren das größte Potenzial zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Mechanisierung und Automatisierung besteht.

**Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten stiegen 2023 in Österreich deutlich schneller als bei den Handelspartnern.**

Deutschland und den anderen "alten" EU-Mitgliedsländern ist hingegen am aktuellen Datenrand eine Verschlechterung zu beobachten. Sie ist insbesondere der dynamischen Entwicklung der Arbeitskosten in Österreich zuzuschreiben.

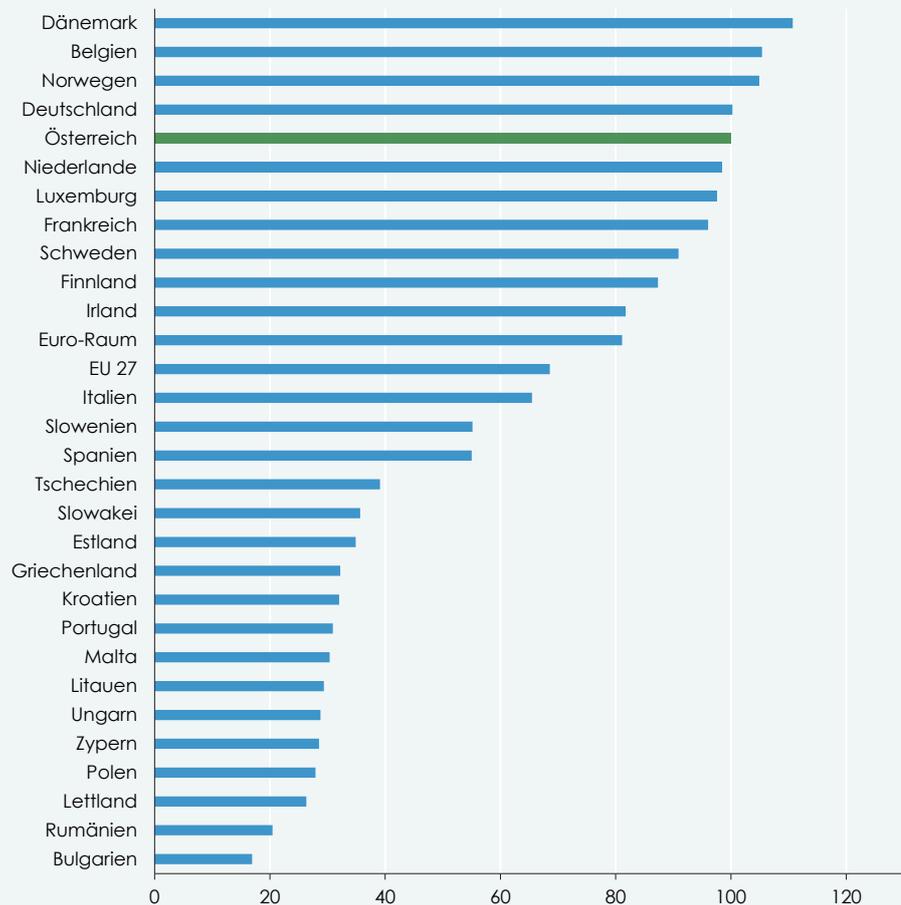
Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten wuchsen 2023 in Österreich um 2,0 Prozentpunkte schneller als im Durchschnitt aller Handelspartner und um 0,6 Prozentpunkte rascher als bei den EU-Handelspartnern. Auch gegenüber Deutschland ergab sich 2023 eine Verschlechterung (+1,7 Prozentpunkte).

Der Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten lag auch eine ungünstige Wechselkursentwicklung zu Grunde. Der nominell-effektive Wechselkurs stieg 2023 um 0,6% an, da der Euro u. a. gegenüber dem Dollar und dem Japanischen Yen aufwertete.

Bei der Interpretation der Ergebnisse, vor allem der mittel- und längerfristigen Entwicklung, sind weiterhin mögliche Verzerrungen durch die länderspezifisch unterschiedlichen Herangehensweisen zur Abfederung der COVID-19-Krise sowie der Inflation zu berücksichtigen.

Abbildung 3: **Arbeitskosten in der Herstellung von Waren im internationalen Vergleich**

Arbeitskosten je Stunde in €, 2023, Österreich = 100



Q: Eurostat, Arbeitskräfteerhebung 2020, Arbeitskostenindex, WIFO, WIFO-Berechnungen. Ohne Auszubildende.

## 7. Anhang: Arbeitskosten je Stunde in der Herstellung von Waren

Während für die Berechnung von aktuellen, international vergleichbaren Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren nur Daten zu den Arbeitskosten je Arbeitskraft verfügbar sind, können für die europäischen Länder auch Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde betrachtet werden. Sie basieren auf der Arbeitskostenerhebung, die in den EU-Ländern alle vier Jahre durchgeführt wird. Die jährliche Entwicklung zwischen zwei Erhebungen wird anhand eines Arbeitskostenindex fortgeschrieben. Die hier veröffentlichten Ergebnisse beruhen auf dem Arbeitskostenindex von Eurostat und der Arbeitskräfteerhebung des Jahres 2020.

Anders als die Arbeitskostenerhebung wird der Arbeitskostenindex nicht in allen Ländern nach demselben statistischen Konzept ermittelt. Damit ist die internationale Vergleichbarkeit etwas eingeschränkt. Die Werte des Arbeitskostenindex sind daher mit Vorsicht zu interpretieren. Für Österreich basiert der Index auf Daten der Konjunkturerhebung.

Diese Daten können zum Teil spürbar von den VGR-Werten zur Entwicklung der Bruttoentgelte abweichen, die den Lohnstückkostenberechnungen zugrunde liegen. Dies kann auch damit zusammenhängen, dass die Arbeitskosten, anders als die VGR-Bruttoentgelte, zusätzlich zu den Sozialversicherungsbeiträgen lohnabhängige Steuern der Arbeitgeber:innen einschließen. Zu beachten ist auch, dass die Arbeitskosten eine Maßzahl für die Belastung des Faktors Arbeit sind, aber keine Rückschlüsse darauf zulassen, von wem diese Kosten letztlich getragen werden. Für die Jahre seit 2020 ist weiters zu berücksichtigen, dass staatliche Hilfsmaßnahmen im Rahmen der COVID-19-Pandemie sowie der Teuerungskrise, welche den Faktor Arbeit betreffen, die dargestellten Werte verzerren könnten.

Übersicht 4 gibt die auf Basis des Arbeitskostenindex ermittelten Arbeitskosten je Stunde für den Zeitraum 2018/2023 wieder. 2023 kostete die Arbeitsstunde in Österreichs Waren-

herstellung durchschnittlich 47,21 €. Österreich nahm damit im europäischen Vergleich den 5. Rang ein. Seit 2018 wachsen die Arbeitskosten je Stunde in Österreich um 4,1% p. a. und somit um 0,8 Prozentpunkte schneller als im Durchschnitt der EU 27

(+3,3% p. a.), um 1,3 Prozentpunkte rascher als im Euro-Raum (+2,8% p. a.) und um 1,6 Prozentpunkte rascher als in Deutschland. Gegenüber 2022 betrug der Anstieg in Österreich 7,5%, im EU-Durchschnitt 5,7% und in Deutschland 4,8%.

#### Übersicht 4: Arbeitskosten je Stunde in der Herstellung von Waren

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Ø 2018/2023 Veränderung in %
	In €						
Bulgarien	4,60	5,15	5,41	5,79	6,83	7,99	+11,7
Rumänien	6,02	6,60	7,00	7,30	8,29	9,66	+ 9,9
Lettland	8,79	9,51	10,12	10,31	11,27	12,43	+ 7,2
Polen	9,31	9,86	10,07	10,60	11,48	13,18	+ 7,2
Zypern	11,92	12,44	12,24	12,42	12,84	13,46	+ 2,5
Ungarn	9,61	10,46	10,32	10,78	11,13	13,58	+ 7,2
Litauen	8,79	9,31	9,79	11,03	12,50	13,86	+ 9,5
Malta	11,91	11,93	11,15	11,36	13,12	14,34	+ 3,8
Portugal	11,69	11,83	12,75	13,12	13,78	14,60	+ 4,5
Griechenland	13,82	14,37	14,28	13,94	14,77	15,21	+ 1,9
Estland	11,77	12,59	12,98	13,58	15,51	16,47	+ 6,9
Slowakei	12,09	12,92	13,37	14,20	15,66	16,85	+ 6,9
Tschechien	12,75	13,75	14,32	15,19	16,66	18,45	+ 7,7
Spanien	22,82	23,29	24,23	24,01	24,57	25,97	+ 2,6
Slowenien	19,38	20,09	20,42	21,77	23,59	26,04	+ 6,1
Italien	27,73	28,70	29,41	28,82	29,70	30,91	+ 2,2
EU 27	27,48	28,35	28,96	29,16	30,64	32,38	+ 3,3
Euro-Raum	33,34	34,21	34,84	34,84	36,44	38,29	+ 2,8
Irland	32,42	33,58	33,12	34,81	36,66	38,58	+ 3,5
Finnland	36,91	37,13	36,98	38,46	39,72	41,23	+ 2,2
Schweden	41,82	41,98	42,03	45,54	44,72	42,92	+ 0,5
Frankreich	40,18	41,02	41,94	42,07	43,62	45,33	+ 2,4
Luxemburg	40,08	40,73	40,98	41,18	43,19	46,02	+ 2,8
Niederlande	37,72	38,52	40,13	40,65	43,62	46,43	+ 4,2
<b>Österreich</b>	<b>38,59</b>	<b>39,78</b>	<b>40,84</b>	<b>41,45</b>	<b>43,90</b>	<b>47,21</b>	<b>+ 4,1</b>
Deutschland	41,71	42,83	43,22	43,09	45,16	47,33	+ 2,6
Norwegen	49,78	50,21	47,10	51,15	52,31	49,53	- 0,1
Belgien	41,16	42,01	42,74	43,30	46,29	49,75	+ 3,9
Dänemark	45,34	46,68	47,37	49,38	50,93	52,27	+ 2,9

Q: Eurostat, Arbeitskräfteerhebung 2020, Arbeitskostenindex, WIFO, WIFO-Berechnungen. Ohne Auszubildende. Länder aufsteigend gereiht nach den Arbeitskosten im Jahr 2023.

## 8. Literaturhinweise

Bitschi, B., & Meyer, B. (2023). Verbesserung der Lohnstückkostenposition im Jahr 2021. *WIFO-Monatsberichte*, 95(10), 663-676. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/25245900>.

Carlin, W., Glyn, A., & Van Reenen, J. (2001). Export market performance of OECD countries: An empirical examination of the role of cost competitiveness. *The Economic Journal*, 111(468), 128-162.

Deutsche Bundesbank (1998). Zur Indikatorqualität unterschiedlicher Konzepte des realen Außenwerts der D-Mark. *Deutsche Bundesbank Monatsberichte*, 41-55.

Dosi, G., Grazzi, M., & Moschella, D. (2015). Technology and costs in international competitiveness: From countries and sectors to firms. *Research Policy*, 44(10), 1795-1814.

Köhler-Töglhofer, W., Url, T., & Glauning, U. (2017). Revised competitiveness indicators for Austria reflect a comparatively stable competitiveness development of the Austrian economy over the longer horizon. *Monetary Policy & the Economy*, Q2/17, 73-107.

OECD (2016). *Irish GDP up by 26.3% in 2015*. <https://www.oecd.org/sdd/na/Irish-GDP-up-in-2015-OECD.pdf>.

Turner, P., & Van 't dack, J. (1993). Measuring international price and cost competitiveness. *BIS Economic Papers*, 39. <https://www.bis.org/publ/econ39.htm>.

Die WIFO Reports on Austria sind englischsprachige Kurzanalysen zu ökonomischen Entwicklungen in Österreich. Es werden regelmäßig Beiträge zu den Themen Konjunktur, Wettbewerbsfähigkeit, Makroökonomie, Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Cash-Flow und Lohnstückkosten veröffentlicht, die die wesentlichen Entwicklungen in diesen Bereichen in Österreich zusammenfassen.

## 11/2024 **Recession in Austria Persists Stubbornly. Economic Outlook for 2024 and 2025**

Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

Austria's economy will remain in recession in 2024, with real GDP expected to fall by 0.6 percent. In 2025, WIFO expects an economic impulse from abroad. While investment in machinery and equipment will shrink over the entire forecast period, construction investment will benefit from the construction stimulus package in the coming year. Inflation will fall, real incomes will rise, and consumer demand will pick up, meaning that GDP will grow by 1 percent in 2025. However, unemployment will continue to rise. The public budget deficit is increasingly moving away from the Maastricht targets.

October 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54846535>

## Frühere Ausgaben

### 10/2024 **Key Indicators of Climate Change and the Energy Sector in 2024. Special Topic: Land Use and its Relevance for Food Security**

Katharina Falkner, Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Anna Renhart, Franz Sinabell, Mark Sommer

September 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54327496>

### 9/2024 **Economic Assessments More Sceptical Again. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of July 2024**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

August 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54196834>

### 8/2024 **High Uncertainty Keeps Austria's Economy in Stagnation. Economic Outlook for 2024 and 2025**

Christian Glocker, Stefan Ederer

June 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53080314>

### 7/2024 **Economic Assessments Begin to Stabilise. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of April 2024**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

July 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52849990>

### 6/2024 **Labour Market 2023 in the Wake of Economic Downturn**

Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel

June 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52743970>

### 5/2024 **International Economic Slowdown Hits Austria Hard. The Austrian Economy in 2023**

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

May 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52699261>

### 4/2024 **Headwinds Keep Austria's Economy Close to Stagnation in 2024. Economic Outlook for 2024 and 2025**

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

April 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52699175>

### 3/2024 **Business Cycle Sentiment Subdued at Start of the Year. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of January 2024**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-reports-on-austria/>

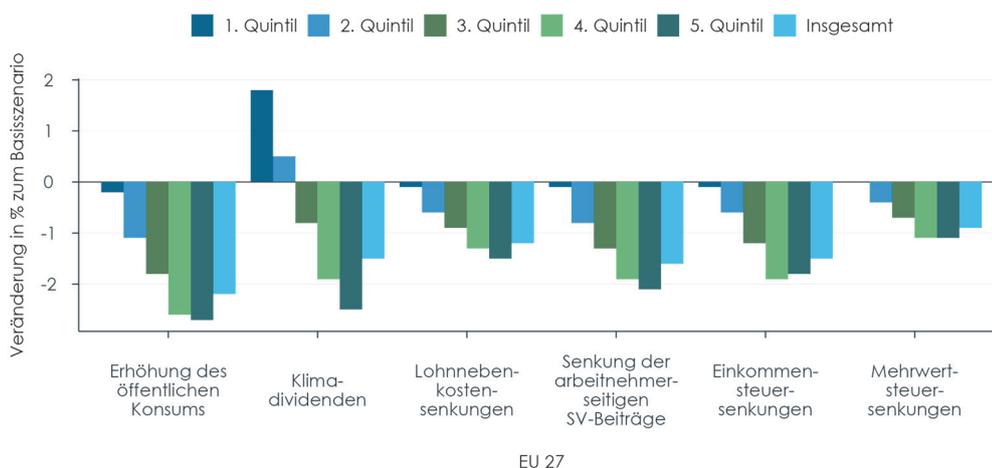
# EU-weite CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Optionen zur Einnahmenverwendung

## Effekte auf Emissionen, Wirtschaft und Verteilung

Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Mark Sommer, Gerhard Streicher

- Mit dem Europäischen Klimagesetz hat sich die Europäische Union verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden. Ab 2027 wird ein zweites Emissionshandelssystem eingeführt, das Emissionen aus dem Straßenverkehr und dem Gebäudesektor bepreist.
- Der vorliegende Beitrag analysiert die Effekte einer EU-weiten CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Verbindung mit unterschiedlichen Rückvergütungsoptionen mit dem makroökonomischen Modell ADAGIO.
- Die Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung hat in der EU insgesamt negative makroökonomische Effekte, wobei ihr Ausmaß je nach Rückvergütungsoption und den Modellannahmen variiert.
- Für Österreich und Polen, die im Detail betrachtet wurden, ergeben die Szenarien leicht positive makroökonomische Auswirkungen.
- Zudem bestätigt die Modellanalyse einen Trade-off zwischen makroökonomischer Effizienz und dem Entlastungspotenzial für einkommensschwächere Haushalte durch unterschiedliche Optionen der Einnahmenrückvergütung.

### Auswirkungen der Einnahmenrückvergütung auf das real verfügbare Haushaltseinkommen nach Einkommensquintilen



**"Der EU-Fonds für einen gerechten Übergang kann dazu beitragen, die negativen sozioökonomischen Auswirkungen der grünen Transformation abzumildern und eine Verschärfung der Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern zu verhindern."**

Die Einnahmenrückvergütung ist zentral, um unerwünschte Verteilungswirkungen zu minimieren. Die Klimadividende führt als einzige Option zu einem leichten Anstieg des Haushaltseinkommens der unteren zwei Quintile (Q: WIFO-Berechnungen).

# EU-weite CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Optionen zur Einnahmenverwendung

## Effekte auf Emissionen, Wirtschaft und Verteilung

Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Mark Sommer, Gerhard Streicher

### EU-weite CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Optionen zur Einnahmenverwendung. Effekte auf Emissionen, Wirtschaft und Verteilung

Obwohl mit dem Emissionshandelssystem 2 (ETS 2) die Einführung eines EU-weiten CO<sub>2</sub>-Preises für die Sektoren Gebäude und Verkehr bereits beschlossen wurde, sind detaillierte Analysen zu den makroökonomischen und verteilungspolitischen Auswirkungen bislang rar. Der vorliegende Beitrag stützt sich auf das makroökonomische Modell ADAGIO, um die Effekte der EU-weiten CO<sub>2</sub>-Bepreisung in sechs verschiedenen Szenarien zur Einnahmenrückvergütung zu simulieren. Mit Österreich und Polen stehen neben der EU 27 zwei Länder im Zentrum der Analyse, die sich hinsichtlich ihrer Energiesysteme und Wirtschaftsstruktur erheblich unterscheiden. Der Fokus liegt auf den makroökonomischen Effekten der CO<sub>2</sub>-Bepreisung einschließlich Rückvergütung, ihrem Beitrag zur Emissionsreduktion und auf ihren Verteilungswirkungen.

**JEL-Codes:** Q54, Q58, H23 • **Keywords:** CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Einnahmenrückvergütung, makroökonomische Effekte, Verteilungseffekte

Der vorliegende Beitrag basiert auf einem WIFO Working Paper mit finanzieller Unterstützung des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Projektnummer 11819, Förderungsnummer 18472): Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Mark Sommer, Gerhard Streicher, EU-wide Carbon Pricing – Macroeconomic Effects and Distributional Implications (September 2024, 38 Seiten, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54289860>).

**Begutachtung:** Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Katharina Köberl-Schmid ([katharina.koeberl-schmid@wifo.ac.at](mailto:katharina.koeberl-schmid@wifo.ac.at)), Susanne Markytan ([susanne.markytan@wifo.ac.at](mailto:susanne.markytan@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 27. 9. 2024

**Kontakt:** Claudia Kettner ([claudia.kettner@wifo.ac.at](mailto:claudia.kettner@wifo.ac.at)), Daniela Kletzan-Slamanig ([daniela.kletzan-slamanig@wifo.ac.at](mailto:daniela.kletzan-slamanig@wifo.ac.at)), Mark Sommer ([mark.sommer@wifo.ac.at](mailto:mark.sommer@wifo.ac.at)), Gerhard Streicher ([gerhard.streicher@wifo.ac.at](mailto:gerhard.streicher@wifo.ac.at))

### EU-wide Carbon Pricing and Options for Revenue Recycling. Effects on Emissions, Economy and Distribution

While the EU has already adopted an EU-wide carbon price for the buildings and transport with the Emissions Trading System 2 (ETS 2), detailed analyses of the macroeconomic and distributional effects are rare. This article applies the macroeconomic model ADAGIO to simulate the effects of EU-wide carbon pricing under six different revenue recycling options. Austria and Poland, two countries that differ considerably in terms of their energy systems and economic structure, are at the centre of the analysis. The focus is on the macroeconomic effects of carbon pricing, its contribution to emissions reduction and its distributional effects.

## 1. Hintergrund

Im Rahmen des "Fit for 55"-Pakets wurde die Einführung eines EU-weiten Emissionshandelssystems für Gebäude und Verkehr beschlossen.

Mit dem im Jahr 2021 verabschiedeten Europäischen Klimagesetz hat sich die Europäische Union rechtlich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden, und damit die Notwendigkeit anerkannt, den anthropogenen Klimawandel ambitioniert zu bekämpfen. Das Gesetz enthält das Zwischenziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55% im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Obwohl die EU-weiten Emissionen in den letzten drei Jahrzehnten (1990/2022) um 31% gesunken sind, erfordert das Erreichen des ehrgeizigen langfristigen Dekarbonisierungsziels weitere Anstrengungen. Der Treibhausgasausstoß muss in allen Bereichen, insbesondere in den

Sektoren Gebäude und Verkehr, drastisch gesenkt werden.

Das 2021 vorgestellte "Fit for 55"-Paket soll einen regulatorischen Rahmen schaffen, der sicherstellt, dass die Klimaziele in den EU-Mitgliedsländern auf faire und kosteneffiziente Weise erreicht werden können. Daher wurde die EU-Klima- und Energiepolitik angepasst und neue Instrumente eingeführt. Fast alle legislativen Vorschläge des Pakets wurden inzwischen angenommen<sup>1)</sup>. Für große Emittenten in Industrie und Energieerzeugung führte die EU bereits 2005 das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) ein,

<sup>1)</sup> Es steht nur mehr die Reform der Energiesteuerlinie aus. Das Einstimmigkeitsprinzip bei Steuerfragen erweist sich seit Jahrzehnten als großes Hindernis für die Reform der Energiebesteuerung in der EU. Nicht

zuletzt aufgrund des Widerstandes einiger Mitgliedsländer (insbesondere Polens) ist eine Einigung derzeit nicht in Sicht.

das etwa 45% der gesamten Treibhausgasemissionen erfasst. Für diese Sektoren wurde ein EU-weites Reduktionsziel von 62% (2005/2030) definiert<sup>2)</sup>. Dagegen wurden Emissionen aus anderen Quellen, insbesondere aus Gebäuden und Verkehr, bisher auf Ebene der Mitgliedsländer reguliert. Diese nicht vom EU-ETS erfassten Sektoren sollen bis 2030 eine Emissionsreduktion von 40% erreichen, wobei für die einzelnen Mitgliedsländer im Rahmen der Lastenteilungsverordnung differenzierte Reduktionsziele gelten.

Bisher waren demnach nationale Energie- und CO<sub>2</sub>-Steuern wichtige Instrumente zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes. Ab 2027 wird jedoch ein zweites, separates EU-weites Emissionshandelssystem (ETS 2) den Betrieb aufnehmen. Es erfasst Emissionen aus dem Straßenverkehr, Gebäuden und anderen Sektoren, hauptsächlich kleinen, nicht durch das bestehende EU-ETS geregelte Industriesparten. Die Emissionszertifikate im ETS 2 werden vollständig versteigert, wobei die Einnahmen teilweise dem neuen Klima-Sozialfonds (Social Climate Fund – SCF) zufließen sollen. Der SCF wurde eingerichtet, um das neue Emissionshandelssystem zu ergänzen, negative Auswirkungen in den regulierten Sektoren abzumildern, sowie von Energie- oder Mobilitätsarmut betroffene private Haushalte, Verkehrsnutzer:innen und Kleinstunternehmen zu unterstützen.

Die Einführung des Klima-Sozialfonds unterstreicht, dass die EU verstärkt auf die sozialen Aspekte der Klimapolitik achtet. Der kräftige Energiepreisanstieg infolge des Ukraine-Krieges zeigte, wie wichtig Ausgleichsmaßnahmen sind, um insbesondere vulnerable Haushaltsgruppen vor Mehrbelastungen zu schützen, die aus Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität folgen können. Dazu zählen sowohl Energiepreiserhöhungen als auch Investitionsbedarfe, etwa zur Verbesserung der thermischen Qualität von Wohngebäuden oder zur Dekarbonisierung des Heizsystems. Zudem gilt es, Unterschiede in den Bedürfnissen und Möglichkeiten für eine Änderung der Konsum- und Produktionsmuster in verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Regionen zu berücksichtigen.

In der wissenschaftlichen Literatur zur Ökologisierung des Steuersystems und insbesondere zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung werden unterschiedliche Optionen der Einnahmerückvergütung hinsichtlich ihres Potenzials diskutiert, makroökonomisch oder verteilungspolitisch unerwünschte Effekte abzufedern. In der Praxis erfolgt die Rückvergütung zumeist über die Senkung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen oder über Pauschal-

zahlungen wie den (regional differenzierten) österreichischen Klimabonus.

Obwohl die EU-weite CO<sub>2</sub>-Bepreisung für die Sektoren Gebäude und Verkehr mit ETS 2 bereits beschlossen wurde, gibt es bislang kaum detaillierte Analysen der makroökonomischen und verteilungspolitischen Effekte (sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern). Bisher konzentrierten sich die Untersuchungen auf die EU als Ganzes (z. B. Chevallier, 2011; Metcalf & Stock, 2020; Europäische Kommission, 2021; Green, 2021; Fragkos & Fragkiadakis, 2022; Känzig, 2023; Känzig & Konradt, 2023), ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedsländer, z. B. Unterschiede im Energiesystem oder im Einkommensniveau, zu berücksichtigen.

In Bezug auf die verteilungspolitischen Auswirkungen deuten die meisten Studien auf unerwünschte Effekte der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Haushaltsebene hin, wenn die Einnahmen nicht rückvergütet werden. In diesem Fall ergibt sich eine Mehrbelastung für einkommensschwache Haushalte, die CO<sub>2</sub>-Bepreisung wirkt also regressiv (Büchs, 2021; Cunha Montenegro et al., 2019; Rüb, 2024; Symons et al., 2002<sup>3)</sup>). Auf EU-Ebene hat die CO<sub>2</sub>-Bepreisung laut Feindt et al. (2021) ebenfalls problematische Verteilungswirkungen, da einige Länder mit geringen Pro-Kopf-Einkommen stärker betroffen seien. Die Autor:innen folgern, dass zwar auch eine Umverteilung auf nationaler Ebene eine progressive EU-weite Wirkung sicherstellen könne, eine unionsweite Umverteilung jedoch effektiver wäre, um die am stärksten gefährdeten privaten Haushalte zu entschädigen, da die Regressivität auf EU-Ebene durch länderübergreifende Effekte verursacht werde.

Der vorliegende Beitrag modelliert die Effekte einer EU-weiten CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Kombination mit unterschiedlichen Rückvergütungsoptionen mit dem makroökonomischen Modell ADAGIO (Kratena et al., 2017). Im Mittelpunkt stehen mit Österreich und Polen zwei EU-Länder, die sich hinsichtlich ihrer Energiesysteme und der Wirtschaftsstruktur erheblich unterscheiden (Kletzan-Slamanig & Kettner, 2024). Die Ergebnisse werden mit jenen für die EU 27 verglichen. Der Fokus liegt zunächst auf den makroökonomischen Folgen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung und ihren Auswirkungen auf den Treibhausgasausstoß. Die Szenarien unterstellen jeweils eine von sechs verschiedenen Optionen zur Einnahmerückvergütung, namentlich eine Erhöhung des öffentlichen Konsums, Pauschalzahlungen an private Haushalte, sowie Senkungen der arbeitnehmerseitigen Sozialversiche-

<sup>2)</sup> Zudem wird das System auf den internationalen Seeverkehr ausgeweitet.

<sup>3)</sup> Demgegenüber ermittelten Landis et al. (2019) für die meisten Länder selbst ohne Einnahmerückvergütung positive bis neutrale Effekte der CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Rüb (2024) zeigt erhebliche Unterschiede zwischen

den Ländern auf, wobei mittlere Einkommensgruppen am stärksten belastet seien. Die Analyse von Feindt et al. (2021) weist darauf hin, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf nationaler Ebene hauptsächlich neutrale, manchmal progressive Effekte hat.

**Soziale Aspekte der Klimapolitik gewinnen in der politischen Diskussion an Bedeutung und rücken zunehmend in den Fokus der Forschung.**

**Bisher gibt es nur wenige Studien, die die Effekte einer EU-weiten CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Ebene der Mitgliedsländer analysieren.**

**Der vorliegende Beitrag analysiert die Effekte einer EU-weiten CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Kombination mit unterschiedlichen Rückvergütungsoptionen.**

rungsbeiträge, der Einkommensteuern, der Lohnnebenkosten und der Mehrwertsteuersätze. Darüber hinaus werden die Verteilungseffekte der Szenarien für 15 verschie-

dene Haushaltstypen (Einkommensquintile in drei verschiedenen Regionstypen) untersucht, wodurch eine wichtige Dimension der horizontalen Verteilung adressiert wird.

## 2. Szenarien zur Rückvergütung

Im Folgenden werden die zentralen Annahmen der Politiksznarien beschrieben. Diese Szenarien werden mit einem kontrafaktischen Basisszenario verglichen, in dem keine CO<sub>2</sub>-Bepreisung für die nicht vom bestehenden EU-ETS erfassten Sektoren eingeführt wird. In den Politiksznarien gilt dagegen ab 2027 ein EU-weiter CO<sub>2</sub>-Preis für diese Sektoren. Er liegt in der gesamten Zehnjahresperiode bis 2036 konstant bei 45 € je t CO<sub>2</sub>, was dem Zielpreis für das ETS 2 im Jahr 2030 entspricht. In den vom bestehenden EU-ETS abgedeckten Sektoren steigt der CO<sub>2</sub>-Preis von 60 € je t im Jahr 2027 auf 120 € je t im Jahr 2036.

**Die Simulationen umfassen sechs Optionen zur Einnahmerückvergütung, die negative makroökonomische Effekte sowie unerwünschte Verteilungseffekte abmildern sollen.**

Während die Annahmen zu den CO<sub>2</sub>-Preispfaden in allen Politiksznarien gleich sind, werden sechs Optionen zur Einnahmerückvergütung unterschieden, die negative makroökonomische Effekte sowie unerwünschte Verteilungseffekte abmildern sollen:

- PCI: Im ersten Fall werden die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für den öffentlichen Konsum verwendet.
- CDP: Der zweite Fall beinhaltet die Rückführung der CO<sub>2</sub>-Steuereinnahmen über Pauschalzahlungen (Klimadividenden)

an die privaten Haushalte. Die Zahlungen werden pro Kopf verteilt, wobei Kinder bis 14 Jahre einen reduzierten Betrag von 40% erhalten.

- LCR: Im dritten Fall sinken die Lohnnebenkosten durch Reduktion der arbeitgeberseitigen Sozialversicherungsbeiträge. Dies ist die einzige Option mit direkten positiven Auswirkungen auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit.
- SSCw: Die hier unterstellte Senkung der arbeitnehmerseitigen Sozialversicherungsbeiträge hat im Gegensatz zur LCR-Option keine direkten (positiven) Auswirkungen auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit.
- ITR: Die fünfte Option beinhaltet eine Senkung der Einkommensteuern und ähnelt LCR und SSCw. Wie in CDP und SSCw steigt ceteris paribus das verfügbare Einkommen.
- VTR: Der sechste Ansatz zur Einnahmerückvergütung ist die Senkung des Standard-Mehrwertsteuersatzes auf Waren und Dienstleistungen, mit Ausnahme von Energiegütern. Indirekt beeinflusst diese Option über eine reduzierte Inflation den Lohnsatz und damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit.

### Modellbeschreibung ADAGIO

ADAGIO ist ein dynamisches globales Input-Output-Modell. Es gehört zu einer Familie von Modellen, die eine "dynamische neukeynesianische" Philosophie teilen (für eine detaillierte Beschreibung siehe Kratena et al., 2017). Obwohl es kein traditionelles Allgemeines Gleichgewichtsmodell ("Computable General Equilibrium"-Modell – CGE) ist, zeigt ADAGIO ein gleichgewichtsähnliches Verhalten auf den Güter- und Arbeitsmärkten; die Bestimmungsfaktoren der Finanzmärkte (wie Zins- und Wechselkurse) sind jedoch exogen. Das "neukeynesianische" Element wird durch ein langfristiges Vollbeschäftigungsgleichgewicht repräsentiert, das kurzfristig aufgrund institutioneller Rigiditäten nicht erreichbar ist. Dazu gehören Liquiditätsbeschränkungen für Konsument:innen, Lohnverhandlungen und unvollkommener Wettbewerb.

Als Input-Output-Modell ist ADAGIO nachfrageorientiert. Es geht jedoch in mehrfacher Hinsicht über traditionelle (statische) Input-Output-Modelle hinaus: Das Preissystem berücksichtigt – ausgehend von den gemeinsam mit den Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit, Energie und importierte sowie heimische Vorleistungen bestimmten Erzeugerpreisen – nutzerspezifische Preise, die unterschiedliche Margen, Steuern, Subventionen und Importanteile widerspiegeln (im Außenhandel werden internationale Transport- und Handelsspannen sowie Zölle berücksichtigt). Damit ergeben sich konsistente Preissignale für die Schätzung der Nachfragestrukturen in Produktion, Konsum, Investitionen und Exporten.

Für die vorliegende Analyse wurde ADAGIO um Merkmale seines Schwestermodells DYNK (einem Ein-Land-Modell mit detaillierter Darstellung von Energieflüssen und Emissionen, siehe z. B. Kettner et al., 2024b; Kirchner et al., 2019; Sommer & Kratena, 2020) erweitert. Die Erweiterungen bestehen aus spezifischen Modulen zum Energiemix der Industriesektoren und zur Energienachfrage der privaten Haushalte für Mobilität, Heizung und Geräte. Das Produktionsmodul wurde um die Möglichkeit der Substitution von Brennstoffen erweitert.

ADAGIO basiert auf nationalen Supply-Use-Tabellen und Handelsmatrizen, die die Wirtschaft in Form von Warenflüssen zwischen Sektoren und Nutzer:innen (sowie zwischen den Modellregionen) darstellen. Die Supply-Use-Tabellen beziehen sich auf die im WIOD-Projekt (Timmer et al., 2015) enthaltenen Regionen und umfassen 43 Länder sowie die übrige Welt. Da die WIOD-Datenbank nicht mehr aktualisiert wird, basiert die aktuelle Version von ADAGIO auf Supply-Use-Tabellen, die von Eurostat (für die EU 27 und EU 28) und der OECD (für die sonstigen Länder) adaptiert wurden (Basisjahr 2017/18).

Die Einführung des CO<sub>2</sub>-Preises ist in allen sechs Szenarien aufkommensneutral, d. h. das Gesamtvolumen der Ausgleichsmaßnahmen entspricht den Einnahmen, die

durch den CO<sub>2</sub>-Preismechanismus im jeweiligen Mitgliedsland generiert werden.

### 3. Simulationsdesign und zentrale Wirkungskanäle

Die Politikszenerarien wurden mit dem makroökonomischen Modell ADAGIO simuliert (Näheres siehe Kasten "Modellbeschreibung ADAGIO"). Für die Szenarien-Simulationen werden folgende Annahmen zu den Staatseinnahmen und -ausgaben getroffen: Die Arbeitslosenleistungen werden endogen auf der Grundlage der Zahl der Arbeitslosen, die als Differenz zwischen der Gesamtbeschäftigung und dem Arbeitskräfteangebot berechnet wird, und der Lohnquote bestimmt. Bei anderen Transferleistungen wie Pensionen und Familienleistungen wird davon ausgegangen, dass sie real konstant bleiben und an die Inflation angepasst werden. Diese Annahme entspricht der gängigen Praxis und ist realistischer als die Beibehaltung nomineller Werte.

Der öffentliche Konsum wird ebenfalls endogen bestimmt, um einen vorher festgelegten Budgetdefizitpfad einzuhalten. Das Budgetdefizit entspricht der Differenz zwischen den Staatseinnahmen (vor allem aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen) und den Ausgaben (vor allem Arbeitslosenunterstützung und Staatsverbrauch). Dieser Ansatz führt zu ausgeprägten Effekten, da der öffentliche Konsum direkt auf Veränderungen sowohl der Einnahmen als auch der Ausgaben reagiert.

Die wichtigsten exogenen Variablen sind finanzieller Art: Abgesehen von den Zinssätzen wird der Wechselkurs als exogen – und fix – angenommen. Der feste Wechselkurs hat große Auswirkungen auf die Modellergebnisse (siehe auch Kapitel 5): In der realen Welt könnte einer Verschlechterung der Terms-of-Trade durch Interventionen auf dem Devisenmarkt entgegengewirkt werden; tatsächlich werden einige Wechselkurschwankungen durch normale Marktkräfte hervorgerufen, wenn die Kapitalströme auf Veränderungen der Preise und des Wachstums reagieren. In den vorliegenden Simulationen wird von solchen Anpassungen abgesehen. Infolgedessen sind die Auswirkungen des CO<sub>2</sub>-Preises auf die Exporte ausgeprägter, als sie es in der Realität (und in anderen Modellanwendungen) wahrscheinlich wären.

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung beeinflusst die Wirtschaft in erster Linie über ihre Auswirkungen

auf die Erzeugerpreise. Durch die Verteuerung der Energieinputs erhöht sie die sektoralen Erzeugerpreise und in weiterer Folge die inländischen Verbraucherpreise. Damit verschlechtern sich die Terms-of-Trade, wodurch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporte sinkt und die Importnachfrage angekurbelt wird, was sich letztlich dämpfend auf das BIP auswirkt. Während die Auswirkungen auf die Erzeugerpreise bei niedrigeren CO<sub>2</sub>-Preisen mäßig sind, werden sie bei höheren Preisen ausgeprägter, insbesondere in energieintensiven Sektoren.

Die verschiedenen Optionen zur Rückvergütung der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung dürften die negativen Auswirkungen auf die privaten Haushalte oder die Volkswirtschaft als Ganzes über folgende Kanäle abmildern:

- Werden die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für eine Erhöhung des öffentlichen Konsums verwendet, wirkt dies wie eine "antizyklische" Politik, die die negativen makroökonomischen Auswirkungen höherer Energiekosten abmildert.
- Werden die Einnahmen in Form einer Klimadividende an die privaten Haushalte rückvergütet, erhöht sich das verfügbare Haushaltseinkommen. Dies kurbelt den privaten Konsum an.
- In ähnlicher Weise wirkt sich eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge oder der Einkommensteuern für Arbeitnehmer:innen in erster Linie auf das verfügbare Einkommen aus, auch wenn mit den Erwerbstätigen ein geringerer Anteil der Bevölkerung davon profitiert als von Klimadividenden.
- Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf nichtenergetische Güter verringert über die Verbraucherpreise den Lohndruck und damit indirekt die Arbeitskosten. In den Modellsimulationen wird unterstellt, dass die Senkung der Mehrwertsteuer vollständig an die Verbraucher:innen weitergegeben wird.
- Die Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung schließlich verringert direkt die Lohnnebenkosten, wodurch die Beschäftigung gefördert und der Inflationsdruck gemildert wird, und wirkt sich stärker auf die Erzeugerpreise (also die Preise "ab Werkstor") aus.

**Der öffentliche Konsum wird im Modell endogen bestimmt, um einen vorher festgelegten Budgetdefizitpfad einzuhalten; Wechselkurse werden als exogen und fix angenommen.**

**Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung dämpft das Wirtschaftswachstum. Die unterschiedlichen Rückvergütungsoptionen mildern diesen Effekt über verschiedene Kanäle ab.**

## 4. Simulationsergebnisse

### 4.1 Auswirkungen auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen

Für die EU 27 ist die CO<sub>2</sub>-Emissionsreduktion insgesamt (EU-ETS und ETS 2) zehn Jahre nach Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung je nach Rückvergütungsoption um 6% bis 7% höher als im Basisszenario. In Österreich beträgt der Minderausstoß etwa 4% und in Polen zwischen 6% bis 9% (Abbildung 1). In ADAGIO sinken die Emissionen nach der Einführung des CO<sub>2</sub>-Preises rasch. Dies geht in erster Linie auf die abrupte Anpassung des Endenergieverbrauchs der privaten Haushalte zurück, während der intermediäre (produktionsbezogene) Energieverbrauch langsamer reagiert. Die Ursache hierfür liegt

in der Produktionsfunktion des Modells, die eine allmähliche Anpassung der Faktornachfrage ermöglicht – im Gegensatz zur sofortigen Reaktion der Energienachfrage der privaten Haushalte auf Preisänderungen. Diese Diskrepanz spiegelt die Herausforderungen bei der ökonometrischen Modellierung des Verhaltens der Haushalte wider, insbesondere in Bezug auf Investitionsentscheidungen. Anders als Unternehmen haben private Haushalte oft längere Austauschzyklen für energieintensive Kapitalgüter, wie z. B. Heizungsanlagen, und möglicherweise keinen Einfluss auf energetische Verbesserungen in Mietobjekten.

Abbildung 1: CO<sub>2</sub>-Emissionsreduktion im Jahr 2036 nach Rückvergütungsoption



Q: WIFO-Berechnungen. PCI . . . Erhöhung des öffentlichen Konsums, CDP . . . Klimadividenden, LCR . . . Lohnnebenkostensenkung, SSCw . . . Senkung der arbeitnehmerseitigen Sozialversicherungsbeiträge, ITR . . . Einkommensteuersenkung, VTR . . . Mehrwertsteuersenkung.

### 4.2 Makroökonomische Effekte

**Ohne Rückvergütung ist die CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit negativen makroökonomischen Effekten verbunden.**

Abbildung 2 zeigt die Auswirkungen eines CO<sub>2</sub>-Preises von 45 € je t auf das reale BIP in den verschiedenen Rückvergütungsszenarien. Zusätzlich zu den sechs in Kapitel 2 beschriebenen Optionen ist auch ein Szenario ohne Rückvergütung ("No") enthalten. Diese unplausible Annahme führt – vor allem kurzfristig – zu extremen Ergebnissen. Der Rückgang des realen BIP betrüge in Polen 8,9%, während Österreichs relativ CO<sub>2</sub>-effiziente Wirtschaft im Vergleich zum Basisszenario um 0,8% schrumpfen würde<sup>4)</sup>. Auf Ebene der EU 27 würde das BIP im Jahr 2036 um mehr als 5% geringer ausfallen als im kontrafaktischen Basisszenario. Angesichts dieser drastischen Ergebnisse wurde das Szenario ohne

Rückvergütung in der weiteren Analyse ausgeklammert.

Die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung sind beträchtlich: Bei einem CO<sub>2</sub>-Preis von 45 € je t erzielt Österreich zehn Jahre nach der Einführung Einnahmen in Höhe von etwa 1,6 Mrd. €. Polen lukriert 6,7 Mrd. € und die EU 27 etwa 77 Mrd. €, die annahmegemäß zur Finanzierung von Kompensationsmaßnahmen verwendet werden. Allerdings hat der CO<sub>2</sub>-Preis in den Modellsimulationen selbst bei einer Rückvergütung erhebliche negative makroökonomische Auswirkungen. Auf EU-Ebene sinkt das reale BIP je nach Szenario um 1,0% bis 2,1%, in Österreich um 0,4% bis 0,9% und in Polen um 1,2% bis 3,3% im Vergleich zum Basisszenario.

<sup>4)</sup> Im Jahr 2036 führt dieses Szenario in Österreich zu ähnlichen Ergebnissen wie einige der Rückvergütungsszenarien. In den ersten acht Jahren nach Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung sind die Auswirkungen ohne Rückvergütung allerdings negativer. Den stärksten dämpfenden Effekt verzeichnen alle Regionen vier

Jahre nach Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Danach erholt sich das BIP rasch; in Österreich ist diese Erholung besonders ausgeprägt, was bis 2036 zu diesem scheinbar "neutralen" Effekt gegenüber anderen Rückvergütungsoptionen führt.

Die Reduktion der Lohnnebenkosten (LCR) und die Senkung der Mehrwertsteuer (VTR) führen zu den günstigsten Ergebnissen in Bezug auf das reale BIP. Eine Senkung der Lohnnebenkosten wirkt sich direkt dämpfend auf die Erzeugerpreise aus und wirkt so der durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung induzierten Verteuerung entgegen. Eine Mehrwertsteuersenkung wirkt dagegen indirekt, indem sie die Inflation dämpft. Dies hat geringere Lohnsteigerungen zur Folge, was wiederum die Erzeugerpreise dämpft, wenn auch in geringerem Maße als eine Senkung der Lohnnebenkosten. Darüber hinaus belebt die Mehrwertsteuersenkung jedoch auch den Konsum, was bei der Lohnnebenkostensenkung nicht der Fall ist. In einigen Ländern, wie z. B. Polen, führt die Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung zunächst zu einem Anstieg des BIP, bevor die negativen Preiseffekte überwiegen. Dieses Phänomen ist auf die Modelldynamik zurückzuführen, da die dämpfende Wirkung der reduzierten Sozialversicherungsbeiträge schneller eintritt als die verzögerte Reaktion anderer Preisvariablen, insbesondere der Lohnsätze.

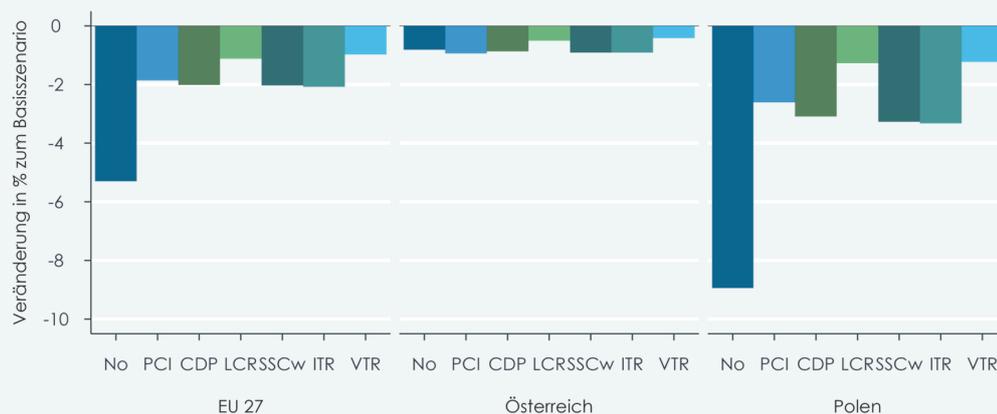
Der Rückgang des realen BIP infolge der CO<sub>2</sub>-Bepreisung resultiert aus einer beträchtlichen Inflation. Manche Rückvergütungsoptionen können diesen Inflationsdruck jedoch

erheblich abmildern. Während Klimadividenden oder erhöhte Staatsausgaben die Teuerung eher anheizen, können eine Senkung der Lohnnebenkosten und vor allem eine Reduktion der Mehrwertsteuer (auf Waren und Dienstleistungen ohne Energiegüter) die Verbraucherpreisinflation wirksam eindämmen. Wenngleich ihre dämpfende Wirkung auf die Verbraucherpreise schwächer ist, wirkt sich die Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung positiv auf die reale Exportleistung aus. Dieser Effekt ist jedoch von Land zu Land etwas unterschiedlich ausgeprägt. In Österreich wie auch in der EU insgesamt führt die Mehrwertsteuersenkung zu besseren Exportergebnissen als die Senkung der Lohnnebenkosten, während in Polen die beiden Szenarien in Bezug auf die Exporte sehr ähnliche Ergebnisse liefern. Diese Unterschiede ergeben sich aus dem unterschiedlichen Verhältnis zwischen den Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung und den arbeitgeberseitigen Sozialversicherungsbeiträgen in den einzelnen Ländern: Während in Österreich die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung weniger als 8% der gesamten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung ausmachen, belaufen sie sich in Polen auf mehr als 25%, was im Szenario LCR zu einer stärkeren Dämpfung der Erzeugerpreise führt.

Eine Reduktion der Lohnnebenkosten und eine Senkung der Mehrwertsteuer sind am besten dazu geeignet, negative makroökonomische Effekte abzumildern.

Die sechs Rückvergütungsoptionen haben unterschiedliche Effekte auf die Inflation.

Abbildung 2: Veränderung des realen BIP im Jahr 2036 nach Rückvergütungsoption



Q: WIFO-Berechnungen. No . . . Szenario ohne Rückvergütung. PCI . . . Erhöhung des öffentlichen Konsums, CDP . . . Klimadividenden, LCR . . . Lohnnebenkostensenkung, SSCw . . . Senkung der arbeitnehmerseitigen Sozialversicherungsbeiträge, ITR . . . Einkommensteuersenkung, VTR . . . Mehrwertsteuersenkung.

Entgegen der Erwartung hat die regressivere Einnahmerückvergütung über Einkommensteuersenkungen nur geringfügig ungünstigere makroökonomische Ergebnisse zur Folge als die Rückverteilung über pauschale Klimadividenden. Angesichts der höheren marginalen Konsumneigung von privaten Haushalten mit niedrigem Einkommen – sie beträgt etwa 100%, gegenüber 60% bei Haushalten mit höherem Einkommen – wäre a priori eine stärkere positive Wirkung von Pauschalzahlungen zu erwarten. Die unter-

schiedlichen Konsummuster der Einkommensgruppen schwächen diesen Effekt jedoch ab. Haushalte mit geringerem Einkommen geben einen größeren Teil davon für Lebensmittel und Mieten aus, während die Ausgaben für Freizeit und touristische Dienstleistungen sowie der Anteil der imputierten Mieten geringer sind. Lebensmittel weisen einen relativ hohen Importanteil auf, während Dienstleistungen zur Freizeitgestaltung im Inland konsumiert werden. Folglich geben Haushalte mit niedrigem Einkommen, die

Das unterschiedliche Konsumverhalten der Haushaltsgruppen gleicht die Wirkung der einzelnen Rückvergütungsoptionen aus.

Eine Erhöhung des öffentlichen Konsums ist mit dem stärksten Rückgang an Beschäftigung verbunden.

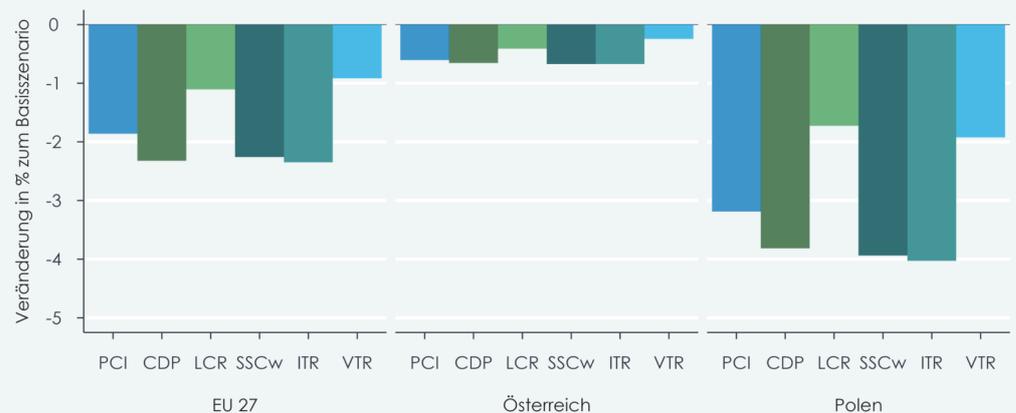
anteilig mehr Nahrungsmittel konsumieren, einen größeren Teil ihres verfügbaren Einkommens für importierte Güter aus als einkommensstärkere Haushalte. Dieses Muster vertieft sich durch den relativ hohen Importanteil von Energiegütern, die ebenfalls einen überdurchschnittlichen Anteil an den Konsumausgaben einkommensschwächerer Haushalte ausmachen.

Im Gegensatz zum Lebensmittelkonsum hat der Wohnbau, der per Definition im Inland erfolgt, weniger expansive Auswirkungen. Der größte Teil der Mieteinnahmen kommt einkommensstärkeren Haushalten mit geringerer Konsumneigung zugute, was das Wachstum des Gesamtverbrauchs dämpft.

Senkungen der Mehrwertsteuer (VTR) und der Lohnnebenkosten (LCR) wirken sich am günstigsten auf die Beschäftigung aus, da

sie positive Effekte auf die Preise, die Exporte und damit auf das BIP haben. Umgekehrt sind Stützungen der Nachfrage über Entlastungen der Haushalte (CDP, SSCw, ITR) mit tendenziell ungünstigeren Beschäftigungseffekten verbunden (Abbildung 3), nicht zuletzt, weil dadurch inflationäre Tendenzen zusätzlich verstärkt werden. Nur in den Szenarien LCR und VTR wird die Arbeitslosigkeit wirksam eingedämmt. Polen verzeichnet im Modell für 2036 sogar einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Basisszenario, während die Arbeitslosenquote in der EU 27 relativ stabil bleibt. Im Gegensatz dazu führen andere Szenarien, wie z. B. die Erhöhung des öffentlichen Konsums oder Einkommensteuersenkungen, in Polen zu einer Verdoppelung der Arbeitslosigkeit. Ein derartiger Anstieg kann nicht durch den Rückgang der Erwerbsbevölkerung kompensiert werden.

Abbildung 3: Beschäftigungsrückgang im Jahr 2036 nach Rückvergütungsoption



Q: WIFO-Berechnungen. PCI ... Erhöhung des öffentlichen Konsums, CDP ... Klimadividenden, LCR ... Lohnnebenkostensenkung, SSCw ... Senkung der arbeitnehmerseitigen Sozialversicherungsbeiträge, ITR ... Einkommensteuersenkung, VTR ... Mehrwertsteuersenkung.

### 4.3 Verteilungseffekte

Ein weiterer Fokus der Analyse liegt auf den Verteilungseffekten der CO<sub>2</sub>-Bepreisung unter den verschiedenen Annahmen zur Einnahmerückvergütung. Das Modell unterscheidet entlang der Einkommensquintile fünf Gruppen von Haushalten, die unterschiedliche Merkmale aufweisen, insbesondere das unterste Quintil.

Erstens unterscheidet sich die Zusammensetzung des Einkommens erheblich zwischen den Quintilen. Das einkommensschwächste Fünftel der Haushalte bezieht weniger als 20% seines Einkommens aus Löhnen, Gewinnen oder Vermögenserträgen, während es im obersten Quintil über 95% sind. Im Gegensatz dazu sind Sozialtransfers für das 1. Quintil mit über 80% die Haupteinkommensquelle, machen aber im obersten (5.) Quintil weniger als 5% aus. Folglich hat die CO<sub>2</sub>-Beprei-

sung für einkommensschwächere Haushalte relativ geringere Einkommensverluste zur Folge, da Sozialtransfers, einschließlich Pensionen, Familienleistungen und Arbeitslosengeld, weniger empfindlich auf wirtschaftliche Schwankungen reagieren. Die angenommene vollständige Indexierung der Transfers schützt diese Haushalte zusätzlich vor Einkommensverlusten infolge von Konjunkturabschwüngen.

Zweitens unterscheidet sich die Konsumneigung deutlich zwischen den Quintilen. Haushalte im 1. Quintil konsumieren fast ihr gesamtes Einkommen, während jene im obersten Quintil oft mehr als ein Drittel sparen. Darüber hinaus variiert die Konsumstruktur, wobei der Energieverbrauch über die Quintile hinweg relativ homogen ist (er beträgt rund 10% in Österreich und 16% in Polen), sich aber nach Nutzungsart unterscheidet: Strom und Heizung sind für einkommens-

Die Verteilungseffekte spiegeln die unterschiedliche Einkommensstruktur und Konsumneigung der fünf Haushaltsgruppen wider.

einkommensstärkere. Ärmere Haushalte wenden tendenziell einen größeren Anteil ihres Einkommens für Energie auf, was sie anfälliger für Preissteigerungen macht. Darüber hinaus haben Nahrungsmittel und Wohnraum im Warenkorb einkommensschwächerer Haushalte ein höheres Gewicht, während solche Haushalte weniger für Freizeitaktivitäten und Dienstleistungen ausgeben. Dies beeinflusst die Wirkung der unterschiedlichen Einnahmerückvergütungsoptionen.

Es ist wichtig zu beachten, dass das Haushaltseinkommen und seine Struktur nicht statisch sind. Die Haushalte können im Laufe der Zeit verschiedenen Einkommensquintilen angehören, was die Analyse der Verteilungseffekte erschwert. Ein dynamisches Mikrosimulationsmodell wäre erforderlich, um die Auswirkungen auf die einzelnen Haushalte genau zu erfassen.

Mit Ausnahme der Rückvergütung über eine Senkung der arbeitgeberseitigen Sozialver-

sicherungsbeiträge (LCR) dämpft die CO<sub>2</sub>-Bepreisung das verfügbare Einkommen ärmerer Haushalte im Allgemeinen schwächer als jenes reicherer Haushalte. Dies ist in erster Linie auf die Indexierung der Transfers zurückzuführen, die einen gewissen Schutz vor Inflation bietet. In einigen Fällen führt dieser Mechanismus in der Anfangsphase des Simulationszeitraums sogar zu Nettogewinnen.

In den meisten Rückvergütungsszenarien bleibt das real verfügbare Einkommen der einkommensschwächeren Quintile relativ stabil. Klimadividendenzahlungen bedeuten für diese Gruppen sogar leichte Einkommenszuwächse. In Österreich ähneln sich die Effekte in den Quintilen 4 und 5 sowie 2 und 3. In Polen ist das nicht der Fall, da die Verluste aufgrund der negativen makroökonomischen Effekte infolge der CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit dem Einkommen zunehmen (Abbildung 4).

**Klimadividenden sind am besten dazu geeignet, negative Effekte der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf einkommensschwache Haushalte zu kompensieren.**

**Übersicht 1: Real verfügbares Einkommen im Jahr 2036 nach Rückvergütungsoption und Haushaltseinkommensquintilen**

	PCI	CDP	LCR	SSCw	ITR	VTR
	Veränderung des real verfügbaren Einkommens in % gegenüber dem Basiszenario					
<b>Österreich</b>						
1. Quintil	- 0,2	+ 0,6	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1
2. Quintil	- 0,8	+ 0,0	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,3
3. Quintil	- 1,2	- 0,6	- 0,6	- 0,7	- 0,9	- 0,5
4. Quintil	- 1,6	- 1,0	- 0,8	- 1,0	- 1,2	- 0,6
5. Quintil	- 1,5	- 1,2	- 0,7	- 0,9	- 0,8	- 0,4
Insgesamt	- 1,3	- 0,8	- 0,6	- 0,8	- 0,8	- 0,4
<b>Polen</b>						
1. Quintil	- 1,0	+ 3,5	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 0,3
2. Quintil	- 2,0	+ 1,7	- 0,9	- 1,2	- 0,6	- 0,7
3. Quintil	- 3,2	- 0,5	- 1,2	- 1,9	- 1,6	- 1,3
4. Quintil	- 4,2	- 2,4	- 1,6	- 2,6	- 2,6	- 1,8
5. Quintil	- 4,7	- 4,3	- 2,0	- 3,3	- 3,2	- 2,0
Insgesamt	- 3,9	- 2,3	- 1,6	- 2,6	- 2,4	- 1,6
<b>EU 27</b>						
1. Quintil	- 0,2	+ 1,8	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0
2. Quintil	- 1,1	+ 0,5	- 0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,4
3. Quintil	- 1,8	- 0,8	- 0,9	- 1,3	- 1,2	- 0,7
4. Quintil	- 2,6	- 1,9	- 1,3	- 1,9	- 1,9	- 1,1
5. Quintil	- 2,7	- 2,5	- 1,5	- 2,1	- 1,8	- 1,1
Insgesamt	- 2,2	- 1,5	- 1,2	- 1,6	- 1,5	- 0,9

Q: WIFO-Berechnungen. PCI . . . Erhöhung des öffentlichen Konsums, CDP . . . Klimadividenden, LCR . . . Lohnnebenkostensenkung, SSCw . . . Senkung der arbeitnehmerseitigen Sozialversicherungsbeiträge, ITR . . . Einkommenssteuersenkung, VTR . . . Mehrwertsteuersenkung.

Die Rückvergütung über Klimadividenden (CDP) sticht insofern heraus, als sie sowohl in Österreich als auch in Polen zu leichten Einkommensgewinnen für Haushalte im untersten Quintil führt, die vor allem städtischen Haushalten zugutekommt. Im 2. und 3. Quintil werden die positiven Auswirkungen der Klimadividende in städtischen Gebieten jedoch durch erhebliche Lohneinbußen über-

kompensiert, was insgesamt einen Einkommensrückgang zur Folge hat.

In den übrigen Rückvergütungsszenarien sind die stärksten negativen Effekte im untersten Einkommensquintil (1. Quintil) in Regionen mit mittlerer Besiedlungsdichte zu beobachten (Abbildung 4). Im Gegensatz dazu sind in städtischen Gebieten die Quin-

**Regionale Unterschiede in den Verteilungseffekten spiegeln die unterschiedliche regionale Einkommensstruktur wider.**

tile 2 und 3 am stärksten von Einkommensverlusten betroffen, was vor allem auf die Löhne zurückzuführen ist, die in Städten eine wichtigere Einkommenskomponente darstellen als im ländlichen Raum. Dagegen verzeichnen die oberen Einkommensquintile 4

und 5 in städtischen Regionen geringere Einkommensverluste als in den anderen Regionen, da sie erheblich von Steuersenkungen auf verschiedene Einkommensquellen profitieren.

Abbildung 4: Real verfügbares Einkommen im Jahr 2036 nach Rückvergütungsoption, Haushaltseinkommensquintilen und Regionstyp



Q: WIFO-Berechnungen. Die nationalen Ergebnisse wurden mit Hilfe von Informationen aus EU-SILC regionalisiert. PCI . . . Erhöhung des öffentlichen Konsums, CDP . . . Klimadividenden, LCR . . . Lohnnebenkostensenkung, SSCw . . . Senkung der arbeitnehmerseitigen Sozialversicherungsbeiträge, ITR . . . Einkommensteuersenkung, VTR . . . Mehrwertsteuersenkung.

## 5. Diskussion

Die Modellannahmen beeinflussen die Ergebnisse erheblich. So führt die gewählte "Model Closure" – die Randbedingung eines konstanten Haushaltsdefizits – tendenziell zu ausgeprägteren Ergebnissen. Annahmen zum Wechselkurs – für die Simulationen

wurden fixe Wechselkurse unterstellt – und zur Exogenität des technologischen Fortschritts spiegeln sich ebenfalls in den Resultaten.

**Modellannahmen bezüglich "Model Closure", Wechselkursen und technischem Fortschritt beeinflussen die Ergebnisse erheblich.**

Um die Bedeutung der ersten beiden Faktoren zu bewerten, wurde eine Reihe von Sensitivitätsanalysen durchgeführt (Kettner et al., 2024a). Sie zeigten, dass die Verwendung einer anderen "Model Closure" (Konstanthaltung des realen öffentlichen Konsums anstelle des Haushaltsdefizits) mittelfristig zu moderateren Ergebnissen führt, obwohl die Unterschiede kurzfristig viel stärker ausgeprägt sind. Die Wechselkursentwicklung hat einen beträchtlichen Einfluss auf die Ergebnisse, obwohl das Modell sie wahrscheinlich überbewertet: Auf dem Weltmarkt werden einige Güter in Dollar bepreist; für diese können inländische Preiserhöhungen nicht einfach "weggewertet" werden. ADAGIO kann jedoch nicht zwischen Gütern, die in nationaler Währung gehandelt werden, und in Dollar gehandelten Gütern unterscheiden, wodurch es der Einfluss der Wechselkurse überschätzt.

Die dritte Annahme, die Exogenität des technologischen Fortschritts, bedeutet nicht, dass es keinen technologischen Fortschritt gibt; er ist vielmehr in den Gleichungen zur Beschreibung der Faktoranteile in den sektoralen Produktionsprozessen enthalten. Er ist

## 6. Schlussfolgerungen

Die wichtigsten Schlussfolgerungen der vorliegenden Analyse beziehen sich auf vier Kernpunkte. Der erste Punkt betrifft die Verwendung von makroökonomischen Modellen zur Analyse politischer Maßnahmen, wie z. B. der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Wie sich zeigte, sind die Ergebnisse der Simulationen nicht nur von den Szenarienannahmen (z. B. Höhe des CO<sub>2</sub>-Preises) abhängig, sondern werden auch erheblich von den Modellannahmen (z. B. der angewandten "Model Closure") beeinflusst. Dies macht deutlich, wie wichtig eine klare und transparente Beschreibung der Modellannahmen ist.

Zweitens bestätigt die Analyse den Trade-off zwischen makroökonomischer Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit im Hinblick auf verschiedene Optionen der Einnahmerückvergütung (siehe z. B. Goulder et al., 2019; Kettner et al., 2024b; Kirchner et al., 2019). Unter den sechs untersuchten Optionen verhindern nur Klimadividenden wirksam Einkommensverluste für einkommensschwache Haushalte des 1. und 2. Quintils. In Bezug auf die makroökonomischen Effekte schneiden Klimadividendenzahlungen jedoch deutlich schlechter ab als Senkungen der Lohnnebenkosten oder der Mehrwertsteuersätze. Eine vorgelagerte Bedürftigkeitsprüfung oder die Koppelung der Klimadividende an die Einkommensteuer könnte es ermöglichen, einen Teil der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Be-

<sup>5)</sup> Der Just Transition Fund (Fonds für einen gerechten Übergang) ist ein Instrument der Kohäsionspolitik, das im Rahmen des europäischen "Green Deal" eingeführt wurde. Ziel des Fonds ist es, jene Regionen, die vom

jedoch in allen Szenarien identisch. Die Exogenitätsannahme ist aufgrund folgender Aspekte nicht allzu problematisch: Zum einen ist über den relativ kurzen Untersuchungszeitraum von zehn Jahren das Potenzial der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, den technologischen Fortschritt spürbar zu beeinflussen, ebenso begrenzt wie das Potenzial für die Einführung klimafreundlicher Produkte – Kfz mit fossilem Antrieb, die heute gekauft werden, werden zumeist noch in zehn Jahren in Gebrauch sein. Andere Technologien (wie Gebäude und Heizsysteme) haben eine noch längere Lebensdauer. Außerdem ist die Endogenisierung des technologischen Fortschritts schwierig, da sie eine gewisse "Elastizität" der Energieeffizienz (direkt oder indirekt über Forschung und Entwicklung, Innovation und Investitionen) in Bezug auf die Energiepreise voraussetzen würde. Große Fortschritte – sowohl bei der Energieeffizienz als auch hinsichtlich anderer Dimensionen – folgen allerdings nicht einem linearen Pfad, sondern resultieren aus Durchbrüchen. Bei der Berücksichtigung des technologischen Fortschritts ist darauf zu achten, nicht voreilig von solchen Entwicklungen auszugehen.

preisung für andere Politikoptionen zu verwenden und auf einen Maßnahmenmix zu setzen. So ließe sich z. B. eine Senkung der Lohnnebenkosten als die aus makroökonomischer Sicht effizienteste Rückvergütungsoption umsetzen, ohne vollständig auf die positiven Verteilungseffekte der Klimadividende zu verzichten.

Drittens zeigen die Ergebnisse für Polen, dass Länder, die mit größeren sozioökonomischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung konfrontiert sind, eine höhere Unterstützung benötigen. Dies ist auf eine überdurchschnittliche CO<sub>2</sub>-Intensität zurückzuführen, die durch eine geringere Wirtschaftsleistung und einen verzögerten industriellen Strukturwandel noch verschärft wird. Der Just Transition Fund<sup>5)</sup> der EU kann dazu beitragen, die negativen sozioökonomischen Auswirkungen der grünen Transformation abzumildern und eine Verschärfung der Ungleichheiten innerhalb und zwischen den EU-Ländern zu verhindern.

Als letzter wichtiger Aspekt muss die CO<sub>2</sub>-Bepreisung in einen breiteren Policy-Mix eingebettet werden, um die Klimaziele zu erreichen. So gilt es, technologische Innovation und deren Anwendung (Steigerung der Energieeffizienz, Umstellung auf kohlenstoffarme Technologien und umweltfreundliche Industrieprozesse) zu unterstützen. Dazu müssen optimale Bedingungen für Forschung

Übergang zur Klimaneutralität am stärksten betroffen sind, zu unterstützen, um zu verhindern, dass regionale Ungleichheiten zunehmen (Verordnung (EU) 2021/1056).

**Die Analyse bestätigt den Trade-off zwischen makroökonomischer Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit.**

**Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung muss in einen umfassenden Politikmix eingebettet werden, um die Klimaziele zu erreichen.**

und Entwicklung geschaffen und Investitionen in neue, effizientere Technologien und Prozesse aufseiten der Industrie und der privaten Haushalte gefördert werden, um

sowohl ökologische Effektivität als auch wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten.

## 7. Referenzen

- Büchs, M. (2021). Sustainable welfare: How do universal basic income and universal basic services compare? *Ecological Economics*, 189, 107152. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2021.107152>.
- Chevallier, J. (2011). A model of carbon price interactions with macroeconomic and energy dynamics. *Energy Economics*, 33(6), 1295-1312. <https://doi.org/10.1016/j.eneco.2011.07.012>.
- Cunha Montenegro, R., Lekavičius, V., Brajković, J., Fahl, U., & Hufendiek, K. (2019). Long-Term Distributional Impacts of European Cap-and-Trade Climate Policies: A CGE Multi-Regional Analysis. *Sustainability*, 11(23). <https://doi.org/10.3390/su11236868>.
- Europäische Kommission (2021). *Impact Assessment Report accompanying the document Directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 2003/87/EC establishing a system for greenhouse gas emission allowance trading within the Union, Decision (EU) 2015/1814 concerning the establishment and operation of a market stability reserve for the Union greenhouse gas emission trading scheme and Regulation (EU) 2015/757 (SWD(2021) 601 final; Commission Staff Working Document)*. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52021SC0601>.
- Feindt, S., Kornek, U., Labeaga, J. M., Sterner, T., & Ward, H. (2021). Understanding regressivity: Challenges and opportunities of European carbon pricing. *Energy Economics*, 103, 105550. <https://doi.org/10.1016/j.eneco.2021.105550>.
- Fragkos, P., & Fragkiadakis, K. (2022). Analyzing the Macro-Economic and Employment Implications of Ambitious Mitigation Pathways and Carbon Pricing. *Frontiers in Climate*, 4. <https://doi.org/10.3389/fclim.2022.785136>.
- Goulder, L. H., Hafstead, M. A. C., Kim, G., & Long, X. (2019). Impacts of a carbon tax across US household income groups: What are the equity-efficiency trade-offs? *Journal of Public Economics*, 175, 44-64. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2019.04.002>.
- Green, J. F. (2021). Does carbon pricing reduce emissions? A review of ex-post analyses. *Environmental Research Letters*, 16(4), 043004. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/abd4e9>.
- Känzig, D. R. (2023). The Unequal Economic Consequences of Carbon Pricing. *NBER Working Paper Series*, (31221). <https://doi.org/10.3386/w31221>.
- Känzig, D. R., & Konradt, M. (2023). Climate Policy and the Economy: Evidence from Europe's Carbon Pricing Initiatives. *NBER Working Paper Series*, (31260). <https://doi.org/10.3386/w31260>.
- Kettner, C., Kletzan-Slamanig, D., Sommer, M., & Streicher, G., (2024a). EU-wide Carbon Pricing – Macroeconomic Effects and Distributional Implications. *WIFO Working Papers*, (687). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54289860>.
- Kettner, C., Leoni, T., Köberl, J., Kortschak, D., Kirchner, M., Sommer, M., Wallenko, L., Bachner, G., Mayer, J., Spittler, N., & Kulmer, V. (2024b). Modelling the economy-wide effects of unilateral CO<sub>2</sub> pricing under different revenue recycling schemes in Austria – Searching for a triple dividend. *Energy Economics*, 137, 107783. <https://doi.org/10.1016/j.eneco.2024.107783>.
- Kirchner, M., Sommer, M., Kratena, K., Kletzan-Slamanig, D., & Kettner-Marx, C. (2019). CO<sub>2</sub> taxes, equity and the double dividend – Macroeconomic model simulations for Austria. *Energy Policy*, 126, 295-314. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2018.11.030>.
- Kletzan-Slamanig, D., & Kettner, C. (2024). Energy, greenhouse gas emissions and climate policies: Austria and Poland compared. In Civel, E., de Perthuis, C., Milne, J., Andersen, M. S., & Ashiabor, H. (Hrsg.), *Biodiversity and climate: Tackling global footprints* (S. 117-130). Edward Elgar Publishing.
- Kratena, K., Streicher, G., Salotti, S., Sommer, M., & Valderas Jaramillo, J. M. (2017). FIDELIO 2: Overview and theoretical foundations of the second version of the fully interregional dynamic econometric long term input output model for the EU 27. Publications Office. <https://data.europa.eu/doi/10.2760/313390>.
- Landis, F., Rausch, S., Kosch, M., & Böhringer, C. (2019). Efficient and Equitable Policy Design: Taxing Energy Use or Promoting Energy Savings? *The Energy Journal*, 40(1), 73-104. <https://doi.org/10.5547/01956574.40.1.flan>.
- Metcalf, G. E., & Stock, J. H. (2020). Measuring the Macroeconomic Impact of Carbon Taxes. *AEA Papers and Proceedings*, 110, 101-106. <https://doi.org/10.1257/pandp.20201081>.
- Rüb, D. (2024). Inequality beyond income quantiles: Distributional effects of climate mitigation policies. *Ecological Economics*, 216, 108019. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2023.108019>.
- Sommer, M., & Kratena, K. (2020). Consumption and production-based CO<sub>2</sub> pricing policies: Macroeconomic trade-offs and carbon leakage. *Economic Systems Research*, 32(1), 29-57. <https://doi.org/10.1080/09535314.2019.1612736>.
- Symons, E. J., Speck, S., & Proops, J. L. R. (2002). The distributional effects of carbon and energy taxes: The cases of France, Spain, Italy, Germany and UK. *European Environment*, 12(4), 203-212. <https://doi.org/10.1002/eet.293>.
- Timmer, M. P., Dietzenbacher, E., Los, B., Stehrer, R., & de Vries, G. J. (2015). An Illustrated User Guide to the World Input-Output Database: the Case of Global Automotive Production. *Review of International Economics*, 23(3), 575-605. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/roie.12178>.

# Policy Brief: Finanzierung der Umsetzung der Verordnung über die Wiederherstellung der Natur unter dem Aspekt der Kofinanzierung durch die EU

Margit Schratzenstaller, Franz Sinabell



WIFO ■

## Policy Brief: Finanzierung der Umsetzung der Verordnung über die Wiederherstellung der Natur unter dem Aspekt der Kofinanzierung durch die EU

Margit Schratzenstaller, Franz Sinabell

Wissenschaftliche Assistenz: Susanne Markytan,  
Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger  
Mitarbeit: Felix Maierhofer (Junior Fellow)

Oktober 2024  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Nach der Beschlussfassung im Parlament und der formalen Annahme der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (RenaturierungsVO) im Rat am 17. Juni 2024 geht es nun darum, die darin vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen. Der vorliegende Policy Brief befasst sich mit der Finanzierung der Umsetzung aus dem Blickwinkel der EU. Dabei wird auch auf jene Mitgliedsländer, in welche EU-Mittel zur Finanzierung einschlägiger Maßnahmenprogramme fließen, Bezug genommen. Dazu ist eine umwelt- und fiskalpolitische Koordination im Mehrebenensystem erforderlich, weil der aus einer Erhaltung bzw. Wiederherstellung von Ökosystemen resultierende Nutzen regional nicht begrenzt ist. Die angestrebte Sicherstellung der Erhaltung und Wiederherstellung – etwa in Form der Vernetzung von Lebensräumen – bedarf einer guten Abstimmung über mehrere Ebenen und EU-Mitgliedsländern hinweg. Bereits jetzt bestehende Finanzinstrumente der EU sind für solche Aufgaben gut geeignet, müssen aber weiterentwickelt werden, um den neuen Ambitionen durch die RenaturierungsVO Rechnung zu tragen. Konkrete Vorschläge für das LIFE-Programm und andere Programme, darunter solche der Gemeinsamen Agrarpolitik werden hier vorgestellt. Der Policy Brief gibt darüber hinaus einen Überblick zu den komplementären Finanzierungsinstrumenten von Bund und Ländern und diskutiert sich abzeichnende Ansätze zur Kofinanzierung von Renaturierungsmaßnahmen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Sektion V: Umwelt und Kreislaufwirtschaft, Abteilung V/10: Nationalparks, Natur- und Artenschutz • Oktober 2024 • 29 Seiten •  
Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54972222>

**12/2023** Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur • Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld. Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023 • Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich • Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat? Erkenntnisse aus der WIFO-Umverteilungsstudie

**1/2024** Editorial • Konjunkturerholung verzögert sich. Prognose für 2023 bis 2025 • Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023 • Finanzausgleich 2024 bis 2028. Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung • Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020. Eine Auswertung von Mikrodaten

**2/2024** Österreichs Industrie verharrt in Rezession • Konjunkturstimmung zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024 • Einbruch im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2026 • Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen? Eine makroökonomische Betrachtung

**3/2024** Hohe Zinsen belasten die Konjunktur • Europäische Wirtschaftspolitik 2023. Robuster Arbeitsmarkt trotz schwacher Konjunktur und gestraffter Geldpolitik • Institutionalisiertes Vertrauen als Standortqualität. Zur ökonomischen Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens • Unternehmensausgaben für neue Produkte dürften 2024 nur schwach wachsen • Herausforderungen des alpinen Wintertourismus in Österreich

**4/2024** Gegenwind hält Österreichs Wirtschaft 2024 nahe an der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025 • Österreichische Wirtschaft expandiert mittelfristig nur schwach. Update der mittelfristigen Prognose 2024 bis 2028 • Internationale Konjunkturabschwächung trifft Österreich hart. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2023 • Deutliche Straffung der Geldpolitik trägt zur Inflationsdämpfung im Euro-Raum bei

**5/2024** Rezession im produzierenden Bereich hält an – Vorlaufindikatoren verbessern sich • Konjunkturbeurteilungen beginnen sich zu stabilisieren. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2024 • Arbeitsmarkt 2023 im Sog des Konjunkturabschwungs • Exporte trotzen schwacher Industriekonjunktur. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2023

**6/2024** Konjunktur kommt nur langsam in Schwung • Große regionale Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2023 • Chancen und Herausforderungen der neuen EU-Außenhandelspolitik am Beispiel ausgewählter Instrumente • Dekarbonisierung und Kreislaufwirtschaft. Ökonomische und biophysische Effekte verschiedener Szenarien für Österreich

**7/2024** Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025 • Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotzen der Konjunkturflaute im Euro-Raum • Unternehmensinvestitionen 2024 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024 • Auswirkungen hoher Inflation auf die Haushalte der subnationalen Gebietskörperschaften

**8/2024** Überinflation in Österreich eingedämmt • Konjunkturbeurteilungen wieder skeptischer. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2024 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2023 rückläufig • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2024. Sonderthema: Die Bedeutung der Landnutzung für die Ernährungssicherheit

**9/2024** Österreichs Wirtschaft verharrt in der Krise • Veranlagungsergebnis stützte 2023 die Schaden-Unfallversicherung • Österreichs Landwirtschaft erlitt 2023 Einkommenseinbruch und unterliegt anhaltendem Strukturwandel • Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität

**Präsident**

**Dr. Harald Mahrer**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

**Vizepräsidentin**

**Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

**Vorstand**

**Dr. Hannes Androsch**

**Kommerzialrat Peter Hanke**, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

**Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann**, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

**Abg.z.NR Karlheinz Kopf**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

**Kuratorium**

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

**WIFO-Partner:innen**

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische

**Direktorium**

**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

**Ökonom:innen**

Stefan Angel, Julia Bachtrogler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Kliem, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Sergey Lychagin, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekano, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Pauline Pohl, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbenes, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

**Wissenschaftliche Assistent:innen**

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

**Vizepräsidentin**

**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

**Dr. Markus Marterbauer**, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

**Anton Mattle**, Landeshauptmann von Tirol

**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

**Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell**

**Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

**WIFO Associates**

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Mario Larch, Markus Leibrecht, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

**Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich**

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Gina Feichtinger, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Lucia Glinsner, Thomas Haas, Claudia Hirschschall, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecek, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Sarah Ledl, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

